

KOMMENTAR

Diesel-Pkw sind weniger klimafreundlich als behauptet
Ferdinand Dudenhöffer

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Investorenrechnung:
Steigende Leasingquoten
vor allem bei Fahrzeug-
investitionen

*Bernhard Kassner und
Stefan Sauer*

ifo Weltwirtschaftsklima
verbessert sich merklich

Dorine Boumans

Wirtschaftliche Folgen des
Populismus

Dorine Boumans

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Mythos oder Realität: Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher?

*Andreas Peichl und Martin Ungerer, Richard Hauser, Stefan Sell,
Judith Niehues und Christoph Schröder, Dorothee Spannagel
und Anita Tiefensee, Helmut Dedy, Gerhard Bosch und
Thorsten Kalina*



ifo Schnelldienst
ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.
Redaktion: Dr. Marga Jennewein.
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.
Vertrieb: ifo Institut.
Erscheinungsweise: zweimal monatlich.
Bezugspreis jährlich:
Institutionen EUR 225,-
Einzelpersonen EUR 96,-
Studenten EUR 48,-
Preis des Einzelheftes: EUR 10,-
jeweils zuzüglich Versandkosten.
Layout: Kochan & Partner GmbH.
Satz: ifo Institut.
Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

im Internet:
<http://www.cesifo-group.de>

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Mythos oder Realität: Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher? 3

In der öffentlichen Debatte herrscht die Einschätzung vor, dass die Ungleichheit der Einkommen und des Vermögens in Deutschland und in Europa in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Geht die Schere zwischen Arm und Reich wirklich weiter auseinander, oder ist die wachsende Ungleichheit ein Mythos? Nach Ansicht von *Andreas Peichl* und *Martin Ungerer*, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, werden die Armen zwar nicht unbedingt ärmer, allerdings werden die Reichen sehr wohl reicher. Des Weiteren habe es in der Vergangenheit negative Entwicklungen bezüglich persistenter Armut und Einkommensungleichheit gegeben, die der aktuelle Beschäftigungsboom nicht ausgleichen konnte. Allerdings könne eine Aufnahme von Beschäftigung bei entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten auch unterhalb der Armutsrisikoquote sinnvoll sein. Damit dieses Prinzip funktioniere, müssten aber die staatlichen Anreize zur Aufnahme von Beschäftigung speziell für Geringverdiener verbessert werden. Nach Angaben von *Richard Hauser*, Goethe-Universität Frankfurt, sind gegenwärtig zwischen 15,5% und 16,5% der Bevölkerung vom Einkommensarmutsrisiko betroffen. Eine Zunahme der Ungleichheit zeige sich in vielen hochentwickelten Ländern und auch im Durchschnitt der EU-Länder, wobei die deutsche Armutsrisikoquote noch etwas unter dem EU-Durchschnitt liege. Für *Stefan Sell*, Hochschule Koblenz, ist die Fokussierung auf die 10 bis 15% einkommensarmer Menschen nach der offiziellen Abgrenzung eine kontraproduktive Verengung im Sinne der eigentlich zu führenden Diskussion. Man sei vielmehr mit einer Polarisierung nach dem »60-40«-Muster konfrontiert: 60% der Menschen gehe es besser, sie erfahren Einkommenszuwächse und profitieren auch von der arbeitsmarktbedingt besseren Lohnentwicklung, aber 40% würden abgehängt und hätten heute weniger zur Verfügung als noch vor zehn oder 20 Jahren, obgleich viele von ihnen voll in den Arbeitsmarkt integriert seien. *Judith Niehues* und *Christoph Schröder*, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, unterstreichen dagegen, dass zwar die gesellschaftliche Ungleichheit höher sei als noch in den 1990er Jahren, im letzten Jahrzehnt haben sich die Einkommen aber nicht weiter auseinanderentwickelt. Dies spreche gegen die weit verbreitete Vermutung, die Agenda 2010 und insbesondere die Einführung von Hartz IV seien ursächlich für den Ungleichheitsanstieg. Überdies zeigen Armutsmaße, die die Lebensverhältnisse in ihrer Vielfalt abbilden und nicht nur einkommensbasiert seien, in den letzten Jahren rückläufige Tendenzen. Es sei durchaus sinnvoll, nicht nur auf die relative Einkommensarmut zu schauen, sondern neben dem Einkommen auch die Dimensionen Erwerbstätigkeit, materielle Deprivation, Bildung, Umwelt und Gesundheit zu erfassen. *Dorothee Spannagel* und *Anita Tiefensee*, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), bemerken, dass die Einkommensungleichheit trotz wirtschaftlichen Aufschwungs gestiegen sei. Insgesamt seien die Unternehmens- und Vermögenseinkommen seit Beginn der 1990er Jahre stärker gewachsen als die Arbeitnehmerentgelte. Und auch die Ungleichverteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen habe, gemessen am Gini-Koeffizienten, seit Beginn der 1990er Jahre stark zugenommen. *Helmut Dedy*, Deutscher Städtetag, betont, dass »Armut« nicht gleichgesetzt werden darf mit der »Armutgefährdungsquote«. Letztere sei lediglich ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut. Um sich tatsächlich ein Bild über die Einkommens- und Vermögensverteilung und Chancengerechtigkeit in Deutschland machen zu können, müsse man mehrere Indikatoren betrachten. Auch sei eine Stärkung der Kommunen und ihrer Infrastruktur ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung. Für *Gerhard Bosch* und *Thorsten Kalina*, Universität Duisburg-Essen, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Die Ungleichheit nehme weiter zu, und ihr Niveau sei nicht akzeptabel. Auch die Erosion der Mittelschicht gehe weiter: Zwar habe die Ungleichheit der Markteinkommen vor den Hartz-Gesetzen stärker zugenommen als danach. Trotz einer Halbierung der Arbeitslosigkeit und einem starken Beschäftigungswachstum habe die Mittelschichten aber auch nach 2004 an Boden verloren.

KOMMENTAR

Diesel-Pkw sind weniger klimafreundlich als behauptet

27

Ferdinand Dudenhöffer

Ferdinand Dudenhöffer, Universität Duisburg-Essen, plädiert in seinem Kommentar für die Änderung der Messeinheit bei Kraftstoffen. Seiner Ansicht nach sollten, um ein wirklich klimaeffizientes Antriebsprogramm in der Autoindustrie umzusetzen, nicht Volumenmaße, sondern Energieinhalte als Maßeinheit dienen. Damit ließen sich alle Antriebsarten nach den Kriterien der Effizienz vergleichen, und fasche Allokationswirkungen würden ausgeschlossen.

DATEN UND PROGNOSEN

Aktuelle Ergebnisse der ifo Investorenrechnung: Steigende Leasingquoten vor allem bei Fahrzeuginvestitionen

30

Bernhard Kassner und Stefan Sauer

Seit 1991 liefert die ifo Investorenrechnung Investitionsmatrizen für Gesamtdeutschland, die Aufschluss über den Anteil einzelner Gütergruppen an den Investitionen eines Wirtschaftszweigs geben. Als einzigartige Eigenschaft bietet die ifo Investorenrechnung zudem eine Darstellung der Investitionen nach dem Eigentümer- und dem Nutzerkonzept. Letzteres ist insbesondere im Hinblick auf die vermehrte Nutzung von geleasten Investitionsgütern eine nützliche Ergänzung zur in amtlichen Statistiken gängigen Methoden des Eigentümerkonzepts. Der vorliegende Artikel beschreibt aktuelle Ergebnisse der ifo Investorenrechnung, die bereits Schätzungen für das Jahr 2016 enthalten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Unterschieden zwischen Eigentümer- und Nutzerkonzept, die in der leasingintensiven Gütergruppe der Straßenfahrzeuge besonders ausgeprägt sind.

ifo Weltwirtschaftsklima verbessert sich merklich

33

Dorine Boumans

Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im zweiten Quartal 2017 merklich verbessert, der Indikator stieg von 2,6 auf 13,0 Saldenpunkte. Dies ist der größte Anstieg seit Januar 2013. Ursächlich dafür sind die deutlich positiveren Einschätzungen der derzeitigen Lage und der Konjunkturerwartungen. Das deutet auf eine weitere Erholung der Weltwirtschaft für das zweite Quartal 2017 hin. Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich in fast allen Weltregionen verbessert. Die wesentlichen Treiber waren weiterhin die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, allen voran die Europäische Union. Sowohl die Beurteilung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch die Konjunkturerwartungen bleiben in den meisten Ländern weiterhin aufwärts gerichtet. In Lateinamerika schätzten die WES-Experten die Lage weiter als schlecht ein, die Erwartungen stiegen hingegen merklich. Auch bei den Entwicklungs- und Schwellenländern zeigte sich eine signifikante Verbesserung der Entwicklung und der Erwartungen. Afrika und der Nahe Osten waren die einzigen Regionen, in denen sich das Wirtschaftsklima verschlechterte. Auch die Erwartungen für die Türkei fielen ungünstig aus. Die kurz- und langfristigen Zinsen werden den Experten zufolge in den nächsten sechs Monaten steigen. Der Kurs des US-Dollar dürfte im Laufe der nächsten sechs Monate weiter zulegen, jedoch weniger stark als bisher.

Die wirtschaftlichen Folgen des Populismus

Die Ergebnisse einer Sonderfrage im aktuellen ifo World Economic Survey

41

Dorine Boumans

Populismus ist auf der gesamten Welt in unterschiedlichsten Formen zu finden. Um die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft näher zu beleuchten, wurden im April die Teilnehmer am ifo World Economic Survey zu den ökonomischen Folgen des Populismus in ihrem Land befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass Populismus in vielen Regionen der Welt präsent ist, wobei die ökonomischen Folgen variieren. So geht der Einfluss des Populismus auf die Wirtschaftspolitik mancherorts zurück, in anderen Regionen, vor allem in Europa, registrierten die WES-Teilnehmer aber eine Zunahme des Populismus in den letzten fünf Jahren, auch wenn die bisherigen wirtschaftlichen Folgen moderat ausfielen. Basierend auf den Einschätzungen der WES-Experten, erhöht der Populismus im Allgemeinen die kurzzeitigen Ausgaben und führt zu einer Umverteilungspolitik.

Mythos oder Realität: Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher?

In der öffentlichen Debatte herrscht die Einschätzung vor, dass die Ungleichheit der Einkommen und des Vermögens in Deutschland und in Europa in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Geht die Schere zwischen Arm und Reich wirklich weiter auseinander, oder ist die wachsende Ungleichheit ein Mythos?

Andreas Peichl und Martin Ungerer***
Werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden?

Ob die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, hängt maßgeblich vom Betrachtungszeitraum sowie der Definition von Armut ab.

ARMUT UND REICHTUM ALS ABSOLUTES UND RELATIVES KONZEPT

Um eine sachliche Debatte zum Thema von Armut und Reichtum zu führen, muss zunächst vor allem das verwendete Konzept erläutert werden. Absolute Armut, verbunden mit existenzieller Not und Hunger, ist in Deutschland seit der Nachkriegszeit unbekannt.¹ Sowohl Armut als auch Reichtum verstehen sich deshalb in der amtlichen Berichterstattung nicht in absoluten Zahlen, sondern in einer relativen Betrachtung. Dies geht zum einen aus der menschlichen Wahrnehmung hervor, die den eigenen Status relativ zum beobachteten (bzw. wahrgenommenen) Durchschnitt der Mitmenschen einschätzt. Zum anderen können ungleiche Entwicklungen der verfügbaren Einkommen sowie Preise zu einer wahrgenommenen und tatsächlichen Veränderung der eigenen Wohlstandssituation führen. So können größere Zuwächse in den oberen Einkommen zu einer relativen Verschlechterung der eigenen Einkommensposition führen. Tatsächlich hat man in Deutschland etwa seit 1998 ein deutlich stärkeres Wachstum der oberen Haushaltsnettoeinkommen (Top 10) im Ver-

gleich zu den unteren (Untere 40²) (vgl. Hufe et al. 2017). Gleichzeitig kann dies auch reale Auswirkungen haben, wenn durch ungleiche Einkommenszuwächse das Preisniveau stärker steigt, etwa auf dem Immobilienmarkt.

Die Armutsrisikoquote (d.h. der Anteil der Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens) bewegt sich in Deutschland seit etwa fünf Jahren auf einem konstanten Niveau von ca. 15% (vgl. IAW und ZEW 2016). Eine längerfristige Betrachtung lässt zwei Beobachtungen besonders herausstellen. Zum einen ist die Armutsrisikoquote zwischen Ende der 1990er Jahre bis ca. 2009 deutlich angestiegen. Zum anderen war diese bereits zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung bzw. Anfang der 1980er Jahre auf einem ähnlichen Niveau wie heute. Daraus ergeben sich zwei Sichtweisen. Eine positive Einschätzung kommt zu dem Schluss, dass der Trend steigender Armutsgefährdung in Deutschland gestoppt wurde und man sich historisch auf keinem besonders hohen Niveau befindet. Ein kritischer Blick auf die Zahlen besagt, dass die Quote der von Armut gefährdeten Haushalte in jüngerer Vergangenheit auch schon einmal deutlich niedriger war und dieses Niveau trotz eines andauernden wirtschaftlichen Booms nicht wieder erreicht werden konnte.

Sowohl die Grenze zur Armutsgefährdung als auch die zum Reichtum werden relativ zum mittleren Einkommen definiert. Die Quote der Reichen (d.h. der Anteil der Menschen mit mehr als 200% des Medianeinkommens) zeigt im Vergleich zur Armutsrisikoquote allerdings einen deutlich unterschiedlichen Trend auf. Diese ist seit den 1980er Jahren kontinuierlich gestiegen. Unterbrochen wurde diese Entwicklung zwischenzeitlich durch die Rezession nach der deutschen Wiedervereinigung ab 1995 sowie durch die Finanzkrise ab 2008 (vgl. hierzu auch Drechsel-Grau, Peichl und Schmid 2015).

² Inklusives Wachstum wird von der OECD u.a. als anteilmäßig proportionales Wachstum der unteren 40% der Einkommensverteilung im Vergleich zum mittleren Wert definiert.



Andreas Peichl



Martin Ungerer

* Prof. Dr. Andreas Peichl leitet die Forschungsgruppe Internationale Verteilungsanalysen am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim.

** Martin Ungerer ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Internationale Verteilungsanalysen am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim.

¹ Die OECD definiert absolute Armut als weniger als 2,50 Euro am Tag, was in Deutschland faktisch nicht vorkommt.

Festhalten lässt sich also zunächst, dass die Armen zwar nicht unbedingt ärmer werden, die Reichen aber, sowohl was deren Anteil an der Bevölkerung als auch deren Einkommen an sich, stärkere Zuwächse verzeichnen konnten. Durch diese zunehmende Polarisierung kommt es zu einem gefühlten sowie tatsächlichen Auseinanderdriften von Armen und Reichen.

ARMUT UND BESCHÄFTIGUNG

Eine konstante Armutsrisikoquote trotz wirtschaftlichen Aufschwungs scheint zunächst verwunderlich. Die Befunde des Gutachtens zur »Analyse der Einkommen und Vermögen« im Zuge des 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigen jedoch, dass der Beschäftigungszuwachs im Zuge des Booms eher verteilungsneutral, d.h. gleichmäßig in allen Einkommensgruppen, stattfand. Das heißt, es stiegen sowohl die Nachfrage nach Beschäftigten mit geringer Qualifikation und niedriger Entlohnung als auch diese nach qualifizierten Arbeitskräften. Insbesondere letztere erklärt den Anstieg der oberen Einkommen (vgl. Fitzenberger 2012).

Aus dem Zusammenspiel von Armut und Beschäftigung lässt sich allerdings auch eine normative Frage entwickeln. Sollte Arbeit auch dann als positiv gesehen und gefördert werden, wenn sie allein nicht für einen Lebensunterhalt reicht und staatlich bezuschusst werden muss? Einerseits wird inklusives Wachstum insbesondere als angemessene Teilhabe der unteren Einkommen am Wachstum definiert. Zudem können größere Umverteilungsmaßnahmen etwa durch Besteuerung und Abgaben zu Effizienzverlusten führen. Andererseits bietet eine aufgenommene Tätigkeit die Möglichkeit der Weiterentwicklung und des Aufstiegs (vgl. Niehues 2014). Soziale Mobilität, gemessen als Chancengerechtigkeit durch persönliche Anstrengung ein höheres Einkommen zu erzielen, ist seit 2005 wieder gestiegen, nachdem der Trend seit den 1980er Jahre hin zu stärkerer Abhängigkeit von sozioökonomischer Herkunft anstelle von persönlicher Anstrengung geprägt war (vgl. Peichl und Ungerer 2016; Hufe et al. 2017). Somit können staatliche Anreize zur Aufnahme von Beschäftigung durchaus sinnvoll sein, auch wenn diese zunächst Beschäftigung unterhalb der Armutsrisikogrenze fördern. Leider sind diese Anreize in Deutschland noch ausbaufähig. Ein relativ hohes Grundsicherungsniveau in Verbindung mit hohen Transferentzugsraten sind mit geringen Arbeitsanreizen insbesondere für Geringqualifizierte und Alleinverdienerfamilien verbunden (vgl. Buhlmann, Löffler und Peichl 2017).

POLARISIERUNG UND PERSISTENZ

Die ungleiche Entwicklung der Einkommen im oberen und unteren Bereich der Verteilung impliziert eine stärkere Polarisierung. Daraus folgt ein Rückgang des relativen Anteils der Mittelklasse an der Gesamtbevölkerung.³ Dieser ist zwischen den 1980er Jahren und 2014 um ca. 10 Prozentpunkte von ca. 82% auf 72% gesunken. Dies als eine Erosion zu bezeichnen mag zwar übertrieben sein, dennoch ist der Rückgang offensichtlich. Allerdings lag der Anteil der Mittelklasse bereits in den 1960er Jahren unter 80%. Gleichzeitig ist auch die beschäftigungsbereinigte Lohnquote, d.h. der Anteil des Arbeitseinkommens am Haushaltseinkommen, seit den 1980er Jahren gesunken. Dies impliziert eine Einkommensverschiebung zugunsten von Gewinn- und Vermögenseinkommen. Da diese Form von Einkommen vor allem am oberen Ende der Vermögensverteilung realisiert wird, kann so die Zunahme der oberen Einkommen erklärt werden.

Neben der Polarisierung lässt sich eine höhere Persistenz von Armut feststellen. Diese ist seit Ende der 1980er Jahre in Deutschland stark gestiegen. Betrug die durchschnittliche Verweildauer unterhalb der Armutsrisikogrenze über einen Zeitraum von fünf Jahren 1989 noch etwa 2,5 Jahre, so stieg diese bis 2008 auf über drei Jahre und in Ostdeutschland auf über 3,5 Jahre an. Erst am aktuellen Rand ist dieser Trend wieder leicht rückläufig.

VERMÖGEN

Die Datenlage zu Vermögen in Deutschland ist nach wie vor verbesserungswürdig. Dennoch müssen diese bei einer Betrachtung von Armut und Reichtum mit berücksichtigt werden. Zunächst lässt sich festhalten, dass Vermögen deutlich ungleicher verteilt sind als Einkommen – selbst unter Berücksichtigung von Rentenanwartschaften. Ein Grund hierfür ist die im internationalen Vergleich extrem niedrige Quote an Immobilienbesitzern. Weiterhin nehmen langfristig sowohl Vermögen als auch deren Ungleichheit zu (vgl. IAW und ZEW 2016; HFCS 2016). Insbesondere die Quote der Haushalte ohne Vermögen ist in den letzten zehn Jahren gestiegen. Selbst Ereignisse wie die Finanzkrise ab 2008 haben die Ungleichheit der Haushaltsvermögen nur unwesentlich verringert (vgl. IAW und ZEW 2016).

FAZIT

Die Armen werden zwar nicht unbedingt ärmer, allerdings werden die Reichen sehr wohl reicher. Gleichzeitig hat es in der Vergangenheit negative Entwicklungen bezüglich persistenter Armut und Einkommensungleichheit gegeben, die der aktuelle Beschäftigungsboom nicht ausgleichen konnte. Allerdings kann eine Aufnahme von Beschäftigung bei entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten durchaus auch unterhalb der Armutsrisikoquote sinnvoll sein. Damit dieses Prinzip funktioniert, sollten die staatlichen Anreize zur Aufnahme von Beschäftigung speziell für Geringverdiener verbessert werden. Gleichzeitig müssen allerdings auch die Chancen zum wirtschaftlichen Aufstieg gege-

³ Mittelklasse wird oft als der Einkommensbereich zwischen 67% und 200% des Medianeinkommens definiert.

ben sein, da sonst lediglich der Niedriglohnsektor vergrößert wird. Eine solche Dynamik kann auch zu einer Vergrößerung der gesellschaftlichen Mittelklasse führen, die zuletzt eher geschrumpft war.

LITERATUR

Buhlmann, F., M. Löffler und A. Peichl (2017), *Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft – Wachstum und Inklusion*, Gutachten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die Bertelsmann Stiftung, ZEW, Mannheim.

Drechsel-Grau, M., A. Peichl und K. D. Schmid (2015), »Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland: Spitzeneinkommen – ein Missing-Link«, *Wirtschaftsdienst* 95(10), 684–688.

Fitzenberger, B. (2012), »Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland«, Working Papers 04/2012, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

HFCS – Household Finance and Consumption Network (2016), *The Household Finance and Consumption Survey: Results from the Second Wave*, Statistics Paper Series No 18, Europäische Zentralbank, verfügbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpsps/ecbsp18.en.pdf?d2911394a25c444cd8d3db4b77e8891a%20>.

Hufe, P., I. Kyzyma, A. Peichl und M. Ungerer (2017), *Vorschlag für ein effizientes, einfaches und gerechtes Steuer- und Transfersystem zur Steigerung inklusiven Wachstums*, Gutachten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die Bertelsmann Stiftung, ZEW, Mannheim.

IAW – Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung und ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2016), *Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland*, Studie für den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Tübingen, Mannheim.

Niehues, J. (2014), »Die Mittelschicht – stabiler als gedacht«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64(49), 10–17.

Peichl, A. und M. Ungerer (2016), »Equality of Opportunity in East vs. West Germany«, *Bulletin of Economic Research*, im Erscheinen.

Richard Hauser*

Einkommen und Vermögen driften auseinander

EINIGE BEGRIFFLICHE KLÄRUNGEN

Wenn jemand die Behauptung aufstellt, dass die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, so muss man zurückfragen: Welches Land meinen Sie? Auf welche Zeitperiode bezieht sich Ihre Aussage? Was verstehen Sie unter den »Armen« und den »Reichen«? Denn es gibt sicherlich manche Länder, manche Zeitperioden, manche Vorstellungen von Armut und Reichtum und manche Menschen und Haushalte, auf die diese Feststellung zutrifft. Aber in dieser Allgemeinheit ist die These falsch. Es bedarf der Präzisierung, damit eine eindeutige Antwort möglich ist. Wir beschränken uns im Folgenden auf Deutschland nach der Wiedervereinigung – mit einem Seitenblick auf die OECD-Länder. Dieser Bezug ist sicherlich der Kern der deutschen Diskussion.

Wenn man von Armut und Reichtum spricht, dann denkt man zuerst an die monetären Größen Einkommen und Vermögen und an deren Verteilung über Haushalte oder Personen. Damit gelangt man bei weiterer Spezifizierung zu einer Ressourcendefinition von Armut und Reichtum. Im Gegensatz hierzu steht eine Lebenslagendefinition von Armut und Reichtum, bei der es um die tatsächlichen Lebensumstände von Personen und Haushalten und um die sie bedingenden Faktoren und Beschränkungen geht. Ein noch umfassenderer Armuts- und Reichtumsbegriff schließt auch die Chancen für die künftige Lebensgestaltung ein. Wir konzentrieren uns hier auf eine Ressourcendefinition von Armut und Reichtum.

Um Arme von Nicht-Armen abgrenzen zu können, bedarf es einer monetär bezifferten Armutsgrenze. Eine solche Armutsgrenze stellen in Deutschland die weitgehend einheitlichen Anspruchsgrenzen für die fünf Mindestsicherungsleistungen (Arbeitslosengeld II, Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, Asylbewerberleistungen) dar. Da die regional sehr unterschiedlichen Kosten für eine angemessene Wohnung und deren Heizung von allen Leistungsträgern voll übernommen werden, umfassen diese Mindestsicherungsgrenzen ein breites Band. Im Durchschnitt belief sich die Anspruchsgrenze für einen Alleinstehenden im Jahr 2016 auf etwas unter 800 Euro pro Monat. Hinzukommen die direkt abge-



Richard Hauser

* Prof. Dr. Richard Hauser war Inhaber der Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Verteilungs- und Sozialpolitik, an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

fürten Krankenkassenbeiträge. Diese Anspruchsgrenzen sind politisch anerkannt und vom Bundesverfassungsgericht unter Bezugnahme auf Art. 1 GG zur Gewährleistung eines soziokulturellen Existenzminimums bestätigt worden.¹ Im Zeitablauf erhöhen sich diese Anspruchsgrenzen in Abhängigkeit vom steigenden Lebensstandard der Bevölkerung. Hierfür gibt es eine Anpassungsformel und eine Überprüfung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) im fünfjährigen Abstand. Es handelt sich also um eine relative Armutsgrenze. Nur wenn man die politisch wertende Vorstellung vertritt, dass die deutschen Mindestsicherungsgrenzen und damit das soziokulturelle Existenzminimum zu niedrig festgesetzt seien – wie es alle Wohlfahrtsverbände tun – dann sind die Empfänger von Mindestsicherungsleistungen als »arm« zu betrachten. Nehmen Berechtigte diese Mindestsicherungsleistungen nicht in Anspruch, dann werden sie als »verdeckt arm« bezeichnet. Verdeckte Armut ist keineswegs ein zu vernachlässigendes Problem. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 40% aller Berechtigten die ihnen zustehenden Mindestsicherungsleistungen nicht in Anspruch nehmen (vgl. Becker und Hauser 2005; Bruckmeiner et al. 2013).

Auch die Europäische Union hat im Hinblick auf Länder- und Zeitvergleiche (mit Zustimmung aller Mitgliedsländer) eine Armutsrisikogrenze von 60% des jeweiligen nationalen Medians der Nettoäquivalenzeinkommen der Personen festgelegt. Diese recht pauschale Armutsrisikogrenze stellt ebenfalls eine relative Grenze dar. Sie dient dem Monitoring im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK). Inwieweit Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb dieser pauschalen Armutsrisikogrenze liegt, als »arm« betrachtet werden können, bedarf weiterer Informationen über ihre Lebenslage. In den meisten Fällen liegt die für Deutschland ermittelte Armutsrisikogrenze der EU oberhalb der deutschen Mindestsicherungsgrenzen. Die einem Armutsrisiko unterliegenden Personen mit den Armen gleichzusetzen, ist eine Verkürzung, die dem öffentlichen Meinungskampf über Verteilungsfragen zuzuordnen ist.

Im Hinblick auf einen hohen regelmäßigen Ressourcenzufluss und einen hohen Vermögensbestand, die man gemeinhin als Reichtum bezeichnet, gibt es keine herrschenden Zielvorstellungen, außer dass auch Reiche sich an alle Gesetze halten müssen und mit Steuern und Abgaben ihren Beitrag zu den Staatsaufgaben zu leisten haben. Staatliche Regulierungen beziehen sich lediglich auf unzulässige Formen des Einkommenserwerbs und des Vermögensbesitzes. In der statistischen Berichterstattung werden 200% und 300% des nationalen Medians des Nettoäquivalenzeinkommens als Reichtumsgrenzen verwendet.

Man kann verschiedene Einkommens- und Vermögensbegriffe unterscheiden und die jeweils zugehörigen Verteilungen auf Personen und Haushalte betrach-

ten. Häufig steht in der Diskussion die individuelle Verteilung der Bruttoarbeitseinkommen (vor Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben) im Fokus. Analog kann sich der Blick auch auf die Verteilung der Kapitalerträge richten. Unter einem anderen Blickwinkel kann man auch die in einem Haushalt zusammenfließenden Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und unter Hinzunahme der Transferzahlungen und damit die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte betrachten. Die Haushaltsbetrachtung ist beim Vermögen sogar die typische Sichtweise, weil empirische Daten über den individuellen Vermögensbesitz kaum vorhanden sind.² Bei einer wohlfahrtsorientierten Sichtweise, die in der Armuts- und Reichtumsdebatte im Vordergrund steht, kommt es aber auf die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen³ auf Personen an, die unter Berücksichtigung des Haushaltszusammenhangs ermittelt werden. Analog kann man auch das Pro-Kopf-Nettovermögen von Personen betrachten, das sich aus dem Haushaltsnettovermögen ermitteln lässt.⁴

Bei unserer Frage richtet sich das Augenmerk vor allem auf die Randbereiche der Verteilungen und auf deren Veränderungen im Zeitablauf. Da es sich bei den beiden einkommensbezogenen Grenzen um relative Grenzen handelt, ist es nicht sinnvoll, die Leitfrage auf absolute, nominelle oder reale Größen zu beziehen. Vielmehr geht es um Relationen.

DIE ENTWICKLUNG DER MINDESTSICHERUNGSQUOTE

Setzt man die Empfänger aller Mindestsicherungsleistungen ins Verhältnis zur gesamten Bevölkerung, so erhält man die Mindestsicherungsquote. Sie gibt an, wie groß der Bevölkerungsanteil ist, der auf dem Niveau des soziokulturellen Existenzminimums leben muss. Diese Quote zeigt von 2006 mit 9,8% bis 2012 einen leicht fallenden Verlauf. Anschließend ist wieder ein Anstieg auf 9,7% zu beobachten.⁵ Dabei zeigen sich auch Strukturverschiebungen. Während der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld II an der Bevölkerung im Gefolge der guten Konjunktur zurückging, nahmen die Anteile der Bezieher von Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und von Asylbewerberleistungen zu. Da die Anspruchsgrenzen dynamisiert sind, kann man nicht davon spre-

² Eine Ausnahme bilden Vermögensangaben, die im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) bei den tatsächlichen Eigentümern erhoben werden.

³ Unter dem Nettoäquivalenzeinkommen von Personen versteht man ein gewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen, das sich aus dem Haushaltsnettoeinkommen unter Verwendung einer Äquivalenzskala errechnet. Dabei erhält der erste Erwachsene im Haushalt ein Gewicht von 1,0, weitere Haushaltsmitglieder über 13 Jahre jeweils Gewichte von 0,5 und jüngere Kinder jeweils Gewichte von 0,3. Die Verwendung einer Äquivalenzskala mit unter 1,0 liegenden Gewichten für weitere Haushaltsmitglieder wird mit den Einsparungen beim gemeinsamen Wirtschaften im Haushalt und mit den geringeren Bedarfen von Kindern begründet.

⁴ Das Haushaltsnettovermögen ergibt sich aus der Summe aller Bruttovermögen der Haushaltsmitglieder abzüglich aller Schulden.

⁵ Download: www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

¹ BVerfG 1 BvL 1/09 vom 9. Februar 2010.

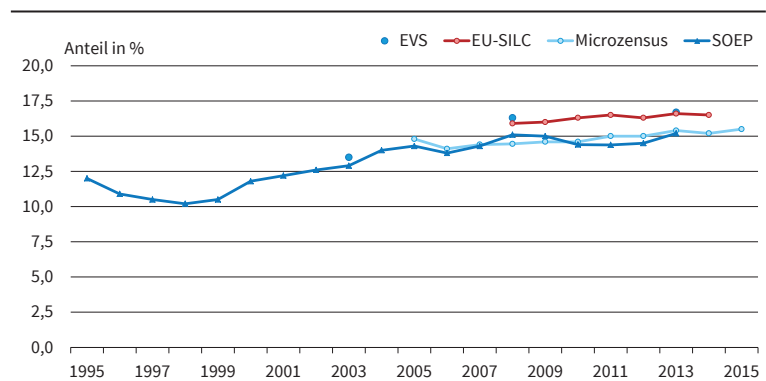
chen, dass die Armen (im Sinn der Bezieher von Grundsicherungsleistungen) wesentlich zugenommen hätten; ihr Anteil ist sogar geringfügig gesunken. Das unterste Auffangnetz hat also gehalten. Eine andere Frage ist allerdings, ob das Grundsicherungs-niveau eine ausreichende Höhe aufweist.

DIE ENTWICKLUNG DER ARMUTSRISIKOQUOTEN

Die Armutsrisikoschwelle für einen Alleinstehenden liegt je nach Bezugsjahr und nach Datenquelle zwischen 942 Euro und 1 189 Euro pro Monat.⁶ Die Entwicklung der Armutsrisikoquote, wie sie sich aus verschiedenen Datenquellen ergibt, ist in der Abbildung 1 dargestellt. Im Gegensatz zur Mindestsicherungsquote ist hierbei von 1998 bis 2015 ein deutlicher trendmäßiger Anstieg zu erkennen. Auch wenn es kleine Unterschiede im Niveau der Armutsrisikoquoten zwischen den Datenquellen gibt, so ist der Trend doch eindeutig.

Zwischen 15,5% und 16,5% der Bevölkerung sind gegenwärtig vom Einkommensarmutsrisiko betroffen. Bezieht man die Eingangsthese auf die Gruppe der vom Armutsrisiko Betroffenen, so kann man also feststellen, dass sie seit der Jahrtausendwende größer geworden ist und nunmehr etwa ein Sechstel der Bevölkerung umfasst. Genauso wie bei den Mindestleistungsbeziehern heißt dies allerdings nicht, dass immer dieselben Personen unter den jeweiligen Grenzen verharren. Vielmehr gibt es ständig Aufstiege und Abstiege, so dass der Anteil der dauerhaft Betroffenen weit geringer ist.

Abb. 1
Armutsrisiko



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. © ifo Institut

DIE VERTEILUNG DER NETTOÄQUIVALENZEINKOMMEN

Auch die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen ist seit der Mitte der 1990er Jahre deutlich ungleicher geworden. Alle vorhandenen Datenquellen ergeben ein ähnliches Bild.

Besonders anschaulich ist eine Dezilsdarstellung, die angibt, wie hoch der Anteil jeweils eines Zehntels der Bevölkerung an einer Gesamtgröße (Summe der Nettoäquivalenzeinkommen bzw. der Nettovermögen) ist. Völlige Gleichverteilung würde herrschen, wenn jeweils ein Zehntel der Bevölkerung auch ein Zehntel des gesamten Einkommens bzw. Vermögens besäße. Aus Tabelle 1 kann man diese Verteilungen für mehrere Stichjahre ersehen. Man erkennt, dass die Anteile der unteren fünf Dezile am Nettoäquivalenzeinkommen von 1993 bis 2013 von 31,5% auf 30,2% abgenommen haben, während die Anteile der oberen Bevölkerungshälfte von 68,4% auf 69,9%⁷ angestiegen sind. Wenn man unterstes und oberstes Dezil vergleicht, wird die Veränderung noch deutlicher. Das Verhältnis hat sich von 1:5,46 auf 1:6,33 verschlechtert. Im Hinblick auf die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen und

⁶ Je nachdem, ob der Wert des eigengenutzten Wohneigentums zum Einkommen gezählt wird oder nicht, liegt die Grenze höher oder niedriger.

⁷ Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Tab. 1
Dezilsverteilungen des Nettoäquivalenzeinkommens und des Pro-Kopf-Nettovermögens

Dezile	Anteile des Nettoäquivalenzeinkommens in %					Anteile des Pro-Kopf-Nettovermögens ^{a)} in %		
	1993	1998	2003	2008	2013	2002	2007	2012
1. Dezil	4,1	4,0	3,9	3,6	3,6	- 1,2	- 1,3	- 1,4
2. Dezil	5,5	5,5	5,5	5,1	5,0	0,0	0,0	0,0
3. Dezil	6,4	6,5	6,6	6,3	6,2	0,2	0,2	0,2
4. Dezil	7,3	7,4	7,5	7,3	7,2	0,9	0,8	0,9
5. Dezil	8,2	8,3	8,4	8,3	8,2	2,3	2,1	2,3
6. Dezil	9,2	9,3	9,4	9,3	9,3	4,8	4,1	4,5
7. Dezil	10,4	10,4	10,5	10,5	10,6	7,8	7,0	7,6
8. Dezil	12,0	11,9	12,0	12,1	12,3	12,1	11,2	12,1
9. Dezil	14,4	14,3	14,3	14,7	14,9	19,2	18,1	18,5
10. Dezil	22,4	22,4	21,9	22,8	22,8	53,8	57,9	55,4

^{a)} Ohne Gebrauchsvermögen. Die Datenquellen unterschätzen generell den Anteil des obersten 1 %.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Open Data, sowie Becker und Hauser (2003, Tab.5.5b) auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (Einkommen) und des Sozio-oekonomischen Panels (Pro-Kopf-Nettovermögen: Berechnungen von M. Grabka).

den Zeitraum von 1993 bis 2013 trifft also die Eingangsthese ebenfalls zu.

DIE ENTWICKLUNG DER VERTEILUNG DER NETTOVERMÖGEN PRO KOPF

Der Kenntnisstand über die Höhe und Verteilung der privaten Vermögen ist weit geringer als über die Verteilung der Einkommen. Dabei ist Vermögen ein gesellschaftliches Strukturmerkmal, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann, wenn man an die verschiedenen Funktionen denkt, die Vermögen erfüllt und die umso gewichtiger werden, je mehr man davon besitzt und vererbt. Man kann folgende Funktionen unterscheiden: Vermögen dient der Eigennutzung, der Erzielung von Einkommen, der Absicherung gegen Wechselfälle des Lebens, der Positionierung der Kinder, der Übertragung und Vererbung, der Ausübung einer selbständigen und unternehmerischen Tätigkeit, der Ausübung von Macht und politischem Einfluss. Unternehmensvermögen berechtigt auch zur Ausübung von Direktionsmacht der Eigentümer oder Manager auf unselbständig Beschäftigte.

Vermögen muss im Haushaltszusammenhang betrachtet werden; denn auch Kinder profitieren vom Nettovermögen des Haushalts, selbst wenn sie noch kein eigenes Vermögen besitzen. Es kommt also nicht auf den juristischen Eigentümer an. Andererseits muss man durch die Umrechnung auf Pro-Kopf-Nettovermögen die Haushaltsgröße berücksichtigen.

Gilt die Eingangsthese auch für die Verteilung der Nettovermögen? Der rechte Block der Tabelle 1 gibt einen Einblick in die Entwicklung von 2002 bis 2012. Zunächst kann man feststellen, dass die Verteilung des Nettovermögens wesentlich ungleichmäßiger ist als die Verteilung der Einkommen. Beim untersten Dezil hat sich die Verschuldung – vor allem aufgrund von Konsumentenkrediten – etwas vergrößert. Der minimale Anteil vom 2,0 % des gesamten Nettovermögens, der 2012 auf die untere Hälfte der Bevölkerung entfiel, ist seit 2002 in etwa konstant geblieben und damit auch der Anteil der oberen Hälfte der Bevölkerung; aber der Anteil des obersten Dezils hat sich zu Lasten der darunter liegenden Dezile deutlich vergrößert. Auch in Bezug auf die Verteilung des Pro-Kopf-Nettovermögens trifft also die Eingangsthese zu. Auch andere Verteilungsmaße, die hier nicht weiter erläutert werden können, kommen zum gleichen Ergebnis.

ABSCHLIESENDE BEMERKUNGEN

Eine Zunahme der Ungleichheit zeigt sich in vielen hochentwickelten Ländern (OECD 2015) und auch im Durchschnitt der EU-Länder, wenn auch die deutsche Armutsrisikoquote noch etwas unter dem EU-Durchschnitt liegt (vgl. Deckl 2013). Als eine der Ursachen wurde eine Spreizung der Lohnstruktur identifiziert, die als eine Folge des Technischen Fortschritts und der Globalisierung gilt. Da keine Umkehr dieser Trends

abzusehen ist, ergeben sich daraus neue Aufgaben für eine die Ungleichheit reduzierende Sozialpolitik.

LITERATUR

- Becker, I. und R. Hauser (2003), *Anatomie der Einkommensverteilung*, Edition Sigma, Berlin.
- Becker, I. und R. Hauser (2005), *Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen*, Edition Sigma, Berlin.
- Bruckmeier, K., J. Pauser, U. Walwei und J. Wiemers (2013), *Simulationsrechnungen zum Ausmaß der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung*, IAB-Forschungsbericht Nr. 5, Nürnberg.
- Bundesregierung (2017), *Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht*, Bonn.
- Butterwegge, Chr. (2016), *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*, 4. aktualisierte Auflage, Campus, Frankfurt, New York.
- Cremer, G. (2016), *Armut in Deutschland*, C.H. Beck, München.
- Deckl, S. (2013), »Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union«, *Wirtschaft und Statistik*, Dezember, 893–905.
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2017), *Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017*, Berlin.
- Hauser, R. (2017), »Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext – Der sozialstatistische Diskurs«, in: E.-U. Huster, J. Boeckh und H. Mogge-Grotjahn (Hrsg.), *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Springer, Wiesbaden (im Druck).
- OECD (2015), *In It Together: Why Less Inequality Benefits All*, OECD, Paris.

Stefan Sell*

Vom Streit über »echte« oder »vermeintliche« Armut zur Ungleichheit als sozial- politisches und ökonomisches Problem

Vor kurzem hat die Bundesregierung nach längeren Geburtswehen und damit verbundenen Schönheitskorrekturen am Berichtsembryo vor der Freigabe ihren nunmehr 5. Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht. Und sofort begann die gleiche Diskussion, die man auch immer beobachten kann, wenn der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen Armutsbericht veröffentlicht. Das war in diesem Jahr kurz vor dem Bericht der Bundesregierung, der nur alle vier Jahre erstellt wird (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2017).

Und wieder mussten wir Zeugen einer fast schon ritualisierten Form der (Nicht-)Auseinandersetzung mit dem Armutsthema werden. Während Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband bei der Präsentation des neuen Berichts (mit Zahlen, die sich auf 2015 beziehen) bekannt deutliche Worte fand (»Die Armut in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand von 15,7% angestiegen«), setzte gleichzeitig das Gegenfeuer der Kritiker an dieser Form der Armutsberichterstattung ein. Hier nur einige Beispiele: »Armutsbericht ist politische Marktschreierei«, kommentiert Dagmar Pepping vom NDR, nicht nur semantisch der abfälligen Einordnung von Heike Göbel in der FAZ folgend, die ihren Kommentar unter die Überschrift »Marktschreier der Armut« gestellt hat. Von einer »Stunde der Lobbyisten« spricht der Merkur-Chefredakteur Georg Anastasiadis und meint damit nicht etwa Lobbyisten der Waffenindustrie oder der Versicherungswirtschaft, die ihre Produkte verticken wollen, sondern er beklagt »die gelungene Lobbyarbeit der Sozialindustrie«. Und selbst das sozialdemokratisch geführte Bundesarbeitsministerium meldet sich so zu Wort: »Nahles-Ministerium zweifelt Armutsbericht an«. »Die Fokussierung auf die Armutsrisikoquote ist verkürzt«, verkündet das Ministerium. »Andere Indikatoren, wie zum Beispiel die Anzahl der Langzeitarbeitslosen oder die Quote der erheblichen materiellen Deprivation, weisen eine andere Richtung auf.« Ein Merkmal durchzieht so gut wie alle Texte der Kritiker – die Messung von »Armut« entsprechend dem relativen Armutsbegriff an einem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens sei »Humbug« oder »einfach nur skurril«, wie beispielsweise Daniel Eckert in seinem Kommentar »Diese Armutsrechnung ist einfach nur skurril« behauptet.

Da geht einiges munter durcheinander. An dieser Stelle kann nur darauf hingewiesen werden, dass die

auch von einigen Ökonomen immer wieder gerne zitierte angebliche Fragwürdigkeit der Messung des Einkommensarmutsrisikos im Sinne einer relativen Armutsgefährdungsquote nicht einem Konzept irgendwelcher Ideologen entspringt, sondern die Orientierung an den Einkommen unterhalb einer Schwelle von 60% des Medians in einem Land eine internationale Konvention ist, auf die man sich aus guten Gründen vor Jahrzehnten verständigt hat. Und auch die angeblich methodische Infragestellung dessen, was da gemessen wird, hält einer genauen Prüfung nicht stand.¹

Gerade vor dem Hintergrund der guten Arbeitsmarktentwicklung ist weniger die Frage der Einkommensarmutsrisikoquote zu einem bestimmten Zeitpunkt von besonderem Interesse, sondern zum einen die Tatsache, dass sie über alle Personengruppe auf hohem Niveau stagniert (anders ausgedrückt: wenn die Arbeitsmarktintegration an sich der entscheidende Faktor für einen Abbau der Armut wäre, dann hätte es hier mehr Bewegung nach unten geben müssen). Zum anderen muss man sehen, dass wie so oft bei Durchschnittswerten auffällige Entwicklungen in bestimmten Teilgruppen eher überdeckt werden. Hinsichtlich der offiziellen Zahlen² für 2015 muss man festhalten: Bei allen bekannten Risikogruppen habe das Armutsrisiko im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen: Bei Erwerbslosen auf 59%, bei Alleinerziehenden auf 44%, bei kinderreichen Familien auf 25%, bei Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau auf 32% und bei Ausländern auf 34%. Alarmierend sei im Zehn-Jahres-Vergleich insbesondere die Armutsrisikoentwicklung bei Rentnerinnen und Rentnern. Ihre Armutsrisikoquote stieg zwischen 2005 und 2015 von 10,7 auf 15,9% und damit um 49%.³ Wir sollten an dieser Stelle anmerken, dass das ceteris paribus erst der Anfang einer in Zukunft deutlich zunehmenden Altersarmutsentwicklung sein wird bzw. muss, denn die vielen Menschen mit fragmentierten Erwerbsbiographien und die vielen, die seit Mitte der 1990er Jahren im großen Niedriglohnssektor unterwegs sind, kommen erst noch alle in den Rentenbezug.⁴

Eine beliebte Kritik in der Armutsdiskussion ist der »Vorwurf«, mit den vorgetragenen Armutsrisikoquoten werde gar nicht Armut gemessen, sondern »nur«



Stefan Sell

¹ Vgl. dazu aus der neueren Literatur die hervorragende Analyse von Becker (2017) sowie zusammenfassend Arbeitskreis Armutsforschung (2017).

² Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband bedient sich der Daten aus der amtlichen Sozialberichterstattung: www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

³ An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, dass in der politischen Debatte und auch von Seiten vieler Ökonomen beim Thema Altersarmut immer auf den Bezug von Grundsicherung im Alter nach SGB XII hingewiesen wird. Und da seien die Bezugsquoten mit etwas mehr als 3% der Älteren doch sehr niedrig. Aus der Forschung wissen wir aber, dass die Zahl der Älteren, die eigentlich Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben, diese aber nicht in Anspruch nehmen, immer noch sehr hoch ist. Vgl. zur Problematik der »Dunkelziffer« ausführlicher Becker (2007).

⁴ Dass das c.p. so sicher ist wie das Amen in der Kirche, entspringt der Mechanik der Rentenformel und der Tatsache, dass die unteren Einkommensgruppen im Alter im Wesentlichen auf die Bezüge aus der Gesetzlichen Rentenversicherung angewiesen sind, da bei ihnen sowohl private wie auch betriebliche Alterssicherungsquellen kaum vorhanden sind (vgl. ausführlicher Sell 2017).

* Prof. Dr. Stefan Sell lehrt Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften an der Hochschule Koblenz, Campus Remagen.

Ungleichheit. Dahinter steckt vordergründig die Absicht zu suggerieren, bei uns gäbe es eigentlich keine »Armut«, was angesichts der Lebensrealität von Millionen Betroffenen eine steile These ist. Aber wenn man sich auf dieses Argument einlässt, dann stößt man sowohl sozialpolitisch wie auch ökonomisch auf die eigentliche Herausforderung, die weit über die Armutsdiskussion im engeren Sinne hinausreicht. Der hier entscheidende Punkt: Armut *im engeren Sinne* in ein Teilbereich der Ungleichheitsstrukturen insgesamt und sollte innerhalb dieser auch so behandelt werden (vgl. Sell 2015).

Anders ausgedrückt und hier als These vorangestellt: Die Fokussierung auf die 10 bis 15% einkommensarmer Menschen nach der offiziellen Abgrenzung ist eine letztendlich kontraproduktive Verengung im Sinne der eigentlich zu führenden Diskussion über die Tatsache, dass wir offensichtlich mit einer Polarisierung nach dem »60-40«-Muster konfrontiert sind, also 60% der Menschen geht es besser, sie erfahren Einkommenszuwächse und profitieren auch von der arbeitsmarktbedingt besseren Lohnentwicklung, aber 40% werden abgehängt und haben heute weniger zur Verfügung als noch vor zehn oder 20 Jahren, obgleich viele von ihnen voll in den Arbeitsmarkt integriert sind. Es geht dann nicht »nur« um Hartz-IV-Empfänger, sondern um Millionen Arbeitnehmer, die unsere Gesellschaft am Laufen halten.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland sind von 1991 bis 2014 real, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, um 12% gestiegen. Das hört sich gut an. Wie immer sollte man aber genauer hinschauen, vor allem, wenn mit Durchschnitt gearbeitet wird. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gemacht und herausgefunden ist dieser Befund: Zum einen war der Anstieg der verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich geringer als der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in diesem Zeitraum, das real um 22% zugelegt hat. »Die Entwicklung verlief jedoch je nach Einkommensgruppe sehr unterschiedlich: Während die mittleren Einkommen um mehr als 8% stiegen, legten die höchsten Einkommen um bis zu 26% zu. Die unteren Einkommen gingen hingegen real zurück«, so Markus M. Grabka und Jan Goebel (2017).

Die ärmsten 10% der Haushalte mussten in den untersuchten Jahren von 1991 bis 2014 einen Einkommensverlust von 8% hinnehmen. Dabei ergaben sich auch erste Anzeichen für eine wieder steigende Einkommensungleichheit. Diese war zunächst zwischen 1991 und 2005 gestiegen und stagnierte in den Jahren 2005 bis 2013 auf diesem Niveau. Erwerbstätigkeit schützt zwar nach wie vor am effektivsten gegen Einkommensarmut, allerdings sind auch immer mehr erwerbstätige Personen armutsgefährdet, so ein weiterer Befund aus der Studie.

Es tut sich was beim Thema Ungleichheit, auch im wissenschaftlichen Diskurs. Eine Menge im Vergleich zu den vergangenen Jahren, in denen die Mar-

ginalisierung des Themenfeldes innerhalb der Volkswirtschaftslehre in Deutschland durchaus erfolgreich gewirkt hat. Das Außenseiter- oder »linke« Thema erfährt in diesen Tagen eine enorme Resonanz. Offensichtlich sind selbst die (Mainstream-)Ökonomenreihen nicht mehr fest geschlossen. Da wäre nicht nur der Präsident des DIW Berlin, Marcel Fratzscher, zu nennen, der 2016 ein Buch unter dem in Ökonomenkreisen fast schon revolutionär daherkommenden Titel »Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird« veröffentlicht hat (was bislang immer vehement bestritten wurde). Bereits 2015 meldete sich der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz mit dem Buch »Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft« zu Wort. Und es braucht sicher nicht mehr ausführlich begründet werden, warum Thomas Piketty mit seinem 2014 veröffentlichten und durchaus umstrittenen Werk »Das Kapital des 21. Jahrhunderts« hier angeführt werden muss, wenn es um eine explizit ökonomische Kritik an der Ungleichheit geht.

Wenn wir den Blick von der Unsinnigkeit eines anscheinend (wieder) in Richtung auf irgendeine »absolute« Armutsdefinition zielenden Diskurses über die letztendlich »defensive« Verteidigung gesetzter relativer Einkommensschwennenwerte zur Bestimmung von Armut und Armutsgefährdung hin zu einer kritischen Betrachtung der Ökonomie der Ungleichheit weiten, dann zeigen viele neuere Studien, dass Ungleichheit auch und gerade nach den Kriterien und Bezugssystemen der »etablierten« Wirtschaftswissenschaft zunehmend negativ gesehen wird. Und dies eben nicht nur hinsichtlich der individuellen Verwüstungen, die eine ausgeprägte und wachsende Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft anrichten, sondern gerade volkswirtschaftlich im Sinne einer negativen Ungleichheitsbilanz bei Parametern wie Wirtschaftswachstum, Innovationen usw.

Natürlich gibt es eine verteilungskritische Forschung innerhalb der deutschen Wirtschaftswissenschaften schon lange, aber sie war in den vergangenen Jahren ziemlich marginalisiert.⁵

Bemerkenswert ist, dass eine explizit ökonomische Kritik an der Ungleichheit, vor allem an der weiter zunehmenden Ungleichheit, auch und immer öfter aus Institutionen kommt, denen man nun in keinerlei Hinsicht das Etikett »linke« Ökonomen oder Abweichler von der herrschenden Meinung hinsichtlich ihrer volks-

⁵ Stellvertretend für diese Linie muss die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik genannt werden, die jedes Jahr ihr Memorandum, eine Art Gegengutachten zu dem Jahresgutachten der fünf Wirtschaftsweisen, veröffentlicht. Auch im Memorandum 2015 konnte man in der Kurzfassung unter der Überschrift »Das Dilemma der ungleichen Verteilung« lesen: »Der Schlüssel für eine andere wirtschaftliche Entwicklung liegt (neben der Re-Regulierung der Finanzmärkte) in der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik weist seit vielen Jahren auf den eigentlich trivialen Zusammenhang hin: Ohne eine Steigerung der Masseneinkommen (Löhne und Transferleistungen) gibt es keine Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Ohne eine bessere Finanzausstattung des Staates werden die öffentlichen Investitionen nicht erhöht. Ohne eine stärkere Nachfrage werden auch die privaten Investitionen nicht gesteigert. Lange Zeit war die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik damit die einsame und wenig beachtete Ruferin in der Wüste.«

wirtschaftlichen Analysen aufkleben kann: Gemeint sind hier die OECD, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank.

Von Bedeutung sind die Studien der OECD zum Thema Ungleichheit, die nicht nur umfangreiche Analysen vorgelegt, sondern auch explizit wirtschafts- und sozialpolitische Schlussfolgerungen gezogen haben. Bereits 2008 (*Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*) und 2011 (*Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising*) hatte die OECD zwei umfangreiche Studien über die zunehmende Ungleichheitsentwicklung in den OECD-Staaten veröffentlicht. 2015 folgte eine weitere und überaus hilfreiche Studie unter dem Titel »In It Together. Why Less Inequality Benefits All«, in der materialreich nachgewiesen wird, warum es aus einer explizit ökonomischen Perspektive sehr sinnvoll ist, sich in das Lager der Ungleichheitskritiker und derjenigen, die durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen eine Umsteuerung anstreben, zu schlagen.⁶

Die beiden entscheidenden Punkte in der Studie aus dem Jahr 2015: Die OECD weist zum einen darauf hin, dass gesicherte empirische Evidenz dafür vorliegt, dass die mittlerweile gegebenen Ungleichheitsstrukturen erheblich negative Effekte auf das langfristige Wirtschaftswachstum haben. Und zum anderen kann die OECD zeigen, dass es sinnvoll ist, sich nicht wie bislang zu fokussieren auf die untersten 10% einer Gesellschaft, also auf die Ärmsten der Armen, sondern der festgestellte größte Einflussfaktor auf die negativen Effekte von Ungleichheit auf das Wachstum ist die zunehmende Lücke zwischen »lower income households« und dem Rest der Bevölkerung – wobei mit »Niedrigeinkommenshaushalten« die unteren 40% gemeint sind. Gerade für Deutschland besonders bedeutsam ist dann diese Schlussfolgerung: »Countering the negative effect of inequality on growth is thus not just about tackling poverty but about addressing low incomes more broadly.«⁷

Dies ist eine Aufgabe, die sich gerade in Deutschland stellt – denn viele Menschen in den unteren 40% haben in den vergangenen Jahren eine erhebliche Verschlechterung beispielsweise der Arbeitsbedingungen, zu denen auch die Löhne gehören, erleben müssen. Gleichzeitig sind sie Arbeitslosigkeit wie auch den Kostensteigerungen beispielsweise bei Mieten und Strom wesentlich härter ausgesetzt als die oberen 60%. In

⁶ Vgl. OECD (2015). Gestützt wird die OECD-Argumentation auch aus den Reihen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Bereits 2014 wurde dort eine wichtige und überaus deutliche Studie veröffentlicht (Ostry, Berg und Tsangarides 2014). Aus dem IWF interessant auch die Studie von Dabla-Norris et al. (2015).

⁷ In die gleiche Richtung geht auch diese Studie aus dem DIW von Albig et al. (2017): »Das Wachstum der deutschen Wirtschaft wäre seit der Wiedervereinigung kumuliert um rund 2 Prozentpunkte höher gewesen, wenn die Einkommensungleichheit konstant geblieben wäre ... Das reale Bruttoinlandsprodukt hätte im Jahr 2015 gut 40 Mrd. Euro über seinem tatsächlichen Wert gelegen. Vor allem die private Konsumnachfrage, aber auch Investitionen und Exporte, wären stärker gestiegen, wenn die Ungleichheit – hier gemessen am Gini-Koeffizienten der Nettohaushaltseinkommen – auf ihrem Stand des Jahres 1991 geblieben wäre. Gleichzeitig hätte der Außenhandelsaldo nicht so stark zugenommen; er hat den Effekt der Ungleichheit auf das Bruttoinlandsprodukt abgemildert.«

diese Gruppe der 40% fallen eben nicht nur die Hartz-IV-Empfänger, sondern zugespitzt formuliert die »wahren« Leistungsträger, die viele Unternehmen und Dienstleistungen am Laufen halten.

Bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Schlussfolgerungen der OECD fällt auf, dass darauf hingewiesen wird, dass es nicht ausreicht, so viel Erwerbsarbeit wie nur möglich zu schaffen, egal, wie sie ausgestaltet ist. Die OECD-Ökonomen plädieren für eine Beschäftigungsförderung in Verbindung mit einer Ausrichtung auf Jobs guter Qualität. Die vielen Jobs schlechter Qualität, von denen wir gerade in Deutschland ein Lied singen können, haben nach den vorliegenden Analysen in vielen Ländern, auch bei uns, dazu beigetragen, dass die Ungleichheit zugenommen hat und weiter ansteigen wird, wenn sich nichts ändert. Und auch hinsichtlich der Gestaltung des Steuer-Transfer-Systems für eine effiziente Umverteilung streuen die OECD-Ökonomen Salz auf die Wunden vieler Umverteilungsgegner: Die OECD fordert, dass die Progression im Steuersystem wieder ausgebaut wird, sie plädiert für eine Erhöhung der Einkommenshilfen für untere Einkommensgruppen und betont die antizyklische Ausgestaltung der Sozialausgaben, was bedeuten würde, sie in Krisen gerade nicht zu kürzen. Alles Teufelszeug für viele, die sich ansonsten immer auf »die« Ökonomen berufen.

Und auch andere Institutionen sehen die Baustellen in Deutschland. Die Europäische Kommission (2017) hält der Bundesregierung schwere Versäumnisse bei der Bekämpfung der sozialen Not in Deutschland vor. Das kann man einem in der hiesigen Debatte nur wenig rezipierten neuen Bericht der EU-Kommission entnehmen. Wörtlich schreibt die Brüsseler Behörde in ihrem aktuellen Länderbericht: »Im Zeitraum 2008 bis 2014 hat die deutsche Politik im hohem Maße zur Vergrößerung der Armut beigetragen.« Die Kommission argumentiert, dass bedarfsabhängige Leistungen real und im Verhältnis zur Einkommensentwicklung gesunken sind.

»Bedingt durch ungünstige Entwicklungen am Arbeitsmarkt und das zunehmende Gewicht von Kapitaleinkünften im Vergleich zu Arbeitseinkommen wuchs die anhand des S80/S20-Indikators⁸ bestimmte Einkommensungleichverteilung bis 2007 auf 4,8 an. 2012 ging sie auf 4,3 zurück und stieg 2014 erneut auf 5,1. Wenngleich sie nach wie vor knapp unter dem EU-Durchschnitt liegt, war dies doch der höchste jemals erfasste Wert. Das gleiche Muster gilt auch für den GINI-Index« (EU-Kommission 2017, S. 7). Und die Kommission schaut auch kritisch auf die Umverteilungspolitik:

»Auch haben die Umverteilungsmaßnahmen, die Ungleichverteilung und Armut entgegenwirken sollen, an Wirksamkeit eingebüßt. Im Zeitraum 2008–2014 hat die deutsche Politik in hohem Maße zur Vergrößerung

⁸ Der S80/S20-Indikator – oder Einkommensquintilverhältnis – misst das verfügbare Äquivalenzeinkommen der reichsten 20% der Haushalte im Verhältnis zu den ärmsten 20%. 2015 lag der EU-Durchschnitt bei 5,2, d.h., das Einkommen des reichsten Fünftels der Haushalte lag 5,2-fach über dem Einkommen des ärmsten Fünftels.

der Armut beigetragen, was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die bedarfsabhängigen Leistungen real und im Verhältnis zur Einkommensentwicklung gesunken sind ... Eine Reihe früherer Änderungen bei Steuern und Sozialabgaben könnten ebenfalls zu einem Teil für die nachlassende Wirksamkeit der Umverteilungsmaßnahmen verantwortlich sein. Die Abschaffung der Vermögenssteuer im Jahr 1997, die Absenkung des Einkommensteuerspitzenatzes von 53% im Jahr 2000 auf 42% im Jahr 2004, die pauschale Besteuerung von Kapitalerträgen seit 2009 und die Anhebungen der Sozialversicherungsbeiträge seit Anfang der 1990er Jahre haben dazu beigetragen, den progressiven Charakter des Steuersystems zu verringern und die Einkommensunterschiede möglicherweise zu erhöhen« (EU-Kommission 2017, S. 7).

Aus diesen und anderen Ausführungen wird deutlich, wo die eigentliche Herausforderung der Ungleichheitsentwicklung liegt: Ob und wie viel man durch eine mehrdimensional angelegte Umverteilungspolitik davon korrigieren kann und vor allem will. Dass aber die beobachtbare Ungleichheitsentwicklung nicht nur sozialpolitische Verwerfungen verursacht, sondern auch aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive fundiert kritisiert werden muss, darauf deuten die hier skizzierten neueren Arbeiten eindeutig hin.

LITERATUR

Albig, H., M. Clemens, F. Fichtner, St. Gebauer, S. Junker und K. Kholodilin (2017), »Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst«, *DIW Wochenbericht* (10), 159–168.

Arbeitskreis Armutsforschung (2017), »Erklärung zum Armutsbegriff«, *Soziale Sicherheit* (4), 151–155.

Becker, I. (2007), *Verdeckte Armut in Deutschland. Ausmaß und Ursachen*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Becker, I. (2017), »Kritik am Konzept relativer Armut – berechtigt oder irreführend?«, *WSI-Mitteilungen* (2), 98–107.

Dabla-Norris, E., K. Kochhar, N. Suphaphiphat, F. Ricka und E. Tsounta (2015), *Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective*, Internationaler Währungsfonds, Washington DC.

Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2017), *Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017*, Berlin.

Europäische Kommission (2017), *Länderbericht Deutschland 2017 mit eingehender Überprüfung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte*, Europäische Kommission, 22. Februar, Brüssel.

Grabka, M.M. und J. Goebel (2017), »Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit«, *DIW Wochenbericht* (4), 71–82.

OECD (2015), *In It Together. Why Less Inequality Benefits All*, OECD, Paris.

Ostry, J.D., A. Berg und C.G. Tsangarides (2014), *Redistribution, Inequality, and Growth*, Internationaler Währungsfonds, Washington DC.

Sell, St. (2015), »Das ist keine Armut, sondern »nur« Ungleichheit? Plädoyer für eine erweiterte Armutsforschung durch eine explizit ökonomische Kritik der Ungleichheit«, in: U. Schneider (Hrsg.), *Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen*, Westend Verlag, Frankfurt am Main, 87–110.

Sell, St. (2017), »Die imaginären Standardrentner-Werte werden gefoltet, bis sie gestehen. Drohende Altersarmut wird weggerechnet«, *Aktuelle Sozialpolitik*, 15. März.

Judith Niehues* und
Christoph Schröder**

Arme ärmer, Reiche reicher? – Auf die Perspektive kommt es an

Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher? Nach der Wahrnehmung eines Großteils der deutschen Bevölkerung trifft diese Behauptung in jedem Fall zu: 2013 gaben in einer internationalen Umfrage des US-amerikanischen Pew Research Center 88% der Deutschen an, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen fünf Jahren hierzulande geöffnet habe. Bei einem Blick auf die empirischen Befunde fällt das Urteil differenzierter aus. Zwar liegt die gesellschaftliche Ungleichheit höher als noch in den 1990er Jahren, im letzten Jahrzehnt haben sich die Einkommen aber nicht weiter auseinanderentwickelt. Dies spricht nicht nur gegen die bekundete Wahrnehmung, sondern auch gegen die weit verbreitete Vermutung, die Agenda 2010 und insbesondere die Einführung von Hartz IV seien ursächlich für den Ungleichheitsanstieg. Überdies zeigen Armutsmaße, die die Lebensverhältnisse auch in ihrer Vielfalt abbilden und nicht nur einkommensbasiert sind, in den letzten Jahren rückläufige Tendenzen.

REALLOHNENTWICKLUNG: GEHEN DIE UNTEREN LOHNGRUPPEN LEER AUS?

Folgt man der Rezeption des kürzlich von der Bundesregierung veröffentlichten 5. Armuts- und Reichtumsberichts (ARB) in den öffentlichen und medialen Debatten, scheinen die empirischen Daten die Wahrnehmung zunächst zu bestätigen. Denn hier steht vor allem der Befund im Vordergrund, dass sich im Zeitraum 1995 bis 2015 die realen Bruttostundenlöhne der unteren 40% der abhängig Beschäftigten rückläufig entwickelten. Hinter diesem scheinbar skandalträchtigen Befund verbirgt sich aber vor allem eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Denn durch den starken Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre hat sich die Zusammensetzung der Beschäftigten stark verändert – bei den abhängig Beschäftigten 2015 handelt es sich keineswegs um die gleiche Personengruppe wie noch in den 1990er Jahren. Dass ehemals Arbeitslose in der Tendenz eher am unteren Rand der Lohnverteilung in den Arbeitsmarkt einsteigen, ist wenig überraschend. In der Folge verharren sie jedoch keineswegs auf dem niedrigen Lohnniveau. So konnten die unteren Lohngruppen zwischen 2010 und 2015 – also nachdem der

* Dr. Judith Niehues ist Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

** Christoph Schröder ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kompetenzfeld Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Beschäftigungsaufbau schon weit vorangeschritten war – relativ zu den oberen Lohngruppen aufschließen. Da diese Trendumkehr in der Entwicklung der Lohnungleichheit im aktuellen Berichtszeitraum des ARB sowohl auf Basis der Verdienststrukturerhebung durch das Statistische Bundesamt (2016) als auch gemäß der Integrierten Erwerbsbiographien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (vgl. Möller 2016) bekräftigt wird, überrascht die Fokussierung des 5. ARB auf den längerfristigen Befund.

DER BLICK AUF DIE NETTOEINKOMMEN

Die »unteren 40%« standen bereits vor der Veröffentlichung des 5. Armuts- und Reichtumsberichts im Fokus der Verteilungsdebatte. Die Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) legen nämlich nahe, dass die bedarfsgewichteten Nettoeinkommen der ärmsten 40% in Deutschland seit der Wiedervereinigung kaum reale Einkommenszuwächse verbuchen konnten. »Seit 1999 ist das reale verfügbare Einkommen dieser 40% der Bevölkerung sogar zurückgegangen, während die realen Einkommen der restlichen 60% der Bevölkerung deutlich gestiegen sind (vgl. Grabka und Goebel 2017, S. 76).« Im Vergleich zu der vorherigen Betrachtung der Lohnungleichheit ist dieser Befund insofern problematischer, als dass er andeutet, dass sich der kräftige Beschäftigungszuwachs des vergangenen Jahrzehnts keineswegs in einem Anstieg des Realeinkommens der unteren Einkommensbereiche der Bevölkerung widerspiegelt habe. Allerdings lohnt auch hier ein zweiter Blick. Es ist unbestritten, dass sich die Einkommensungleichheit in Deutschland – wie in vielen anderen Industrienationen auch – zwischen dem Ende der 1990er Jahre und etwa 2005 erhöht hat. In diesem Zeitraum haben sich die oberen Einkommen relativ stärker entwickelt haben als die unteren und mittleren Einkommen. Ab 2005 zeigt sich hingegen eine weitgehend stabile Einkommensverteilung: Lag der Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen im Jahr 2005 bei 0,29, sank er bis etwa 2010 leicht auf 0,28 und liegt im Jahr 2014 wieder bei 0,29 – statistisch signifikant war keine dieser Veränderungen.

Trotzdem alarmieren und überraschen die Anzeichen steigender Ungleichheit gerade am aktuellen Rand gleichermaßen, da sich ja nach Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise schnell eine positive Wirtschaftsentwicklung gezeigt hat. Hier gilt allerdings anzumerken, dass die Entwicklung der unteren Einkommen im SOEP seit 2010 durch Stichprobenveränderungen deutlich nach unten verzerrt sein dürfte. So ging beispielsweise der hervorstechende Anstieg der Ungleichheit im SOEP zwischen den Jahren 2012 und 2013 nahezu gänzlich auf eine neu erfasste Migrationsstichprobe zurück. Einhergehend damit zeigt sich im SOEP seit 2009 (somit seit der Finanzkrise) eine Stagnation des realen Medianeinkommens, während der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes einen Anstieg des realen Medianeinkommens von 6,2% für

den gleichen Zeitraum ausweist. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass gemäß der SOEP-Daten insbesondere die obersten 10% die niedrigsten Realeinkommenszuwächse innerhalb des letzten Jahrzehnts aufweisen – die Reichen somit keineswegs reicher geworden sind.

Allerdings deutet auch die Amtliche Sozialberichterstattung auf Basis des Mikrozensus auf einen Anstieg der Armutsgefährdungsquote in den letzten Jahren hin. Unter Armutsgefährdung versteht die Europäische Kommission relative Einkommensarmut, die gegeben ist, wenn eine Person weniger als 60% des medianen Einkommens (Einkommen in der Mitte der Einkommensrangliste) zur Verfügung hat. Auch bei diesem Indikator ist wiederum die durch die Zuwanderung und Flüchtlingsbewegung veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung zu beachten. Eine Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) auf Basis des Mikrozensus kommt zu dem Schluss, dass das Armutsrisiko der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund weiter unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt und sich seit 2011 nicht verändert hat (vgl. Seils und Höhne 2016, S. 2).

ARMUT: NICHT NUR DAS EINKOMMEN ENTSCHIEDET

In der öffentlichen Diskussion wird Armut meist mit relativer Einkommensarmut oder Armutsgefährdung gleichgesetzt. Dies ist jedoch zu kurz gegriffen. Von Armut spricht die Europäische Union, wenn Personen »über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist« (Rat der Europäischen Gemeinschaften 1985, S. 24). Wie hoch die finanziellen Mittel sind, die diesen Lebensstandard sichern, lässt sich rein wissenschaftlich nicht ermitteln. Der gängige Schwellenwert für Einkommensarmut stellt lediglich eine bloße Konvention dar. Ob dieser Wert tatsächlich aktuell die Grenze zur Armutsgefährdung darstellt, ist ungewiss. Fraglich ist darüber hinaus, ob dieser prozentuale Schwellenwert über die Zeit konstant bleibt.

ARMUT ALS MANGEL AN ENTFALTUNGSMÖGLICHKEITEN

Der Nobelpreisträger Amartya Sen definiert Armut und Lebensqualität über die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten (Capability-Ansatz). Hierzu zählt beispielsweise der Zugang zu Informationen, die Möglichkeit ohne Scham in der Öffentlichkeit auftreten zu können oder mobil zu sein. Diese Entfaltungsmöglichkeiten sind für sich gesehen absolut, aber je nach kulturellem Umfeld an unterschiedliche Ressourcen und Mittel geknüpft. So kann der Zugang zu Informationen beispielsweise in früheren Zeiten den Bezug (oder das Mitlesen) einer Tageszeitung erforderlich gemacht haben,



Judith Niehues



Christoph Schröder

später vielleicht einen Fernseher und heute vermutlich das Internet. Die Mobilität kann durch öffentliche Verkehrsmittel gewährleistet sein, bei lokal schlecht ausgebauten Bus- und Bahnnetzen aber auch ein Auto erfordern. Damit können auch die finanziellen Mittel, die erforderlich sind, um diese Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, mit der Zeit stark variieren. Auch aus dieser Perspektive ist es also unwahrscheinlich, dass ein Grenzwert, der sich als konstanter Prozentsatz des Medianeinkommens errechnet, über die Zeit die gleiche Armutsrelevanz hat.

Der alleinige Bezug auf das Einkommen ist nicht nur wegen der Unklarheit der Einkommensgrenze problematisch. Zum einen macht sich der materielle Wohlstand nicht nur am Einkommen, sondern auch am Vermögen und daran fest, wie gut man mit seinem Geld haushalten kann. Denn durch preisgünstiges Einkaufen, kluge Haushaltsführung und schonenden Umgang mit den eigenen Gebrauchsgegenständen fällt der Lebensstandard bei gleich hohen finanziellen Ressourcen wesentlich höher aus als bei mangelhaften Haushaltsführungskompetenzen. Lebensqualität (und deren Einschränkung) macht sich zum anderen aber nicht nur am materiellem Wohlstand fest. Soziale Beziehungen, eine erfüllende Tätigkeit, gute Gesundheit und ein hoher Bildungsstand sind ebenfalls wichtige Aspekte eines »reichen« Lebens.

MULTIDIMENSIONALE ARMUT

Daher ist es sinnvoll, nicht nur auf die relative Einkommensarmut zu schauen, sondern Armut auch multidimensional zu betrachten. Hierfür gibt es mehrere Möglichkeiten. Der Ansatz von Sen wurde für Europa beispielsweise von Alkire und Apablaza (2016) praktisch umgesetzt. Sie erfassen die Dimensionen Einkommen, Erwerbstätigkeit, materielle Deprivation, Bildung, Umwelt und Gesundheit. Diese Dimensionen werden mit verschiedenen Einzelindikatoren erfasst. Im Bereich Umwelt geht es beispielsweise um Lärm, Verschmutzung und Kriminalität im Wohnviertel und um Feuchtigkeit in der Wohnung. Mit vorgegebenen Schwellenwerten – dies ist hier der (gewichtete) Anteil der Einzelindikatoren, die einen Mangel anzeigen – und der zusätzlichen Berücksichtigung der Armutsintensität wird schließlich ein Armutsmaß nach der sogenannten Alkire-Foster-Methode (Alkire und Foster 2011) errechnet. Bei etwa gleichbleibender Armutsintensität und einem Schwellenwert von 0,34 fällt die Betroffenheit von multidimensionaler Armut nach dem Capability-Ansatz in der hier beschriebenen Umsetzung im Zeitraum zwischen 2006 und 2012 in Deutschland von 7 auf 6,1% der Bevölkerung. Eigene Berechnungen eines multidimensionalen Armutsindex mit den von Alkire und Apablaza betrachteten Dimensionen zeigen für Deutschland eine Verbesserung des Indexwerts um 7,5% im Zeitraum von 2008 bis 2015 an (vgl. Schröder 2017). Auch bei diesem Ansatz kann hinterfragt werden, ob die gewählten Indikatoren nicht mit der zeit-

lichen Entwicklung angepasst werden müssten. Es lässt sich aber zumindest feststellen, dass bei einheitlichen Maßstäben die Einschränkungen in den Verwirklichungschancen hierzulande insgesamt seltener geworden sind.

KONSISTENTE ARMUT

Stärker am materiellen Lebensstandard orientiert, lässt sich Armut auch als Kombination von relativer Einkommensarmut und materieller Entbehrung definieren. Ein derartiges Armutsmaß wird für die offizielle Armutsmessung unter der Bezeichnung konsistenter Armut in Irland verwendet. Dieses Maß knüpft eng an der Armutsdefinition der EU an: Konsistente Armut ist nur dann gegeben, wenn aufgrund von Ressourcenmangel (hier relative Einkommensarmut) nur ein unzureichender Lebensstandard (hier erhebliche materielle Deprivation) erreicht wird. Die Personen in konsistenter Armut bilden somit in der engen Abgrenzung nur eine Teilmenge der relativ Einkommensarmen. Es geht jedoch nicht darum, Armut klein zu rechnen, sondern darum, Entwicklungen aufzuzeigen und herauszufinden, welche Gruppen die größte Armutsbetroffenheit haben. So ließe sich auch ein konsistenter Armutsindikator durch weitere Einkommens- und Deprivationsgrenzen so kalibrieren, dass sich eine ungefähr ähnlich hohe Betroffenheitsquote wie bei der relativen Einkommensarmut ergibt.

Bei strenger Abgrenzung ergibt sich für Deutschland ein leichter Rückgang der Quote von 0,1 Prozentpunkten im Zeitraum von 2007/2008 bis 2014/2015 auf zuletzt 3,0%. Somit zeigt sich auch hier, bei allerdings unveränderten Deprivationsindikatoren, ein leichter Rückgang. Wesentlicher ist jedoch, dass die konsistente Armut noch stärker als die relative Einkommensarmut die Bedeutung von Arbeit und Bildung aufzeigt: In Deutschland sind 27% der Arbeitslosen konsistent arm. Das ist eine neunmal so hohe Quote wie im Durchschnitt der Bevölkerung. Bei der Einkommensarmut ergibt sich dagegen lediglich eine viermal so hohe Quote.

FAZIT

Die aktuellen Schlagzeilen rund um die Veröffentlichung des 5. ARB der Bundesregierung erwecken den Eindruck, von der positiven Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre hätte nur ein geringer Teil der Bürger profitiert, die häufig zitierte Schere zwischen arm und reich öffne sich unentwegt. Zum einen deuten die Daten allerdings auf stabile Verteilungsverhältnisse seit etwa 2005 hin, zum anderen dürfte die breit zitierte negative Realeinkommensentwicklung im unteren Einkommensbereich weitgehend auf Stichprobenänderungen und veränderte Bevölkerungsstrukturen durch die (Flüchtlings-)Migration zurückgehen. Darüber hinaus zeigen Kennzahlen, die sich umfassender mit der Betroffenheit von Armut und

der sozialen Teilhabe an der Gesellschaft auseinanderzusetzen, eine positive Entwicklung in den vergangenen Jahren. Auch deuten diese Maße auf wichtige politische Handlungsfelder: Die Betroffenheit konsistenter Armut ist doppelt so stark auf Arbeitslose konzentriert wie die der relativen Einkommensarmut. Ähnliches gilt in Bezug auf niedriges Bildungsniveau.

LITERATUR

Alkire, S. und M. Apablaza (2016), »Multidimensional Poverty in Europe 2006–2012: Illustrating a Methodology«, OPHI – Oxford Poverty & Human Development Initiative, Working Paper 74, Oxford.

Alkire, S. und J. Foster (2011), »Counting and Multidimensional Poverty Measurement«, *Journal of Public Economics* 95(7–8), 476–487.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017), *Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin.

Grabka, M. M. und J. Goebel (2017), »Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit«, *DIW Wochenbericht* 84(4), 71–82.

Möller, J. (2016), »Lohnungleichheit – Gibt es eine Trendwende?«, IAB Discussion Paper, Nr. 9, Nürnberg.

Rat der Europäischen Gemeinschaften (1985), »Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene«, *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Nr. L 2, Brüssel, 24–25.

Schröder, Chr. (2017), »Armut in Europa: Eine multidimensionale Betrachtung«, *IW-Trends* 44(1), 21–41.

Seils, E. und J. Höhne (2016), *Wie wirkt sich die Einwanderung auf die Armut aus?*, WSI Verteilungsmonitor – Special Feature, September.

Sen, A. (1984), *Resources, Values and Development*, Basil Blackwell, Oxford.

Statistisches Bundesamt (2016), »Trend gestoppt: Lohnspreizung nicht weiter gewachsen«, Pressemitteilung, 14. September, Wiesbaden.

Dorothee Spannagel* und
Anita Tiefensee**

Einkommensungleichheit ist trotz wirtschaftlichen Aufschwungs gestiegen¹

Im Jahr 1999 betitelte der *Economist* Deutschland mit Blick auf die wirtschaftliche Situation als den »kranken Mann Europas« (*Economist* 1999). Seitdem hat sich die deutsche Konjunktur trotz ungünstiger globaler Rahmenbedingungen und einer andauernden Konjunkturschwäche im Euroraum aber deutlich besser entwickelt als in den anderen europäischen Ländern. Auch von der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich Deutschland vergleichsweise schnell erholt. Auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2009 betrug der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts 5,6%; doch schon im Folgejahr wuchs es wieder um 4,1%. Im Jahr 2016 lag der Zuwachs bei einem Plus von 1,9% (Destatis 2017a). Diese positive Entwicklung ist vor allem von der Inlandsnachfrage getragen und wird von einem positiven Trend auf dem Arbeitsmarkt angetrieben (vgl. Horn et al. 2015). Es wäre zu erwarten, dass sich diese gute konjunkturelle Lage in einer sinkenden Armutsquote und rückgehenden Einkommensungleichheit niederschlägt. Das ist aber – wie im Folgenden gezeigt wird – nicht der Fall.

POSITIVE ENTWICKLUNGEN AUF DEM ARBEITSMARKT UND BEI DEN LÖHNEN UND GEHÄLTERN

Zunächst ein Blick auf den Arbeitsmarkt: Zu Beginn der 1990er Jahre lag die Erwerbslosenquote bei 5,3% und hatte sich binnen 15 Jahren fast verdoppelt (Sachverständigenrat 2016). Lediglich zwischen 1997 und 2001 kam es zu einem Rückgang. Seit 2005 hat sich der Arbeitsmarkt dann deutlich erholt, die Erwerbslosigkeit ist (fast) kontinuierlich gesunken. Im Februar 2017 betrug der Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen 3,9% und markiert damit einen Rekordtiefstand seit der Wiedervereinigung (Destatis 2017b). Dieser Rückgang geht in den letzten Jahren zum Teil auch auf einen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurück. Zugenommen hat dabei jedoch insbesondere die Teilzeitarbeit, speziell von Frauen (Eurostat 2017). Zudem verteilt sich der Anstieg der Erwerbsbeteiligung ungleich über die Bevölkerungsschichten: Es waren vor allem die oberen Einkommensgruppen, die von der sinkenden Erwerbslosigkeit profi-

* Dr. Dorothee Spannagel ist Referatsleiterin für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

** Dr. Anita Tiefensee ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Soziale Ungleichheit, Mobilität und Verteilung« am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

¹ Die Grundlage für diesen Beitrag bildet Spannagel (2015).



© WSI / Karsten Schöne

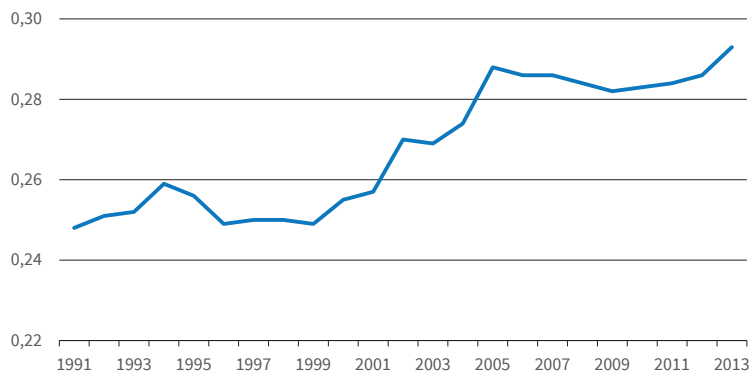
Dorothee Spannagel



Anita Tiefensee

Abb. 1

Einkommensungleichheit in Deutschland, 1991–2013
Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen



Quelle: SOEP Welle 09-31; eigene Berechnungen.

© ifo Institut

tieren konnten; bei den untersten 10% der Einkommensbezieher hingegen hat sich die Erwerbsbeteiligung seit 2005 kaum verändert (vgl. Goebel, Grabka und Schröder 2015).

Die gute konjunkturelle Entwicklung hat sich in den letzten Jahren auch bei den Löhnen und Gehältern niedergeschlagen. Nachdem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den 2000er Jahren fast durchgehend reale Lohninbußen hinnehmen mussten (vgl. Brenke und Grabka 2011), steigen die realen (preisbereinigten) Löhne und Gehälter seit 2010 wieder an (vgl. Spannagel 2015). Vor allem Beschäftigte mit unterdurchschnittlichen Löhnen und Gehältern profitierten zuletzt, was maßgeblich auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zurückzuführen ist (vgl. Deutsche Bundesbank 2015). Der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen (Lohnquote) ist heute allerdings unter dem Niveau von 1991: Im Jahr 2016 beläuft sich die Lohnquote auf 68,7% (Destatis 2017c). Diese Entwicklungen kommen auch spiegelbildlich in der Veränderung der Arbeitnehmerentgelte und der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zum Ausdruck. Zunächst entwickelten sich beide ab 1991 parallel, zwischen 2003 und 2007 stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dann aber rapide um fast 60 Prozentpunkte an. Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise gingen sie zwar kurzzeitig deutlich zurück, der Rückgang war aber bereits 2010 wieder ausgeglichen. Damit sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen seit Beginn der 1990er Jahre insgesamt stärker gestiegen als die Arbeitnehmerentgelte. Die spannende Frage ist nun, wie sich diese Entwicklungen auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen der Haushalte ausgewirkt haben.

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT STEIGT

Die gestiegenen Erwerbsquoten und die realen Zuwächse bei den Löhnen und Gehältern haben sich ebenfalls positiv auf die verfügbaren Haushaltsein-

kommen niedergeschlagen (vgl. Goebel, Grabka und Schröder 2015). Das mittlere verfügbare Haushaltseinkommen (Median)² lag für Einpersonenhaushalte zu Beginn der 1990er Jahre inflationsbereinigt bei etwas über 18 000 Euro im Jahr; 2013 lag es bei knapp 20 000 Euro. Dieser Anstieg hat jedoch nicht dazu geführt, dass die Einkommensungleichheit sinkt – im Gegenteil:

Die Ungleichverteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen hat – gemessen am Gini-Koeffizienten³ – seit Beginn der 1990er Jahre stark zugenommen (vgl. Abb. 1). Die erste Hälfte dieses

Jahrzehnts ist dabei noch von einem vergleichsweise moderaten Anstieg gekennzeichnet; Mitte der 1990er Jahre ist die Einkommensungleichheit sogar leicht rückläufig. Mit dem Jahr 1999 steigt die Konzentration der Einkommen dann aber sprunghaft an. Angetrieben wird diese Zunahme vor allem durch die wachsende Bedeutung von Kapitaleinkommen (vgl. Schmid und Spannagel 2015). Im Jahr 2005 erreicht die Einkommensungleichheit einen Höhepunkt und bleibt bis 2010 auf hohem Niveau stabil bzw. ist leicht rückläufig. Seit 2010 steigt die Ungleichheit wieder an. Im Jahr 2013 war die Konzentration der Einkommen erstmalig wieder höher als im Jahr 2005. Dieser Trend setzt sich auch im Jahr 2014 fort: In diesem Jahr erreicht die Ungleichverteilung der Einkommen einen historischen Höchststand (vgl. Grabka und Goebel 2017).

Anhand der Daten wird deutlich: Der wirtschaftliche Aufschwung ist nicht in allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen angekommen. So sind in den letzten 15 Jahren die Einkommenszuwächse im obersten Einkommensdezil überdurchschnittlich. Bei den unteren 40% der Einkommensbezieher hingegen waren die verfügbaren Einkommen rückläufig. Selbst im fünften Dezil und damit in der Mitte der Bevölkerung sind die Einkommen unter Berücksichtigung der Inflation seit dem Jahr 2000 insgesamt lediglich konstant geblieben (vgl. Grabka und Goebel 2017; Goebel, Grabka und Schröder 2015).

Hinter dem Verlauf der Einkommensungleichheit steht die Entwicklung von Armut und Reichtum. In den Jahren, in denen der Gini-Koeffizient ansteigt, steigen meist sowohl die Armuts- als auch die Reichtumsquo-

² Das verfügbare Haushaltseinkommen umfasst die Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder, also die Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen, inklusive Transferzahlungen wie etwa Rentenbezüge, Kinder- oder Arbeitslosengeld. Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das genau in der Mitte liegt, wenn man alle Einkommen der Größe nach anordnet.

³ Der Gini-Koeffizient nimmt Werte zwischen 0 und 1 an. Dabei gilt: Je höher der Wert des Gini-Koeffizienten, desto höher die Einkommensungleichheit.

te.⁴ Insgesamt ist in den letzten Jahrzehnten der Anteil der Personen am unteren wie auch am oberen Ende der Einkommensverteilung größer geworden (vgl. Abb. 2 und 3).

ZAHL DER EINKOMMENSARMEN WÄCHST

Der Anteil der einkommensarmen Personen, also der Personen, die in Haushalten mit weniger als 60% des Medianeinkommens leben, ist zwischen 1998 und 2009 (fast) kontinuierlich gestiegen. In diesen Jahren steigt die Zahl der von Armut betroffenen Menschen um beinahe 5 Prozentpunkte von rund 10,4% auf über 15%. Im Jahr 2010 war dann ein kurzer Rückgang zu beobachten, seitdem ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen aber wieder kontinuierlich angestiegen (2013: 15,3%). Der Anteil der Personen, die in einem Haushalt leben, der über weniger als die Hälfte des Medianeinkommens verfügt, hat sich zwischen 1991 und 2009 sogar fast verdoppelt; 2013 lag der Anteil der sehr Armen bei 9%. Das heißt, mehr als jeder zweite Arme lebt in großer Armut.

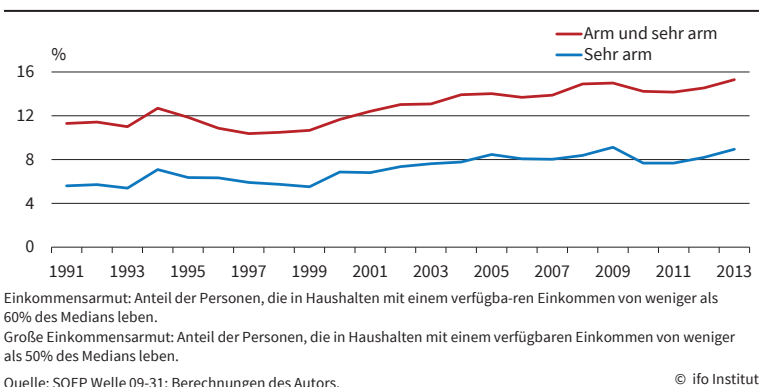
Diese Zahlen zeigen, dass die Armut in Deutschland in den letzten Jahren trotz guter konjunktureller Lage und steigender Erwerbstätigkeit nicht zurückgegangen ist. Insbesondere sind Alleinerziehende und deren Kinder, niedrig Qualifizierte, Menschen mit Migrationshintergrund sowie zunehmend auch alte Menschen und Arbeitslose von Armut betroffen (vgl. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2017; Spannagel und Seils 2014).

ZAHL DER EINKOMMENSREICHEN STEIGT EBENFALLS

Der Blick auf die Entwicklung des Einkommensreichtums (Personen, die in Haushalten mit mehr als dem Doppelten des Medianeinkommens leben), ergänzt dieses Bild: Der Anteil der einkommensreichen Personen hat sich zwischen 1991 und 2013 um 2,5 Prozentpunkte von 5,6% auf 8,1% erhöht, und zwar vor allem zu Beginn der 1990er Jahre sowie

⁴ Als einkommensarm wird definiert, wer in einem Haushalt lebt, dem weniger als 60% bzw. 50% des Medianeinkommens zur Verfügung steht. Im Jahr 2013 lag die Armutsgrenze für einen Einpersonenhaushalt bei 11 758 Euro bzw. 9 799 Euro im Jahr. Für Einkommensreichtum wird die Grenze bei dem Doppelten bzw. dem Dreifachen des mittleren Einkommens gezogen. Im Jahr 2013 lag die Schwelle für einen Einpersonenhaushalt bei einem verfügbaren Einkommen von über 39 194 Euro bzw. 58 791 Euro im Jahr.

Abb. 2
Einkommensarmut in Deutschland, 1991–2013

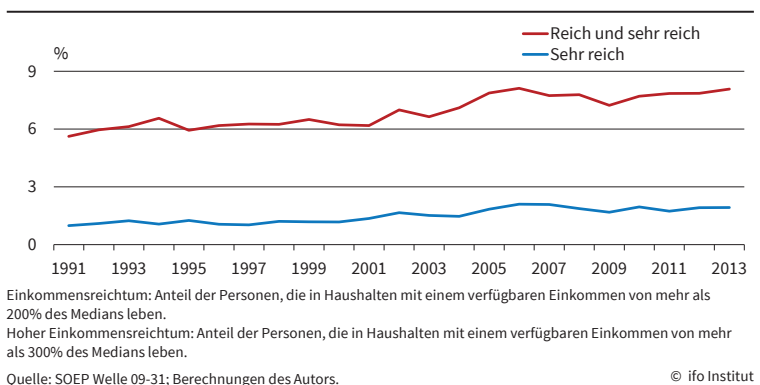


zwischen 2001 und 2006. Rückläufig sind die Reichtumsquoten lediglich zwischen 2006 und 2009. Seitdem nimmt der Anteil der Reichen aber wieder zu und lag 2013 mit über 8% auf einem Rekordniveau. Definiert man Einkommensreichtum exklusiver, d. h. erst ab dem Dreifachen des Medians, zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Anstiegstrend: Der Anteil der Personen mit großem Einkommensreichtum hat sich seit Beginn der 1990er Jahre verdoppelt. Der niedrigste Wert (unter 1%) findet sich im Ausgangsjahr 1991. Bis zum Jahr 2007 steigt der Anteil der sehr Einkommensreichen auf knapp 2,1%. Auch hier zeigt sich ein krisenbedingter Rückgang in den Jahren 2007 bis 2009. In den letzten Jahren liegen die Werte stabil bei knapp unter 2%.

GROSSER REFORMBEDARF

Die Daten zeigen: Seit der Wiedervereinigung ist sowohl der Anteil der reichen als auch der armen Menschen in Deutschland gestiegen. Die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden, und das trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre. Diese Entwicklung macht deutlich, dass es dringenden politischen Handlungsbedarf gibt. Die gute konjunkturelle Lage muss sich im Leben aller Menschen niederschlagen. Welche Maßnahmen sind hier notwendig?

Abb. 3
Einkommensreichtum in Deutschland, 1991–2013



Um die Situation mittel- und langfristig zu verbessern, sind Investitionen in Bildung unumgänglich. Es muss, gerade durch den Ausbau frühkindlicher Bildung, gelingen, allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Chancen auf ein erfolgreiches, gelingendes Leben zu ermöglichen. Bildung dient in unserer Gesellschaft nicht nur der materiellen Absicherung (durch den Zugang zu gut entlohnter Erwerbsarbeit), sondern ist der Schlüssel für volle gesellschaftliche Teilhabe. Auch kurzfristig kann vieles getan werden, damit der Aufschwung bei allen ankommt: Ein ganz zentraler Punkt ist, dass Arbeit und Kapital wieder im gleichen Maße besteuert werden. Seit 2009 werden Vermögenserträge in Deutschland lediglich pauschal mit 25%, Erwerbseinkommen progressiv mit bis zu 45% besteuert. Das heißt, wir benötigen unbedingt eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting. Das bedeutet, dass eine steuerliche Entlastung dann an die Anzahl von Kindern in einem Haushalt gekoppelt ist. Diese Maßnahme kommt allen Kindern zu Gute und trägt speziell bei vielen Alleinerziehenden – die von Armut am stärksten betroffene Bevölkerungsgruppe – zu einer finanziellen Entlastung bei.

Alle diese Maßnahmen steigern die Umverteilung von oben nach unten und führen somit zu einer gerechteren materiellen Verteilung. Nur so können wieder alle Menschen gleichermaßen am aktuellen konjunkturellen Aufschwung teilhaben.

LITERATUR

Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2017), *Lebenslagen in Deutschland – Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin.

Brenke, K. und M. M. Grabka (2011), »Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt«, *DIW Wochenbericht* (45), 2011, 3–15.

Destatis (2017a), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Bruttoinlandsprodukt ab 1970. Vierteljahres- und Jahresergebnis*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Destatis (2017b), »Erwerbslosenquote in Deutschland« verfügbar unter: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/BevoelkerungSoziales/Arbeitsmarkt/EUArbeitsmarktKrise.html>.

Destatis (2017c), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wichtige Zusammenhänge im Überblick*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Deutsche Bundesbank (2015), »Konjunktur in Deutschland«, *Monatsbericht* 76(8), 51–64.

Economist (1999), The Sick Man of the Euro, 3. Juni, Special Section.

Eurostat (2017) »Part-time Employment and Temporary Contracts – Annual Data«, (lfsi_pt_a) verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/lfs/data/database>.

Goebel, J., M.M. Grabka und C. Schröder (2015), »Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinerziehende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht«, *DIW Wochenbericht* (25), 2015, 571–586.

Grabka, M.M. und J. Goebel (2017), »Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit«, *DIW Wochenbericht* (4), 2017, 71–82.

Horn, G.A., J. Behringer, A. Herzog-Stein, P. Hohlfeld, F. Lindner, K. Rietzler, S. Stephan, Th. Theobald und S. Tobe (2015), *Deutsche Konjunktur trotz globaler Unsicherheit aufwärtsgerichtet. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2015/2016*, IMK Report 106.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2016), »Erwerbstätige und Erwerbslose« verfügbar unter: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/zeitreihen/ZR089.xlsx

sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/zeitreihen/ZR089.xlsx

Schmid, K.D. und D. Spannagel (2015), »Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland«, in: P. Bofinger, G.A. Horn, K.D. Schmid und T. van Treeck (Hrsg.), *Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland*, SE Publishing, Leipzig, 243–271.

Spannagel, D. (2015), *Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück*, WSI-Verteilungsbericht 2015, WSI Report, Nr. 26, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Helmut Dedy* Plädoyer für eine Versachlichung der Armutsdiskussion

Durch die Vorlage des 5. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung mit dem Titel »Lebenslagen in Deutschland« im April 2017 hat die öffentliche Diskussion über das Auseinanderdriften der Einkommens- und Vermögensverhältnisse und damit zusammenhängende Gerechtigkeitsfragen neuen Auftrieb bekommen. Die Ergebnisse rufen verschiedene Protagonisten auf den Plan, und sie lassen sich in die eine oder andere Richtung auslegen. Wenn man den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung im Detail liest, gewinnt man einen sehr differenzierten Blick auf die Lebenslagen in Deutschland.

Wovon sprechen wir, wenn wir über Armut reden? »Armut« darf nicht gleichgesetzt werden mit der »Armutgefährdungsquote«. Letztere ist lediglich ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der entsprechenden Einkommen der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt. Mit dem Anstieg der Nettohaushaltseinkommen durch steigende Löhne und Gehälter kann also das Phänomen eintreten, dass die Armutgefährdungsquote steigt, weil Arbeitslose und Niedrigqualifizierte nicht im gleichen Maße von den Einkommenssteigerungen profitieren. Man muss deshalb mehrere Indikatoren betrachten, um sich tatsächlich ein Bild über die Einkommens- und Vermögensverteilung und Chancengerechtigkeit in Deutschland zu machen.

Ein wichtiger Indikator ist der Anteil der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen aus den Mindestsicherungssystemen. Seit Jahren liegt der Anteil dieser Leistungsbezieher zwischen 9 und 10%, dies sind rund 7 bis 8 Mio. Personen. Die meisten beziehen ihre Mindestsicherung aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende (sog. Hartz IV), teilweise aber auch aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit oder dem Asylbewerber-Leistungsgesetz. Hierzu gehören auch rund 1,1 Mio. Menschen, die ergänzend zum eigenen Erwerbseinkommen als Aufstocker Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen müssen.

ARMUTSRISIKO ARBEITSLOSIGKEIT

Die Mindestsicherungsquote orientiert sich am soziokulturellen Existenzminimum und geht für die Leistungsbezieher natürlich mit Einschränkungen bei den

Konsummöglichkeiten einher. Dies gilt umso mehr, als dass Langzeitarbeitslosigkeit häufig auch mit Überschuldung und einer besonders schwierigen persönlichen Situation, z. B. durch gesundheitliche Einschränkungen verbunden ist. Ein besonders hohes Risiko, dauerhaft auf staatliche Leistungen angewiesen zu sein, tragen Haushalte von Alleinerziehenden, Personen mit niedrigem Bildungsgrad und Menschen mit Migrationshintergrund. Die besonders betroffenen Personengruppen haben häufig lange Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiographien und können nur in Teilzeit oder in Niedriglohnjobs arbeiten. Besonders folgenschwer ist, dass bundesweit auch rd. 2 Mio. Kinder und Jugendliche auf diese Leistungen angewiesen sind und somit vom Existenzminimum leben müssen.

Erwerbstätige haben aber in den meisten Fällen eine deutlich niedrigere Armutsrisikoquote als die Gesamtbevölkerung. Insofern ist es für den Wohlstand in Deutschland sehr positiv, dass die Erwerbstätigenquote (gemessen an den 20- bis 64-Jährigen) in den letzten zehn Jahren von 71,1% auf 78% gestiegen ist. Dabei partizipieren Frauen und Ältere heute deutlich stärker am Arbeitsmarkt. So ist die Quote der Erwerbstätigen unter den 55- bis 64-Jährigen von 48,1% auf 66,2% gestiegen.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wider, die innerhalb von zehn Jahren (2005 bis 2015) um 5,9 Mio. auf 32,4 Mio. zugenommen hat. Entsprechend ist die Zahl der Arbeitslosen seit Jahren rückläufig. Im Jahr 2005 waren es 4,9 Mio. Menschen, im Jahr 2016 nur noch 2,7 Mio. Menschen ohne Beschäftigung.

DIE BEDEUTUNG DER ZUKUNFTSTRENDS FÜR DIE ARMUTS- UND REICHTUMSENTWICKLUNG

Was sagen diese Zahlen über die Teilhabechancen der Menschen in Deutschland aus? Es ist sehr wichtig, dass die Menschen für sich und auch für ihre Kinder die Möglichkeit sehen, den erreichten sozialen Status durch eigene Leistung zu verbessern oder wenigstens halten zu können. Es geht daher gar nicht nur um die Frage, wie sich genau die Einkommen und Vermögen prozentual auf die Bevölkerung verteilen. Dies ist natürlich interessant, denn die Menschen vergleichen ihre eigene Situation und auch ihre Konsummöglichkeiten mit der anderer. Und es kann auch politischer Handlungsbedarf daraus erwachsen, wenn einige wenige Gehälter beziehen, die in keinem Verhältnis mehr zu der von ihnen erbrachten Leistung stehen. Oder wenn Vermögen in erster Linie durch Vererbung erworben werden, also ebenfalls ohne entsprechende eigene Leistung.

Mit den Modernisierungsprozessen in der Unternehmens- und Arbeitswelt, wie z.B. der Globalisierung und der Digitalisierung, wachsen die Sorgen in der Bevölkerung, den eigenen Arbeitsplatz in Zukunft zu verlieren. Ebenso löst die verstärkte Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund Ängste und Konkurrenzdenken aus. Darüber hinaus werden auch die



Helmut Dedy

* Helmut Dedy ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Tragfähigkeit und Qualität der sozialen Sicherungssysteme, der Zustand der öffentlichen Infrastruktur und die Leistungsfähigkeit und Stabilität des Staates und der Volkswirtschaft als prägend für den Wohlstand in Deutschland wahrgenommen. Die Realität der Lebenslagen hängt nicht nur von den individuellen Einkommen und Vermögen ab, sondern auch von weiterreichenden und die gesamte Bevölkerung betreffenden Faktoren.

Die Bundesregierung stellt deshalb zu Recht fest, dass fünf Aufgabenfelder besonders wichtig sind, wenn der soziale Zusammenhalt in Deutschland gestärkt und Leistungsgerechtigkeit sichergestellt werden soll. Die Kommunen beteiligen sich nicht nur an der Finanzierung der Grundsicherungsleistungen, sondern tragen in vielfältiger Weise Verantwortung für die Infrastruktur und die Leistungen der Daseinsvorsorge. Besonders die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsteile profitieren von der kommunalen Wohnungspolitik, der öffentlichen Gesundheitsvorsorge, den vielfältigen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, der kommunalen Bildungspolitik und der Sozialpolitik.

TEILHABE AM ARBEITSMARKT SCHÜTZT WEITGEHEND VOR ARMUT

Als erstes Handlungsfeld wird die kontinuierliche Erwerbsbiographie mit leistungsgerechter Entlohnung genannt, die der Königsweg ist, um Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut und auch Armut im Alter zu vermeiden. Die Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsvermittlung müssen daher nach Auffassung des Deutschen Städtetages auch für besonders benachteiligte Personengruppen, wie z. B. Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Niedrigqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund noch verstärkt werden. Hier gehen kommunale Handlungsfelder wie z.B. der Ausbau einer qualitativ hochwertigen ganztägigen Kindertagesbetreuung und die Wirtschaftsförderung mit gemeinsamen Politikfeldern von Bund, Ländern und Kommunen wie z.B. der Bildungspolitik und der aktiven Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand.

BILDUNGSERFOLGE SIND VORAUSSETZUNG FÜR DIE EXISTENZSICHERNDE ERWERBSTÄTIGKEIT

Als zweites zentrales Handlungsfeld wird im Armuts- und Reichtumsbericht die Verbesserung der Teilhabe- und Aufstiegschancen für Kinder und Jugendliche als zentrale Aufgabe sowohl der Kinder- und Jugendpolitik als auch der Bildungspolitik genannt. Die Bildungschancen und -erfolge der Kinder und Jugendlichen hängen in Deutschland noch viel zu sehr von den Fördermöglichkeiten im Elternhaus ab. Die Kommunen sind als öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe verantwortlich für die Elementarbildung in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege, die mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil der Bildungsbiographie und beste Vorbereitung auf die Schule ist. Neben

dem stetigen quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung setzen sich die Kommunen auch als Träger von allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, aber auch über ihre Angebote an Volkshochschulen und Bibliotheken für eine gleichberechtigte Partizipation aller Bevölkerungsschichten an den Bildungschancen vor Ort ein.

Insbesondere die Globalisierung und Digitalisierung werden die Arbeitswelt weiter verändern und hohe Anforderungen an die Bildungsbiographien der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellen. Ein hohes Bildungsniveau wird so nicht nur zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor für die Volkswirtschaft in Deutschland, sondern auch ganz individuell über das Schicksal der Menschen bestimmen. Eine gute Schulbildung und ein qualifizierter beruflicher Abschluss sind heute bereits Grundvoraussetzung für ein auskömmliches und dauerhaftes Erwerbseinkommen. In Zukunft wird die Fort- und Weiterbildung noch erheblich an Bedeutung gewinnen, da sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flexibel auf die ständig wachsenden Herausforderungen der technologischen Entwicklung einstellen müssen.

KOMMUNALE INFRASTRUKTUR UND DASEINSVORSORGE SIND NOTWENDIGE VORAUSSETZUNG FÜR DIE TEILHABE AM ALLGEMEINEN WOHLSTAND

Als drittes Handlungsfeld benennt die Bundesregierung neben einem verlässlichen System der sozialen Sicherung auch den Zugang zu weiteren gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen. Hierzu gehören neben der Sicherung des Lebensunterhalts auch die medizinische Versorgung, bezahlbarer Wohnraum und eine leistungsfähige Infrastruktur. Diese Themen sind Kernthemen der Kommunalpolitik.

Für die Lebensqualität der Bevölkerung ist es jedoch von immenser Bedeutung, dass die kommunale Infrastruktur, z.B. im Straßen- und Wohnungsbau und bei öffentlichen Einrichtungen wie Ämtern, Kindertageseinrichtungen, Schulen und der Freizeitgestaltung allgemein zugänglich sind und instandgehalten werden. Die Kommunen erfüllen wichtige Aufgaben in der Daseinsvorsorge, die die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen. Eine aufgabengerechte Finanzausstattung ist daher für alle Kommunen von größter Bedeutung. Gerade bei einer vergleichsweise hohen Arbeitslosenquote oder dem Vorhandensein sozialer Brennpunkte müssen die Städte von Bund und Ländern effektiv bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden.

Sanierungsbedürftige Schulgebäude und fehlende Plätze in Kindertageseinrichtungen behindern die Teilhabechancen von Familien und ihren Kindern. Der Bund beteiligt sich zwar punktuell an der Behebung dieser Probleme. Die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger sind jedoch auf eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung angewiesen, um die notwendigen Strukturen aufzubauen und zu erhalten. Auch

wenn z.B. öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendzentren und Senioren-Freizeiteinrichtungen mangels finanzieller Ressourcen in der Kommune geschlossen werden müssen, treffen diese Einschränkungen den Teil der Bevölkerung besonders hart, der über geringe eigene Einkommen verfügt. Denn die kommunale Infrastruktur ermöglicht Teilhabechancen bei niedrigen Benutzungsentgelten. Vermutlich werden die Teilhabechancen einer einkommensarmen Familie stärker gefördert durch kostenlose Familien- und Sozialcards mit ihren Vergünstigungen für kommunale Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtungen oder durch kommunale Ferienprogramme als durch eine geringfügige Erhöhung des Kindergeldes.

Auch andere kommunale Politikfelder, wie z.B. der soziale Wohnungsbau, der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, der öffentliche Personennahverkehr und die Energieversorgung treffen zentrale Lebensbereiche der gesamten Stadtbevölkerung. Gerade den ärmeren Bevölkerungsschichten wird ein Leben in den Städten häufig erst durch kommunal getragene Wohnungsprojekte ermöglicht. Das soziale Gleichgewicht in einer Kommune und die Zukunftschancen ihrer Bevölkerung hängen davon ab, dass die Leistungen der Daseinsvorsorge bezahlbar bleiben und die kommunale Infrastruktur den Anforderungen des täglichen Lebens gerecht wird.

Das von der Bundesregierung genannte vierte Handlungsfeld besteht daher in der Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Investitionen sowie der notwendigen fiskalischen Tragfähigkeit des Staates und einer leistungsgerechten Besteuerung. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die gesamte Volkswirtschaft von Investitionen in mehr Chancengleichheit, sozialen Zusammenhalt und öffentliche Daseinsvorsorge profitiert.

DIE FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG ALS BASIS FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Der Deutsche Städtetag unterstützt ausdrücklich, dass die Bundesregierung als fünftes Handlungsfeld im Zusammenhang mit der Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland auch die Aufgabe beschreibt, die Teilhabe und die Akzeptanz demokratischer Werte in unserem Land zu erhalten und für neue Herausforderungen zu stärken. Man kann die fiskalische Entwicklung nicht losgelöst vom Erhalt der demokratischen Werteordnung betrachten, die die Basis für unsere freiheitliche Gesellschaft und auch für unseren Wohlstand ist.

FAZIT

Ich halte die politische Diskussion um Chancengerechtigkeit und Teilhabe am allgemeinen Wohlstand in Deutschland für eine herausragende Aufgabe sowohl der öffentlichen Ebenen als auch der Zivilgesellschaft.

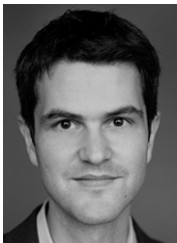
Die Erkenntnisse des 5. Armuts- und Reichtumsberichts dürfen nicht auf Schlagzeilen reduziert werden, sondern erfordern eine vertiefte Auseinandersetzung aller Verantwortlichen mit der Thematik. Die Zukunft der Bundesrepublik hängt davon ab, dass wir trotz aller Herausforderungen eine Gesellschaft bleiben, die von Chancenreichtum und Partizipation geprägt ist.

Bildungsbeteiligung und -erfolge, Chancen am Arbeitsmarkt und tatsächlich ausgeübter Erwerbstätigkeit und eine auskömmliche Einkommens- und Vermögenssituation bilden den notwendigen Rahmen, um den sozialen Zusammenhalt der Bevölkerung und die Akzeptanz für unser politisches und volkswirtschaftliches System zu stärken. Dies kann nur durch ein hervorragendes Bildungssystem und eine ausgewogene kommunale Wirtschafts-, Wohnungs- und Sozialpolitik erhalten bleiben. Deshalb ist eine Stärkung der Kommunen und ihrer Infrastruktur ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Gerhard Bosch* und Thorsten Kalina** Kein Grund zur Entwarnung! Ungleichheit nimmt weiter zu, und ihr Niveau ist nicht akzeptabel



Gerhard Bosch



Thorsten Kalina

Kann man Entwarnung geben, weil der Anstieg der Einkommensungleichheit in Deutschland gestoppt ist? Dafür plädiert etwa das Institut der deutschen Wirtschaft, das mit der ungewöhnlichen These »Agenda 2010 hat die Mitte stabilisiert« (Hüther 2017) überrascht. Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt es, dass die Einkommensverteilung im Berichtszeitraum, also seit 2005, stabil ist. Die Zahlen im Bericht stützen diese These aber nicht. Der Gini-Koeffizient ist seit 2009, als die Einkommensungleichheit kurzfristig durch den Einbruch bei den hohen Einkommen zurückging, wieder merklich gestiegen. Das gilt auch für die Armutsrisikoquote. Die Autoren formulieren fast erstaunt: »Trotz der guten wirtschaftlichen Lage und der deutlichen Beschäftigungszuwächse zeigt sich am aktuellen Rand eher ein Anstieg« (Deutsche Bundesregierung 2017, S. 10).

Wenn aber die Einkommensungleichheit trotz einer Halbierung der Arbeitslosigkeit, einer Zunahme der Beschäftigung um 4,6 Mio. Personen und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns nicht zurückgeht, gibt es keinen Anlass für eine Entwarnung. Offensichtlich ist die Machtbalance auf dem Arbeitsmarkt so grundlegend gestört, dass die untere Hälfte der Beschäftigten ihre beträchtlichen Reallohnverluste seit 1995 auch bei guter Beschäftigungslage nicht annähernd wieder wettmachen konnte. Was ist dann erst in einer Wirtschaftskrise zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit wieder steigt?

Es ist richtig, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland vor allem zwischen 1997 und 2005 angestiegen ist und seitdem nur noch langsam zunimmt. Allerdings ist der Erosionsprozess der deutschen »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Schelsky 1953) keineswegs gestoppt, was im Folgenden gezeigt werden soll. Große Defizite sehen wir noch in der Analyse der Ursachen der Ungleichheit, die nicht allein von akademischem Interesse ist. Sie hat hohe politische Relevanz, da Strategien zur Bekämpfung sozi-

* Prof. Dr. Gerhard Bosch leitet das Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen.

** Thorsten Kalina ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen.

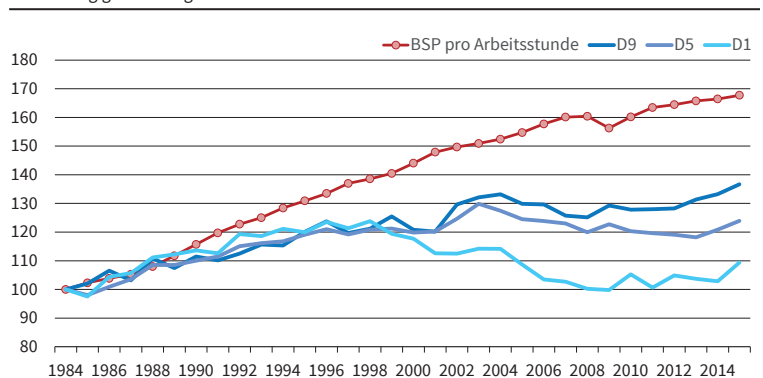
aler Ungleichheit nur erfolgversprechend sind, wenn sie an den wesentlichen Ursachen ansetzen. Wir wollen uns hier auf die zentralen Ursachen der gestiegenen Ungleichheit der Markteinkommen konzentrieren, die wir in der Erosion des einstmaligen inklusiven deutschen Tarifsystems und der wachsenden Ungleichverteilung der Arbeitszeiten über die Einkommensschichten sehen.

EROSION DER MITTELSCHICHT GEHT WEITER

Einkommensungleichheit wird mit einer Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren gemessen, die nicht immer in die gleiche Richtung weisen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der realen Stundenlöhne nach unterschiedlichen Dezilen in Westdeutschland seit 1984. Diese Langzeitreihe verdeutlicht den Bruch mit dem Wohlfahrtsmodell der alten Bundesrepublik, in dem der Produktivitätsfortschritt gleichmäßig über alle Einkommensdezile verteilt wurde. Nach der Wiedervereinigung entkoppelte sich die Produktivitäts- von der Lohnentwicklung, und ab 1998 begannen die hohen und die niedrigen Löhne auseinander zu driften. Bis 2008 befanden sich die Löhne im untersten Dezil im freien Fall, um dann durch die Einführung von Branchenmindestlöhnen und des gesetzlichen Mindestlohns wieder etwas anzusteigen. Ab 2003 öffnet sich die Schere zwischen dem mittleren und dem obersten Dezil, ohne dass hier ein Ende dieser Entwicklung abzusehen wäre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die SOEP-Daten die Entwicklung der Spitzeneinkommen systematisch unterschätzen (vgl. Ströing et al. 2016, S. 1001), die tatsächliche Entwicklung also vermutlich noch prononcierter verläuft.

Ganz ähnlich sieht die Entwicklung der äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen der Bevölkerung im Erwerbsalter vor staatlicher Umverteilung aus (Abb. 2). Allerdings begann der Verfall der Einkommen des untersten Dezils der Haushalte schon deutlich früher als bei den individuellen Löhnen, was wohl vor allem eine Folge der gestiegenen Arbeitslosigkeit nach der

Abb. 1
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Arbeitsstunde und der realen Stundenlöhne nach Dezilen in Deutschland, 1984 –2015
Alle abhängig Beschäftigten



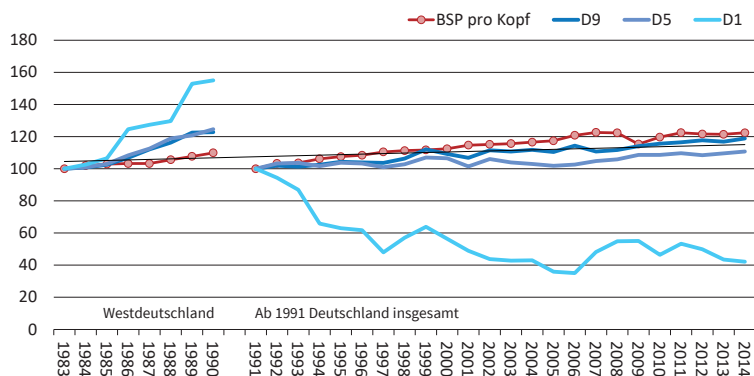
Quelle: Berechnungen der Autoren mit dem SOEP v32.1; Bruttoinlandsprodukt pro Arbeitsstunde preisbereinigt, bis 1991 Westdeutschland ab 1992 Deutschland gesamt; Statistisches Bundesamt (Berechnung der Autoren).

© ifo Institut

Abb. 2

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und des äquivalenten Haushaltseinkommens vor staatlicher Umverteilung nach Dezilen, 1983–2014

Bevölkerung im Erwerbsalter 25 bis 64 Jahre



Quelle: Statistisches Bundesamt (Berechnung der Autoren); Berechnungen der Autoren mit dem SOEP v32.1.

© ifo Institut

Wiedervereinigung ist. Wir haben dabei die Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren ausgeschlossen, um eine Verzerrung der Ergebnisse durch eine gestiegene Bildungsbeteiligung auszuschließen. Zudem haben wir Ältere ausgeschlossen, da Rentner- ebenso wie Studentenhaushalte nur geringe Erwerbseinkommen haben und zu den Haushalten mit den untersten Einkommen gezählt würden.

Schaut man auf die Anteile der Mittelschicht mit einem äquivalenzgewichteten Einkommen von 60 bis 200% des Medianeinkommens der Haushalte für die Bevölkerung insgesamt bzw. nur die Erwerbsbevölkerung erkennt man die hohe Stabilität der Mittelschicht vor Umverteilung bis zu Beginn bzw. Ende der 1990er Jahre (Abb. 3). Bezogen auf die Markteinkommen schrumpft die Mittelschicht in der Erwerbsbevölkerung bereits seit Beginn der 1990er Jahre beträchtlich. Ihr Anteil, der in der alten Bundesrepublik noch bei rund 75% gelegen hatte, fiel bis 2015 auf unter 60%. Bei den Markteinkommen sind die Abstände zwischen den Anteilen der Mittelschicht an der Bevölkerung im Erwerbsalter und in der Bevölkerung insgesamt naturgemäß viel höher als nach Umverteilung durch den Staat, da die Rentner und Pensionäre kaum Markteinkommen erzielen. Bis Ende der 1990er Jahre konnte der Staat diese Anteilsverluste der Mittelschicht sowohl in der Erwerbsbevölkerung als auch in der Bevölkerung insgesamt durch das progressive Steuersystem und Transfers ausgleichen. Seitdem erodiert aber die Mittelklasse auch nach Umverteilung durch den Staat, ohne dass auch hier bislang ein Ende der Entwicklung zu erkennen wäre. Bei der Erwerbsbevölkerung ist der Anteil der Mittelschicht inzwischen auf 80% gesunken gegenüber noch

rund 87% in der alten Bundesrepublik.

Die wichtigsten Gründe für das Schrumpfen der Mittelschicht nach Umverteilung sind in der verteilungspolitischen Wende ab Anfang 2000 zu sehen. Damals wurde in mehreren Schritten der Höchstsatz der Einkommenssteuer gesenkt, während gleichzeitig die regressiv wirkenden indirekten Steuern, vor allem die Mehrwertsteuer, erhöht wurden. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen wurde weiterhin die redistributive Rolle der Sozialversicherungen eingeschränkt. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören

sicherlich die Hartz-Gesetze mit der Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldanspruchs für Ältere und die Deregulierung von Leiharbeit und Minijobs, die es aufgrund ihrer kurzen Beschäftigungsdauer und niedriger Einkommen vielen Beschäftigten erschweren, Arbeitslosengeldansprüche über dem Grundsicherungsniveau aufzubauen. Es ist gut belegt, dass in der Folge das staatliche Verteilungssystem gegenüber den 90er Jahren deutlich weniger redistributiv geworden ist (vgl. Bach et al. 2016).

URSACHEN DER WACHSENDEN UNGLEICHHEIT DER MARKTEINKOMMEN

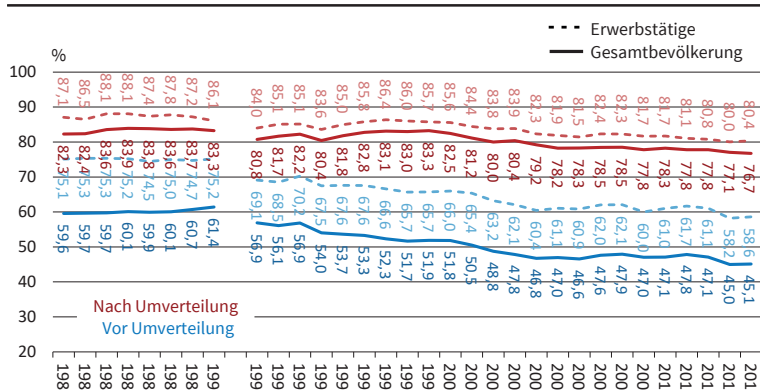
Abnehmende Tarifbindung

Die Tarifbindung lag vor der Wiedervereinigung in Deutschland bei rund 85% der Beschäftigten. Sie sank bis heute auf 59% in Westdeutschland und nur noch 49% in Ostdeutschland (vgl. WSI Tarifarchiv 2017). Die Branchentarifverträge galten für große und kleine Betriebe sowie für qualifizierte und unqualifizierte Beschäftigte. Schwächere Beschäftigte profitierten

Abb. 3

Anteil der Mittelschicht vor und nach Umverteilung durch den Staat, 1983–2014

Gesamte Bevölkerung und Erwerbshaushalte^a



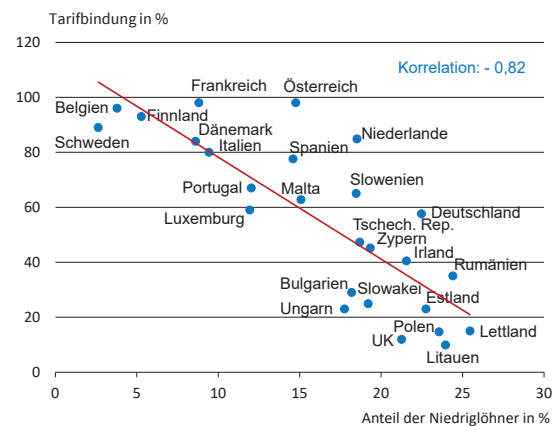
^a Haushaltsvorstand zwischen 25 und 64 Jahren und Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Quelle: Berechnungen des Autors mit dem SOEP v32.1.

© ifo Institut

Abb. 4

Korrelation zwischen dem Anteil der Niedriglöhner und der Tarifbindung in der EU, 2014



Quelle: Visser (2015); Eurostat; Berechnungen des Autors.

© ifo Institut

von der Durchsetzungskraft der verhandlungsstarken Gruppen, so dass das Lohnniveau aller Beschäftigten gleichermaßen angehoben wurde. Die differenzierten Tarifgitter garantierten, dass qualifizierte Beschäftigte deutlich besser als gering qualifizierte bezahlt wurden und waren bei den abhängig Beschäftigten die ökonomische Basis einer starken Mittelschicht.

Mit der abnehmenden Tarifbindung stieg der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten, was angesichts des engen Zusammenhangs zwischen dem Anteil von Niedriglohnbeschäftigten und der Tarifbindung in der EU nicht überraschen kann (Abb. 4). Aus der Literatur wissen wir, dass die Tarifgitter je nach Land und Branche bis in die obere Mitte (7. bis 8. Dezil) reichen können. Eine der wichtigsten Auswirkungen der Branchentarifverträge ist es, verbindliche Lohngitter für alle Betriebe einer Branche festzulegen. Die Flächentarife als starker institutioneller Rahmen schränken die Exit-Optionen der Betriebe aus den Tarifsystemen ein und zwingen sie, ihre Produktivität an die Löhne anzupassen, wodurch sich die Produktivitätsunterschiede zwischen den Unternehmen verringerten. In Deutschland sprach man immer von der Tarifpolitik als Produktivitätspeitsche.

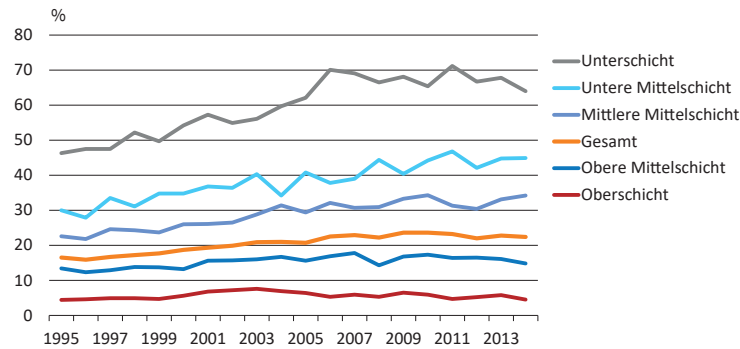
Das deutsche Tarifsystem war nicht, wie die französischen, belgischen oder niederländischen Systeme, durch die Allgemeinverbindlichkeit der Branchentarifverträge vor einem Lohnunterbietungswettbewerb geschützt. Es gehört zu den freiwilligen Systemen, aus denen Unternehmen ausscheren können, wenn die Gewerkschaften schwächer werden (vgl. Bosch und Weinkopf 2017). Genau dies ist nach der Wiedervereinigung geschehen, wobei mehrere Entwicklungen zusammenwirkten, die in der Literatur durch die Fixierung auf die Hartz-Gesetze weitgehend übersehen worden sind. Der hohe Anteil von neu gegründeten Betrieben mit zunächst geringer Produktivität sowie die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland verhinderten erstens eine Übertragung des westdeutschen Tarifsystems auf Ostdeutschland. Zweitens wurden die Erfah-

rungen der ostdeutschen Unternehmen, dass sie in vielen Branchen ungestraft, das heißt ohne starke gewerkschaftliche Gegenreaktion, aus dem Tarifsystem ausscheren konnten, zur Blaupause für ganz Deutschland, vor allem für Dienstleistungsbranchen und kleine und mittlere Unternehmen, in denen die Gewerkschaften schwach vertreten waren. Die wachsenden Lohnunterschiede zwischen den Betrieben verursachten drittens eine kostengetriebene Auslagerung von Tätigkeiten, die traditionell intern abgewickelt wurden. Viertens wurden in den 1990er Jahren durch die Deregulierung von Produktmärkten vor allem durch Richtlinien der EU viele vormals öffentliche Dienstleistungen für private Anbieter geöffnet. Neue Unternehmen, die nicht an die Tarifverträge gebunden waren, konnten die alten öffentlichen Dienstleister mit niedrigen Löhnen und Preisen unterbieten. Dadurch sank nicht nur die Tarifbindung, die zuvor bei Bahn, Post, Telekommunikation, öffentlichem Nahverkehr, Müllabfuhr und anderen Bereichen bei 100% gelegen hatte, sondern die Gewerkschaften mussten durch *concession bargaining* oft Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen zustimmen, um das Überleben der alten Anbieter zu sichern. Fünftens wurde mit der Osterweiterung der EU die Dienstleistungsfreiheit genutzt, die es deutschen Unternehmen ermöglichte, ausländische Werkvertragsnehmer zu den Tarifbedingungen ihres Heimatlandes in Deutschland zu beschäftigen (vgl. Bosch und Weinkopf 2013). Die Hartz-Gesetze sind der sechste Einflussfaktor, der allerdings erst seit 2004 seine Wirkung entfalten konnte. Der wachsende Druck auf Arbeitslose, auch geringer entlohnte Arbeit anzunehmen, u.a. auch in den deregulierten prekären Beschäftigungsformen, wie der Leiharbeit, erklärt, warum trotz des wirtschaftlichen Booms mit hohen Wachstumsraten und rasch abnehmender Arbeitslosigkeit die Ungleichheit der Markteinkommen weiter wuchs.

Diese Entwicklungen haben maßgeblich zur wachsenden Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen vor Umverteilung beigetragen, da sich das Niedriglohnrisiko höchst unterschiedlich über die Einkommenschichten verteilt. In der untersten Einkommenschicht der Haushalte ist es zwischen 1995 und 2014 von 46% auf rund 64% deutlich gestiegen (Abb. 5). Auch in der unteren Mittelschicht ist das Niedriglohnrisiko von rund 30% auf knapp 45% deutlich gewachsen und liegt damit weit über dem Durchschnitt. In der mittleren Mittelschicht zeigt sich ein leichter Anstieg und das Niedriglohnrisiko ist nur leicht überdurchschnittlich. In der oberen Mittelschicht und der Oberschicht ist das Niedriglohnrisiko gering, hat sich kaum verändert und wird sowieso durch das höhere Einkommen anderer Haushaltsmitglieder oder sonstige Einkünfte (vor allem aus Vermögen) kompensiert.

Mit der Tarifbindung kann man die Anteile der Niedriglöhner und die Stärke der Einkommensmitte, nicht aber die Entwicklung der oberen Einkommen erklären (vgl. Grimshaw und Bosch 2013). Hier spielen Qualifikationsengpässe, wie etwa bei IT-Spezialisten,

Abb. 5
Niedriglohnrisiko abhängig Beschäftigter nach Einkommensschichten (vor Umverteilung), 1995–2014



Niedriglohnrisiko und Haushaltseinkommen der Schichten beziehen sich auf die genannten Jahre, nicht auf das Vorjahr.

Quelle: SOEP v32.1; Berechnungen des Autors.

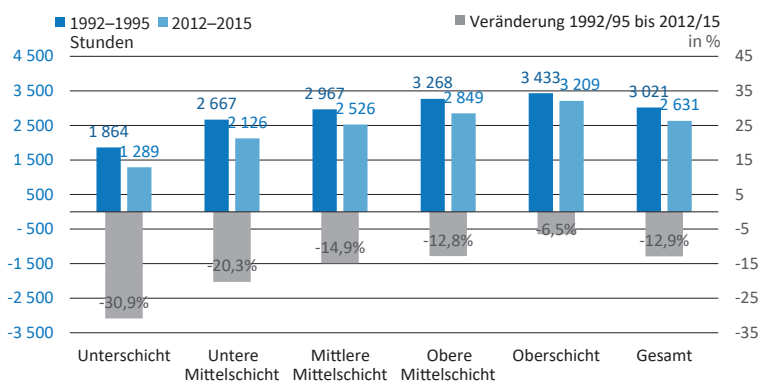
© ifo Institut

und ein wachsender Anteil von Kapitaleinkommen durch die ungleichere Vermögensverteilung eine Rolle (vgl. Schmid und Adler 2013). Weiterhin ist es den gut funktionierenden Netzwerken der Führungskräfte in der Wirtschaft gelungen, gemeinsam ihre Gehälter in die Höhe zu treiben, was sich nur noch mit Machtkategorien, nicht aber mit Grenzproduktivitäten analysieren lässt.

Polarisierung der Arbeitszeiten nach Haushaltsschichten

Eine weitere – in der Literatur mit Ausnahme von Schmid und Stein (2013) bislang kaum beachtete – Ursache für die steigende Ungleichheit der Einkommen ist die zunehmende Polarisierung der Arbeitszeiten nach Einkommensschichten. Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Arbeitszeiten in den Haushalten mit mindestens einem Verdiener, wobei wir zur Erhöhung der Zuverlässigkeit der Daten die Arbeitszeiten jeweils für vier Jahre gepoolt haben.

Abb. 6
Jahresarbeitszeitvolumen^a nach Einkommensschichten (vor Umverteilung) in Gesamtdeutschland
Erwerbshaushalte^b



^a Die Bruttoarbeitszeiten pro Jahr schließen alle bezahlten Stunden, also auch Urlaub, bezahlte Feiertage und Freistellungen sowie bezahlte Krankheitstage ein.

^b Haushaltsvorstand zwischen 25 und 64 Jahren und Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Quelle: Berechnungen des Autors mit dem SOEP v32.1.

© ifo Institut

Danach liegt die Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden in den Haushalten der obersten Einkommensschicht in den Jahren 2012 bis 2015 im Durchschnitt um fast 2 000 Stunden pro Jahr höher als in den Haushalten in der untersten Einkommensschicht. Das Arbeitsvolumen hat in allen Einkommensschichten abgenommen, der Rückgang ist mit – 30,9% in der untersten Einkommensschicht allerdings deutlich ausgeprägter als in der obersten mit nur – 6,5%.

Die Gründe für diese Arbeitszeitpolarisierung sind vielfältig und vor allem in ihrer Gewichtung näher zu untersuchen. In

der untersten Einkommensschicht konzentrieren sich Singles und marginal erwerbstätige Haushalte – beides Kategorien mit unterdurchschnittlichem Arbeitsvolumen. Rechnet man diese Gruppen heraus, bleibt am aktuellen Rand der Abstand zwischen der untersten und obersten Einkommensschicht trotzdem bei über 1 400 Stunden. Gerade in den unteren Einkommensschichten wirken die Anreize des deutschen Beschäftigungssystems, nur einen Minijobs oder eine kurze Teilzeit anzunehmen. Zunehmend können Arbeitszeitwünsche nicht realisiert werden, da in vielen Branchen die Unternehmen für einfache und mittlere Tätigkeiten nur noch Teilzeitjobs anbieten. Weiterhin konzentrieren sich in den unteren Einkommensschichten Personen ohne einen Schul- oder Berufsabschluss, die oft keine oder keine ganzjährige Beschäftigung finden. Auf der anderen Seite gibt es anders als in Skandinavien keine wirkungsvollen Obergrenzen für die Arbeitszeit gut Qualifizierter, so dass der Anteil der Beschäftigten mit überlangen Wochenarbeitszeiten wächst. Schließlich spielt auch die Partnerwahl eine Rolle, die zunehmend innerhalb der gleichen Bildungsschicht (Homogamie) stattfindet.

SCHLUSSFOLGERUNG

Zwar hat die Ungleichheit der Markteinkommen vor den Hartz-Gesetzen stärker zugenommen als danach. Trotz einer Halbierung der Arbeitslosigkeit und einem starken Beschäftigungswachstum haben die Mittelschichten aber auch nach 2004 an Boden verloren, und zwar vor und nach Umverteilung durch den Staat.

Ohne eine klare Ursachenanalyse wird man die Einkommensungleichheit nicht verringern können. Die abnehmende Tarifbindung, die zunehmend ungleiche

Verteilung der Arbeitszeit über die Einkommensschichten, der wachsende Anteil von Kapitaleinkommen vor allem in der obersten Einkommensschicht sowie die äußerst erfolgreichen Netzwerke der Führungskräfte – eine Art exklusive »Gewerkschaft« von Spitzenverdienern für Monopolrenten, die mit ihren geräuschlosen Erfolgen die Lokführergewerkschaft als lahme Ente dastehen lässt – sind die zentralen Ursachen für die wachsende Ungleichheit der Markteinkommen. Um die Mittelschichten zu stabilisieren, muss vor allem die Tarifbindung wieder erhöht und die Arbeitszeit gleicher über die Haushalte verteilt werden, beides wahrlich keine einfachen Aufgaben. Bei der Tarifbindung muss man über neue Möglichkeiten der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nachdenken. Bei der Umverteilung der Arbeitszeiten wird eine Beseitigung der Anreize zu kurzen Arbeitszeiten über Minijobs und das Ehegattensplitting nicht ausreichen. Notwendig sind weiterhin eine gleichere Verteilung der Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen sowie eine Qualifizierungsoffensive, da das Angebot Geringqualifizierter in Deutschland weit über der Nachfrage liegt, während auf der anderen Seite Fachkräfte fehlen. Eine gleichere Verteilung der verfügbaren Einkommen ist ohne eine verteilungspolitische Wende mit einer Erhöhung der Progression im oberen Einkommensbereich und einer wirkungsvollen Vermögenssteuer kaum denkbar. Wenn diese verteilungspolitisch brisanten Themen nicht angepackt werden, werden auch die nächsten Armuts- und Reichtumsberichte die steigende oder inakzeptabel hohe Einkommensungleichheit in Deutschland beklagen.

Visser, J. (2015), *Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts (ICTWSS). An international database*. Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS). Amsterdam.

WSI Tarifarchiv (2017), *Statistik Tarifbindung*, Düsseldorf, verfügbar unter: (http://www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_2257.htm).

LITERATUR

Bach, S., M. Beznoska und V. Steiner (2016), »Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv«, *DIW Wochenbericht* (51+52), 1207–1216.

Bosch, G. und C. Weinkopf (2013), »Transnational Labour Markets and National Wage Setting Systems in the EU«, *Industrial Relations Journal* 44(1), 2–19.

Bosch, G. und C. Weinkopf (2017), »Reducing Wage Inequality: The Role of the State in Improving Job Quality«, *Work and Occupations (Special Issue: Making Jobs Better: Interventions to Improve Job Quality)* 44(1), 68–88.

Deutsche Bundesregierung (2017), *Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Kurzfassung, Berlin.

Grimshaw, D. und G. Bosch (2013), »The Intersections between Minimum Wage and Collective Bargaining Institutions«, in: C. Grimshaw (Hrsg.), *Minimum Wages, Pay Equity, and Comparative Industrial Relations*, Routledge, New York, London, 50–80.

Hüther, M. (2017), »Deutschlands Mittelschicht ist stabil – gehören Sie dazu?«, verfügbar unter: <https://www.iwkoeln.de/presse/gastbeitraege/beitrag/michael-huether-auf-welt-de-deutschlands-mittelschicht-ist-stabil-gehoren-sie-dazu-331715>.

Schelsky, H. (1953), *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Ardey Verlag GmbH, Dortmund.

Schmid, K.D. und M. Adler (2013), »Factor Shares and Income Inequality, Evidence from Germany 2002–2008«, *Journal of Applied Social Science Studies* 13(2), 122–132.

Schmid, K.D. und D. Stein (2013), *Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991–2010*, IMK Study, Macroeconomic Policy Institute at the Hans-Boeckler Foundation, Düsseldorf.

Ströing, M., M.M. Grabka und W. Lauterbach (2016), »Hochvermögende in Deutschland unterscheiden sich nicht nur anhand ihres Vermögens von anderen Bevölkerungsgruppen«, *DIW Wochenbericht* 42, 999–1006.

Ferdinand Dudenhöffer*

Diesel-Pkw sind weniger klimafreundlich als behauptet

Ferdinand Dudenhöffer plädiert in seinem Kommentar für die Änderung der Messeinheit bei Kraftstoffen. Seiner Ansicht nach sollten, um ein wirklich klimaeffizientes Antriebsprogramm in der Autoindustrie umzusetzen, nicht Volumenmaße, sondern Energieinhalte als Maßeinheit dienen.

Mit dem Frühjahrstreffen der Umweltminister des Bundes und der Länder Anfang Mai 2017 in Bad Saarow stieg der Druck auf den Diesel-Pkw in Deutschland. Der Bund solle sich bei den Herstellern »für eine technische Ertüchtigung von Dieselfahrzeugen in der gesamten Breite der Flotte« einsetzen. »Da sind die Hersteller in der Pflicht, tatsächlich nachzurüsten«, so Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Ein Ausgleichs- und Entschädigungsfonds soll geprüft werden. Für die Autobauer könnte das teuer werden, denn weder die technischen Möglichkeiten noch die Kosten der Rückrufaktion von mehreren Millionen Diesel-Pkw auf Deutschlands Straßen sind abschätzbar. Dabei träfe der Rückruf nicht nur ältere Fahrzeuge, sondern auch die Mehrheit der neuen Diesel-Pkw mit der Euro-6-Abgasnorm. Verweigert sich die Branche, droht die Politik mit einem Gesetz. Der Dieselantrieb steckt in einer tiefen Krise. Angeblich wird der Diesel aber dringend gebraucht, argumentieren die Branche und selbst die Kanzlerin, um die Klimabilanz der Autobauer nicht zu verschlechtern. Allerdings ist das Argument falsch. Bei objektiver Betrachtung hat der Ottokraftstoff, also das Benzin, eine bessere Klimabilanz als der Dieselmotor.

Deutsche Autoindustrie setzt mit dem Diesel auf das falsche Pferd

Es klang wie ein technisches Wunder. Während der junge US-Autobauer Tesla das batterieelektrische Auto salonfähig machte und der japanische Autobauer Toyota massiv in Hybride und Brennstoffzellenautos investierte, wollten die deutschen Autobauer mit dem sogenannten »Clean-Diesel« die Zukunft gestalten. Power-To-Liquid, also die Gewinnung von Dieselmotor aus grünem Strom und Palmölplantagen, wur-

den angedacht, um gar die völlige Klimaneutralität zu erzielen. Wozu die komplizierte Elektromobilität mit aufwendiger Batterietechnik und Ladeinfrastruktur, wozu Brennstoffzellen, wenn mit dem Diesel-Pkw die CO₂-Vorgaben jenseits des Jahres 2021 lösbar sind, betonten die Automanager.

Im September 2015 wurde allerdings die allzu schöne Erfolgsgeschichte durch den VW-Dieselskandal zu Fall gebracht. Die US-Umweltbehörden in Kalifornien hatten nachgewiesen, dass »Clean« bei Diesel-Pkw eine Mogelpackung war. Was mit VW-Dieselskandal anfang, hat sich schnell zu einem Flächenbrand entwickelt. Tests des Kraftfahrtbundesamts von 50 Pkw-Dieselmotoren, von französischen Behörden, des ADAC, von Verbraucherzeitschriften und zuletzt des Umweltbundesamts legten offen, dass selbst modernste Diesel-Pkw die geforderten Grenzwerte für Stickoxide um im Durchschnitt das Fünffache im Alltagsbetrieb überschritten (vgl. Dudenhöffer 2017, Abb. 2). Bei einzelnen Modellen, wie etwa dem Modell Renault Captur, liegen die Überschreitungen beim 16-fachen des Grenzwertes von 80 Milligramm pro Kilometer. Je niedriger die Außentemperaturen, umso stärker sind die Überschreitungen, so dass in Ballungszentren auch in der Zukunft über die Wintermonate mit deutlichen Überschreitungen der Stickdioxidwerte gerechnet werden muss. Dabei sind hohe Stickoxidbelastungen keine Bagatelle. Nach Angaben der Europäischen Umweltagentur waren hohe Stickstoffdioxidbelastungen, die überwiegend durch Pkw-Dieselfahrzeuge verursacht werden, im Jahr 2012 in Deutschland für 10 400 Tote verantwortlich, so die Schätzung.

Mit Dieselgate sind Pkw mit Dieselmotor als großes Problem identifiziert worden, und das aus mehreren Gründen. Erstens, die schlechten Stickoxidwerte im Fahrbetrieb, wie oben angesprochen. Zwar werden ab September 2017 mit sogenannten Real Driving Tests (RDE) die Verbräuche gemessen, aber der Grenzwert darf ohne Sanktionen bis zum 2,1-fachen überschritten werden.

* Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer ist Direktor des CAR-Instituts an der Universität Duisburg-Essen sowie Inhaber des Lehrstuhls für allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Automobilwirtschaft an der Universität Duisburg-Essen.

Zweitens, der schöngerechnete Treibstoffverbrauch. In einem flächendeckenden Test hat etwa der französische Peugeot-Citroen-Konzern den Treibstoffverbrauch seiner Fahrzeuge im Alltagsbetrieb gemessen und die Daten 2016 publiziert (vgl. Dudenhöffer 2017, Tab. 1) mit dem Ergebnis: Die Fahrzeuge verbrauchen gut 45% mehr Treibstoff als die schönen Labortests weismachen. Was für Peugeot-Citroen gilt, trifft auf die gesamte Branche zu. Die CO₂-Bilanz ist auch beim Diesel-Pkw alles andere als vorbildlich. Ursachen sind realitätsferne Prüf- und Zertifizierungsmethoden. Der sogenannte »Neue europäische Fahrzyklus (NEFZ)«, der heute noch den Verbrauchszertifizierungen zugrunde liegt, wird ab September 2017 durch den WLTP (Worldwide Harmonized Light Duty Test Procedure) abgelöst. Gleichwohl bleiben aber Abweichungen gegenüber dem Alltag bestehen. So ist etwa der Betrieb von Klimaanlage auch bei dem WLTP unberücksichtigt. Die dem WLTP zugrunde gelegte Höchstgeschwindigkeit beträgt 131 km/h, ein sicher nicht repräsentativer Wert für deutsche Autobahnfahrten. Im NEFZ-Zyklus wurde übrigens die Höchstgeschwindigkeit mit 120 km/h angesetzt. Gegenüber dem NEFZ deckt der WLTP-Zyklus jetzt Fahrsituationen vom Innenstadtverkehr bis zur Autobahnfahrt ab und ist im Gegensatz zum NEFZ etwas dynamischer, denn er hat mehr Beschleunigungs- und Bremsvorgänge als sein Vorgänger. Für die CO₂-Einstufung nach den Monitoring der EU ist der WLTP allerdings bedeutungslos. Erst ab 2020 wird geplant, ihn für die entscheidenden EU-Vorschriften und Sanktionen zugrunde zu legen. In mehreren Expertentests zum WLTP wurde nachgewiesen, dass der WLTP für Diesel-Pkw eher »nachteiliger« im Vergleich zum Ottomotor ist. Es bleibt beim Diesel in der Zukunft damit eine eher schöngezeichnete CO₂-Bilanz.

Drittens, ein wirklich entlarvendes Argument: Die- selkraftstoff stößt bei seiner Verbrennung bei objektiver Betrachtung mehr CO₂ aus als Benzin. Dabei wird das Märchen vom klimafreundlichen Diesel seit Beginn der Klimadiskussion landauf und landab von den Verbänden erzählt. Schaut man genau hin, entpuppt es sich als Fake. Ein Liter Die- selkraftstoff produziert bei seiner Verbrennung 2,64 kg CO₂. Beim klassischen Ottomotor (Benzin) sind dies pro Liter nur 2,33 kg CO₂, also pro Liter 13% weniger. Darauf hatte übrigen schon vor Jahren die EU-Kommission aufmerksam gemacht (vgl. Dudenhöffer 2016, S. 62–69). Gleichzeitig besitzt Diesel mit 9,905 kWh pro Liter einen 9,9% höheren Energieinhalt als der Liter Benzin. Pro Energieeinheit gemessen in Kilowattstunden (kWh) werden also beim Diesel 0,27 kg CO₂ produziert und beim Benzin lediglich 0,26 kg CO₂ (vgl. Abb. 1). Pro eingesetzte Energieeinheit

Abb. 1
CO₂-Gehalt pro Energieeinheit

	Diesel	Benzin	Diff.
kg CO ₂ pro Liter	2,64	2,33	13,3%
kWh pro Liter	9,905	9,01	9,9%

Bei Diesel-Verbrennung werden pro erzeugter Energieeinheit (kWh) **266 Gramm CO₂** freigesetzt.

Bei Benzin-Verbrennung werden pro erzeugter Energieeinheit (kWh) **258 Gramm CO₂** freigesetzt.

Quelle: CAR Universität Duisburg-Essen.

© ifo Institut

setzt der Die- selkraftstoff mehr CO₂ frei als der Ottokraftstoff.

Wir werden durch die willkürliche Messung des Kraftstoffs in Volumeneinheiten in die Irre geleitet. Damit ist die Aussage, »der Diesel sei klimafreundlicher« falsch. Dennoch behauptet die Branche, der Diesel ist klimafreundlicher. Um ein wirklich klima-effizientes Antriebsprogramm in der Autoindustrie umzusetzen, braucht es eine neue Messeinheit für Kraftstoffe. Nicht Volumenmaße, sondern Energieinhalte müssen zur Maßeinheit werden. Damit lassen sich alle Antriebsarten nach den Kriterien der Effizienz vergleichen, und fasche Allokationswirkungen werden ausgeschlossen. Die deutsche Autoindustrie hat also auf das falsche Pferd Diesel gesetzt, weil die Politik die falschen Messeinheiten vorgeschrieben hat.

FALSCHES MESSINSTRUMENT VERURSACHT ERHEBLICHE STEUERAUSFÄLLE

Wir lassen uns den »Diesel-Fake« pro Jahr knapp 7 Mrd. Steuereinnahmen kosten plus der mehr als 10 000 Todesfälle pro Jahr, nach Schätzungen der Europäischen Umweltagentur. Der CO₂-intensivere Die- selkraftstoff wird pro Liter mit 18 Cent weniger Steuer belegt. Bei den 38,5 Mio. Tonnen verkauften Die- selkraftstoff im Jahr 2016 in Deutschland macht das gegenüber dem Ottokraftstoff knapp 7 Mrd. Euro Steuermindereinnahmen aus. Zwar wird mit der Kfz-Steuer leicht gegengesteuert, aber das ist willkürlich und trifft fast ausschließlich die »kleinen Leute«, da die Vielfahrer bei den Dienstwagen der Unternehmen sitzen.

Mit Schönrede sind Politiker und Autoindustrie dabei, die Glaubwürdigkeit der Branche aufs Spiel zu setzen. Im April 1919 hatte sich der Gründer des größten Automobilzulieferers der Welt, Robert Bosch, mit einem programmatischen Artikel an seine Mitarbeiter gewandt: »Lieber Geld verlieren als Vertrauen ... Es war mir immer ein unerträglicher Gedanke, es könne jemand bei Prüfung eines meiner Erzeugnisse nachweisen, dass ich irgendwie Minderwertiges leiste«, so damals Robert Bosch. Die Branche sollte sich auf Robert Bosch besinnen. Es gibt besseres als den Die- selantrieb, aus gesundheitlicher und klimapolitischer

Perspektive. Die Finanz- und Verkehrspolitiker sollten die falschen Mess- und Steuergrößen ersetzen. Die Gesundheit der Menschen in den Ballungszentren würde dadurch genauso verbessert wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie, die Steuereinnahmen und unsere Allokationseffizienz: ein Positiv-Summen-Spiel.

LITERATUR

Dudenhöffer F. (2016), *Wer kriegt die Kurve?*, Campus, Frankfurt am Main.

Dudenhöffer, F. (2017), »Verfahrende Regulierungspolitik und CO₂-Strafzahlungstrisiken für Autobauer«, *ifo Schnelldienst* 70(3), 23–27.

Bernhard Kassner und Stefan Sauer

Aktuelle Ergebnisse der ifo Investorenrechnung: Steigende Leasingquoten vor allem bei Fahrzeuginvestitionen

Seit 1991 liefert die ifo Investorenrechnung Investitionsmatrizen für Gesamtdeutschland, die Aufschluss über den Anteil einzelner Gütergruppen an den Investitionen eines Wirtschaftszweigs geben. Als einzigartige Eigenschaft bietet die ifo Investorenrechnung zudem eine Darstellung der Investitionen nach dem Eigentümer- und dem Nutzerkonzept. Letzteres ist insbesondere im Hinblick auf die vermehrte Nutzung von geleasten Investitionsgütern eine nützliche Ergänzung zur in amtlichen Statistiken gängigen Methode des Eigentümerkonzepts. Der vorliegende Artikel beschreibt aktuelle Ergebnisse der ifo Investorenrechnung, die bereits Schätzungen für das Jahr 2016 enthalten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Unterschieden zwischen Eigentümer- und Nutzerkonzept, die in der leasingintensiven Gütergruppe der Straßenfahrzeuge besonders ausgeprägt sind.

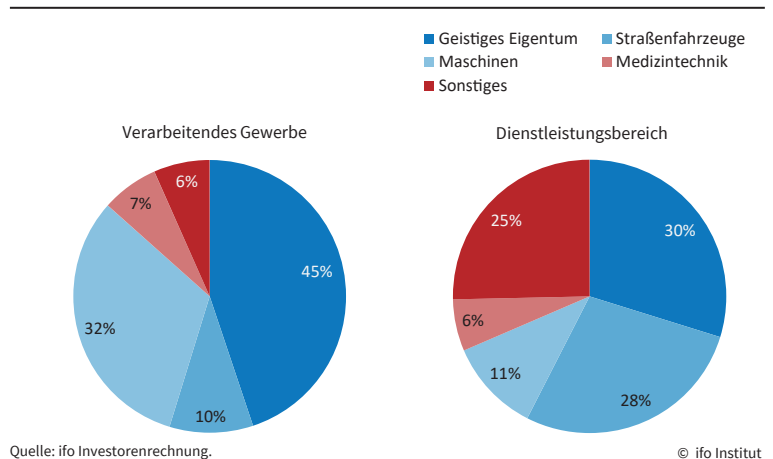
ANALYSE VON INVESTITIONSSTRUKTUREN MIT DER IFO INVESTORENRECHNUNG

Investitionen sind in einer Volkswirtschaft ein wesentlicher Inputfaktor für langfristiges Wachstum. Eine detaillierte Untersuchung der Investitionstätigkeit auf der Ebene von Wirtschaftszweigen und Gütergruppen liefert daher wichtige Einblicke in wirtschaftliche Entwicklungstendenzen. Aufgegliedert auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche werden offizielle Investitionsdaten des Statistischen Bundesamts jedoch nur differenziert nach Bauten, Ausrüstungen und sonstigen Anlagen veröffentlicht.

Durch eine detailliertere Untergliederung der Investitionszahlen auf 50 Wirtschaftszweige und zwölf Gütergruppen, die Aufschluss über den Anteil einzelner Produktgruppen an den Investitionen eines Wirtschaftszweigs geben, liefert die ifo Investorenrechnung zusätzliche Informationen, die noch genauere Analysen von Investitionsstrukturen ermöglichen. Dies geschieht unter Verwendung einer Vielzahl von Datenquellen sowie differenzierter Rechenverfahren, die in Strobel et al. (2012) im Detail beschrieben sind. Die daraus resultierenden Investitionszeitreihen sind hierbei für Gesamtdeutschland seit 1991 vorhanden und enthalten auch bereits Schätzungen für die Jahre 2015 und 2016.

Somit lassen sich Unterschiede in der Investitionsstruktur verschiedener Wirtschaftsbereiche leichter analysieren. Dies kann insbesondere bei der Analyse des Kapitalbedarfs oder bei der Betrachtung des sektoralen Produktionspotenzials von Bedeutung sein. Abbildung 1 veranschaulicht unterschiedliche Investitionsmuster am Beispiel der nominalen Ausrüstungsinvestitionen (inkl. Sonstige Anlagen) des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches im Jahr 2016. Nahezu die Hälfte aller Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe fließen in Geistiges Eigentum und etwa ein Drittel in Maschinen. Firmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe investieren somit anteilig deutlich mehr in diese beiden Bereiche als Dienstleister. Zwar machen Investitionen in Geistiges Eigentum auch im Dienstleistungsbereich den größten Anteil an den

Abb. 1
Gütergruppenanteile an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen, 2016



Ausrüstungsinvestitionen aus, allerdings in wesentlich geringerem Ausmaß. An zweiter Stelle rangiert hier die Investitionsgütergruppe Straßenfahrzeuge, die eine verhältnismäßig deutlich wichtigere Rolle einnimmt als im Verarbeitenden Gewerbe.

Mit einer Betrachtung der Anteile über mehrere Jahre hinweg können wichtige Erkenntnisse über die Verschiebung von Investitionsstrukturen innerhalb eines Sektors gewonnen werden. Eine auffällige Veränderung im Verarbeitenden Gewerbe ist dabei unter anderem der stetig wachsende Anteil des Geistigen Eigentums, zu dem seit der Generalrevision der amtlichen Statistiken auch Ausgaben für Forschung und Entwicklung gezählt werden (vgl. Räth und Braakmann 2014). Jedoch stellt die ifo Investorenrechnung hier auch innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes Unterschiede fest. Während Wirtschaftszweige mit hohem Innovationsbedarf, wie die Pharmaindustrie, der Fahrzeugbau oder die Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Geräten überaus hohe F&E-Ausgaben aufweisen, sind etwa im Textilgewerbe und bei der Herstellung von Papier und Pappe nach wie vor Maschinenbauerzeugnisse die wichtigsten Investitionsgüter (vgl. Sauer und Strobel 2015).

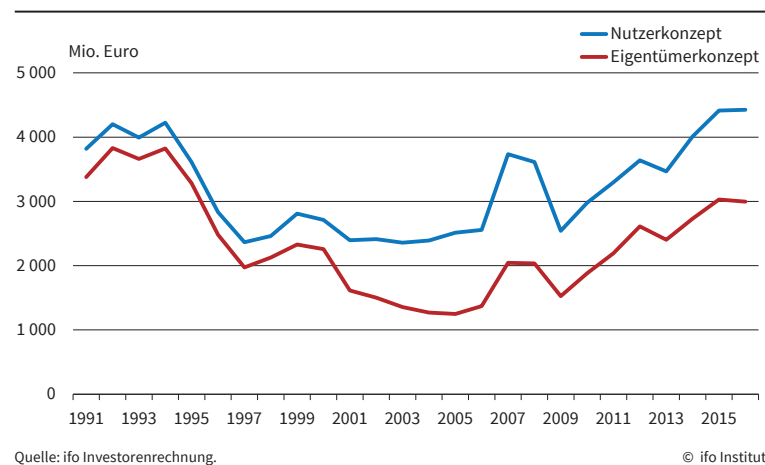
EIGENTÜMER- VS. NUTZERKONZEPT

Als zweiten Mehrwert an Information bietet die ifo Investorenrechnung neben dem Eigentümerkonzept, mit dem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Ausgaben für neue Bauten und Ausrüstungsgüter beim Eigentümer der Anlagen nachgewiesen werden, auch eine Darstellung von Investitionszeitreihen nach dem Nutzerkonzept an. Bei diesem werden Investitionen losgelöst vom Eigentümer der Güter betrachtet und dem Wirtschaftszweig zugeordnet, der die Anlagen tatsächlich für seine Produktionszwecke nutzt. Eigentümer und Nutzer sind beispielsweise dann nicht identisch, wenn Investitionsobjekte geleast statt gekauft werden.

Die ifo Investorenrechnung führt mit Hilfe aus dem ifo Investitionstest Leasing gewonnener detaillierter Informationen zur Verteilung von Leasinggütern auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche die selbstbilanzierenden mit den geleasten Investitionen zusammen. Dadurch lässt sich erkennen, wie groß der Umfang der in einem Sektor tatsächlich eingesetzten Investitionsgüter ist, was etwa für die Strukturforschung und die Investitionsgüter-Marktforschung sehr wichtig ist (vgl. Gerstenberger, Heinze und Vogler-Ludwig 1984).

Laut ifo Investitionstest ist 2016 wertmäßig fast ein Viertel aller neuen mobilen Investitionsgüter in

Abb.2
Investitionen des Baugewerbes in Maschinenbauerzeugnisse



Deutschland via Leasing angeschafft worden. Bei der alleinigen Betrachtung der Investitionszahlen nach dem Eigentümerkonzept werden alle Leasinginvestitionen dem Dienstleistungsbereich zugeordnet, dem die bilanzierenden Leasinggesellschaften angehören. Dadurch werden die Investitionszahlen in anderen Wirtschaftsbereichen zu niedrig ausgewiesen. Dies kann unter anderem bei der Identifizierung und Quantifizierung von Investitionslücken zu falschen Rückschlüssen führen.

Das Beispiel der Investitionen des Baugewerbes in Maschinenbauerzeugnisse (Abb. 2) verdeutlicht, dass sich Eigentümer- und Nutzerkonzept bedingt durch hohe Leasingaktivitäten stark unterscheiden können. Während die Differenz zwischen den beiden Konzepten Anfang der 1990er Jahre im dargestellten Beispiel noch sehr gering war, lief die Entwicklung ab der Jahrtausendwende sichtbar auseinander. Für das Jahr 2016 weist die ifo Investorenrechnung die Maschineninvestitionen der Baufirmen nach dem Nutzerkonzept um fast 50% höher aus als nach dem Eigentümerkonzept.

Anhand der beiden Konzepte kann somit auch der Leasinganteil in verschiedenen Wirtschaftsbereichen für verschiedene Gütergruppen berechnet werden. Dieser errechnet sich als

$$\lambda = 1 - \frac{\text{Eigentümerkonzept}}{\text{Nutzerkonzept}}$$

In obigem Beispiel bedeutet das, dass die Leasingquote des Baugewerbes bei Maschinenbauerzeugnissen 2016 bei 32% lag. Die Steigerung der Leasingaktivitäten kommt unter anderem dadurch deutlich zum Ausdruck, dass die Leasingquote des Baugewerbes für Maschinen bis zum Jahr 2000 durchschnittlich bei 12% lag, seitdem im Mittel aber auf 38% gestiegen ist.

DIE ENTWICKLUNG IM BEREICH STRASSENFAHRZEUGE

Eine ähnliche Entwicklung der Leasingquoten ist in den vergangenen Jahren über alle Sektoren der deutschen

Wirtschaft für viele Gütergruppen zu erkennen. Besonders auffällig ist hierbei aber der starke Anstieg der Leasingquoten bei Straßenfahrzeugen in vielen Wirtschaftsbereichen. Wertmäßig knapp drei Viertel der Leasinginvestitionen entfallen derzeit auf Straßenfahrzeuge. Auch innerhalb der gesamten gewerblichen Fahrzeugkäufe in Deutschland liegt der Anteil am Anschaffungswert bei über zwei Drittel (vgl. Städtler 2017a). Leasing ist somit die eindeutig bedeutendste Beschaffungsform bei Fahrzeuginvestitionen.

Während der Computer und Kommunikationsbereich das Leasing bis in die 1980er Jahre dominierte, sind Straßenfahrzeuge nun schon seit geraumer Zeit das wichtigste Leasinggut. Eine Erklärung hierfür ist auch in den zahlreichen Angebotsvarianten und dem hohen Wettbewerb der Leasinggesellschaften zu finden. Neben günstigen Leasingraten werden vermehrt auch Dienstleistungspakete mit angeboten. In Zeiten sehr niedriger Finanzierungskosten, geringer Probleme bei der Beschaffung von Krediten und zugleich recht komfortabler Eigenkapitalausstattung vieler Unternehmen erleichtern derartige Leistungen den Wettbewerb mit konkurrierenden Angeboten zwischen den Leasinggesellschaften (vgl. Städtler 2016).

Die Ergebnisse der ifo Investorenrechnung unterstreichen diese Entwicklungen. In einigen Wirtschaftsbereichen zeigen sie über die Jahre bis hin zum aktuellen Rand eine spürbare Zunahme des Leasinganteils bei der Gütergruppe Straßenfahrzeuge. Abbildung 3 veranschaulicht dies anhand ausgewählter bedeutender Dienstleistungsbereiche. So lag die Leasingquote für Straßenfahrzeuge im vergangenen Jahr etwa im Gastgewerbe oder bei den Finanzdienstleistern sogar über der 90%-Marke.

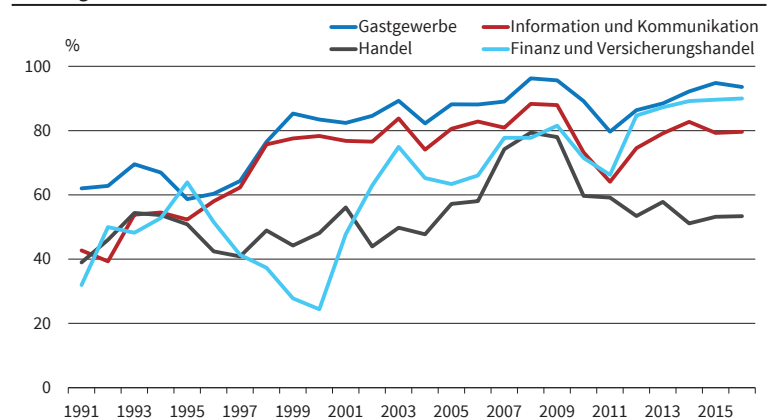
Darüber hinaus ist auffällig, dass in den Jahren der weltweiten Finanzkrise 2008/09 bei fast allen Wirtschaftsbereichen ein zum Teil sprunghafter Anstieg der Leasingquote festzustellen war. Dies unterstreicht, dass gerade in wirtschaftlich unsicheren und schwierigen Zeiten die Vorteile des Leasings besonders zum Tragen kommen: Es schont die Liquidität und gibt den Unternehmen die Möglichkeit, ihre Betriebsausstattung auf dem neuesten Stand der Technik zu halten. Zudem bietet Leasing gleichmäßige und genau planbare Kosten (vgl. *Börsen-Zeitung* 2014).

FAZIT

Durch die Berechnung von Investitionen nach Wirtschaftszweigen und Gütergruppen mit der Unterscheidung nach Eigentümer- und Nutzerkonzept stellt die ifo Investorenrechnung eine solide Datenbasis zur Analyse

Abb. 3

Leasinganteil ausgewählter Dienstleistungsbereiche bei Investitionen in Straßenfahrzeuge



Quelle: ifo Investorenrechnung.

© ifo Institut

komplexer Zusammenhänge sowie struktureller Veränderungen der Investitionstätigkeit in der deutschen Wirtschaft zur Verfügung. So lassen sich anhand des Datenmaterials strukturelle Änderungen in den Investitionstätigkeiten, die ihren Anfang oftmals in einer höheren Leasingquote für neuartige Güter nehmen, frühzeitig identifizieren und bewerten. Auch zu Diskussionen bezüglich vermeintlicher Investitionslücken kann die Betrachtung von Leasinginvestitionen wichtige Zusatzinformationen gegenüber der reinen Betrachtung nach dem Eigentümerkonzept liefern.

Die Daten der ifo Investorenrechnung stehen Forschern kostenfrei im LMU-ifo Economics & Business Data Center (EBDC) am ifo Institut zur Verfügung (vgl. IIDB 2017) oder können käuflich erworben werden.

LITERATUR

- Börsen-Zeitung* (2014), »In unsicheren Zeiten kommen die Vorteile von Leasing besonders zum Tragen«, 25. Juni, verfügbar unter: <https://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2014118800>.
- Gerstenberger, W., J. Heinze und K. Vogler-Ludwig (1984), *ifo Studien zur Strukturforschung 6: Investitionen und Anlagevermögen der Wirtschaftszweige nach Eigentümer- und Nutzerkonzept*, ifo Institut, München.
- IIDB (2017), »Ifo Investment Database, LMU-ifo Economics & Business Data Center«, München.
- Räth, N. und A. Braakmann (2014), »Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014«, *Wirtschaft und Statistik* (9), 502–543.
- Sauer, St. und Th. Strobel (2015), »Aktuelle Ergebnisse der ifo Investorenrechnung: Investitionen in Geistiges Eigentum gewinnen an Bedeutung«, *ifo Schnelldienst* 68(6), 40–42.
- Städtler, A. (2016), »Leasing wächst kräftiger als die Anlageinvestitionen – geringere Dynamik für 2017 erwartet«, *ifo Schnelldienst* 69(23), 52–63.
- Städtler, A. (2017a), »Leasing-Quoten nach Gütergruppen«, Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e.V.
- Städtler, A. (2017b), »Leasing-Quoten nach Leasingnehmer-Bereichen«, Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e.V.
- Strobel, Th., St. Sauer und K. Wohlrabe (2013), »Die Investorenrechnung: Ein Werkzeug zur Analyse von Investitionsstrukturen in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 66(6), 29–33.
- Strobel, Th., St. Sauer und K. Wohlrabe (2012), *ifo Investorenrechnung – Dokumentation von Quellen, Verarbeitung und Methodik*, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 42, ifo Institut, München.

Dorine Boumans

ifo Weltwirtschaftsklima verbessert sich merklich

Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich im zweiten Quartal 2017 merklich verbessert, der Indikator stieg von 2,6 auf 13,0 Saldenpunkte (vgl. Abb. 1). Dies ist der größte Anstieg seit Januar 2013. Ursächlich dafür sind die deutlich positiveren Einschätzungen der derzeitigen Lage und der Konjunkturerwartungen. Das deutet auf eine weitere Erholung der Weltwirtschaft für das zweite Quartal 2017 hin. Das ifo Weltwirtschaftsklima hat sich in fast allen Weltregionen verbessert. Die wesentlichen Treiber waren weiterhin die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, allen voran die Europäische Union. Sowohl die Beurteilung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch die Konjunkturerwartungen bleiben in den meisten Ländern weiterhin aufwärts gerichtet. In Lateinamerika schätzten die WES-Experten die Lage weiter als schlecht ein, die Erwartungen stiegen hingegen merklich. Auch bei den Entwicklungs- und Schwellenländern zeigte sich eine signifikante Verbesserung der Entwicklung und der Erwartungen. Afrika und der Nahe Osten waren die einzigen Regionen, in denen sich das Wirtschaftsklima verschlechterte. Auch die Erwartungen für die Türkei fielen ungünstig aus. Die kurz- und langfristigen Zinsen werden den Experten zufolge in den nächsten sechs Monaten steigen. Der Kurs des US-Dollar dürfte im Laufe der nächsten sechs Monate weiter zulegen, jedoch weniger stark als bisher.

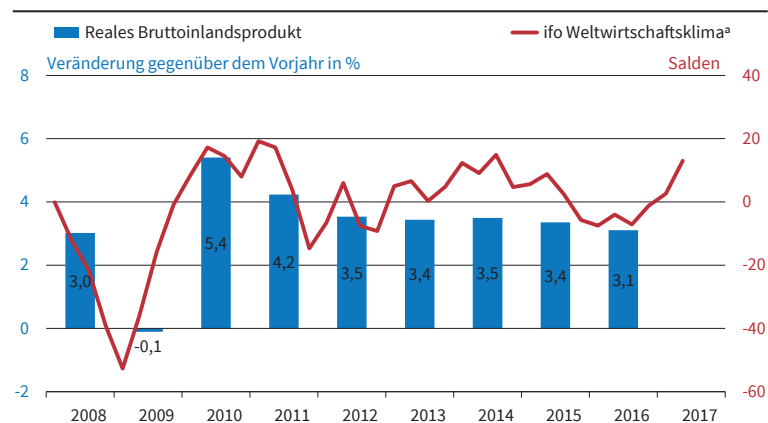
DIE FORTGESCHRITTENEN VOLKSWIRTSCHAFTEN HALTEN IHRE DYNAMIK AUFRECHT

Die Weltwirtschaft verblieb auf einem Erholungskurs, und die wirtschaftliche Stimmung hellte sich im zweiten Quartal weiterhin auf. Das ifo Wirtschaftsklima blieb für die Eurozone und die G7 positiv, und das günstige Klima breitete sich auch auf die übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften aus (vgl. Abb. 3).

Der Euroraum hielt seine Dynamik aufrecht, wobei das beste Wirtschaftsklima in den Niederlanden, Litauen, Slowenien, Slowakei, Irland, Österreich und Belgien herrscht. Mit einer erwarteten Wirtschaftswachstumsrate von 4,1% für 2017 wird Irland erneut als schnellst wachsende Volkswirtschaft der Region prognostiziert (vgl. Tab. 2). Die größte Verbesserung in der wirtschaftlichen Stimmung war in Portugal zu beobachten, wo der Wirtschaftsklimaindikator ins Positive umschlug und sowohl die Einschätzung der Lage als auch die

Erwartungen günstiger ausfielen. Dies spiegelte sich in der Prognose der BIP-Wachstumsrate für 2017 wider, die für 2017 1,7% betrug (vgl. Tab. 2). Im Gegensatz dazu ließ sich in Frankreich, Italien und Griechenland keine nachhaltige Erholung erkennen. Trotz eines positiver ausfallenden Wirtschaftsklimas in Italien und Griechenland, das auf Besserung der wirtschaftlichen Lage und der Erwartungen zurückzuführen war, blieb es ungünstig. Mit der zunehmenden politischen Unsi-

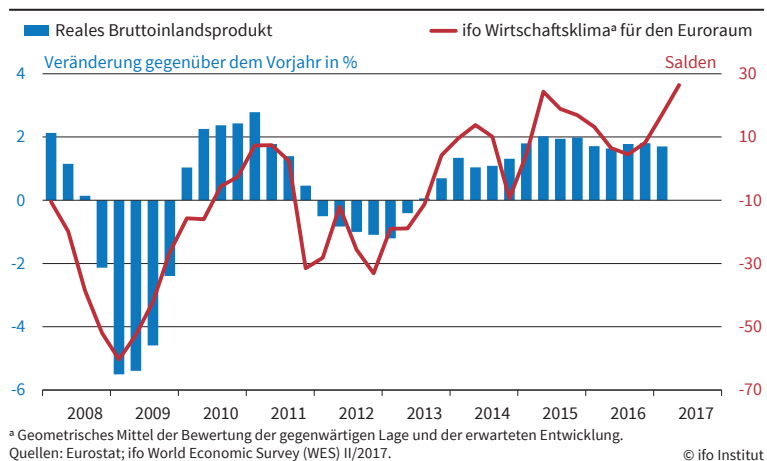
Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



^a Geometrisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quellen: Internationaler Währungsfonds; ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

© ifo Institut

Abb. 2
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum

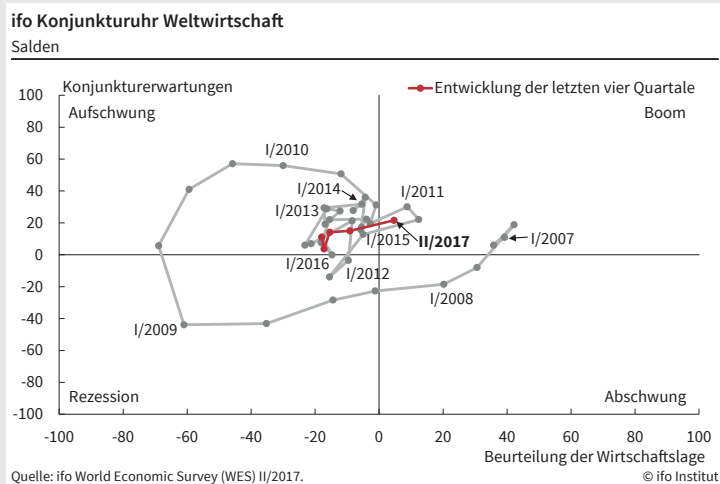


Kasten

ifo Konjunkturuhr und das ifo Weltwirtschaftsklima

Die ifo Konjunkturuhr für das ifo Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus.

Der Aprilumfrage zufolge stieg der ifo Indikator für die Weltwirtschaft signifikant an. Sowohl die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage als auch der wirtschaftlichen Erwartungen verbesserten sich bedeutend. Daraus resultierend bewegte sich der Indikator auf der Konjunkturuhr zum ersten Mal seit 2011 nach rechts in den Boomquadranten, bleibt dabei jedoch nahe dem Zentrum. Ob diese Entwicklung von Dauer ist, wird sich zeigen.



Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das geometrische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Konjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (0) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (0) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

cherheit in Frankreich¹ schätzten Experten die Lage auch dort als ungünstig ein und erwarten auch im Verlauf der nächsten sechs Monate keine Besserung.

Im gesamten Euroraum revidierten die WES-Experten ihre Inflationsprognosen von 1,3% im letzten Quartal auf 1,6% (vgl. Tab. 1). Die Mehrheit der Experten erwartet in den nächsten sechs Monaten einen Anstieg der kurz- und langfristigen Zinsen (vgl. Abb. 4). Über die Hälfte der Befragten zitierten die zunehmende Einkommensungleichheit, den Mangel an innovativen Ideen und das fehlende Vertrauen gegenüber wirtschaftlicher Politik als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme der Region. Zusätzlich sahen die Experten in Frankreich, Italien und Griechenland die politische Instabilität als beharrliches Problem in ihren Ländern an. Nur wenige sahen in Exportrestriktionen und mangelnder Glaubwürdigkeit in die Geldpolitik der Zentralbanken signifikante Herausforderungen (vgl. Tab. 1).

Von den übrigen G-7-Ländern trübte sich das Wirtschaftsklima leicht in Japan und in den USA ein, blieb aber zufriedenstellend. Der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro und dem Yen wurde als angemessen erachtet, während das britische Pfund gegenüber dem US-Dollar als unterbewertet gesehen wurde. Da nur wenige Experten mangelndes Vertrauen in die Zentralbankpolitik als Problem angaben, scheint das Vertrauen in die FED stark ausgeprägt. Kurz- und langfristige Zinsen sollten in den kommenden Monaten ansteigen (vgl. Abb. 4). Mehr als 80% der WES-Experten in den USA sind sich darüber einig, dass eine unzureichende Infrastruktur und die zunehmende Einkommensungleichheit derzeit der amerikanischen Wirtschaft im Wege stehen. Im Gegensatz dazu gaben über 70% der Experten in

¹ In diesem Quartal wurden die Umfragen vor der Stichwahl der Präsidentschaftswahl in Frankreich durchgeführt.

Tab. 1

Rangfolge der drei bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme

	Welt	Fortgeschrittene Volkswirtschaften	Schwellen- und Entwicklungsländer	EU	Schwellenländer in Asien	Lateinamerika	GUS	Naher Osten und Nordafrika	Sub-Sahara Afrika
Zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung	72,3	68,6	75,3	55,5	80,1	72,7	71,7	62,0	88,7
Fehlende Innovation	60,3	40,7	75,9	51,7	71,5	80,3	89,9	82,8	66,7
Mangel an Fachkräften	60,3	52,9	66,2	53,7	64,8	56,2	67,2	91,5	85,1
Unzureichende Infrastruktur	59,1	56,3	61,4	49,5	54,7	81,9	84,4	24,8	86,5
Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung	57,9	61,1	55,4	52,9	39,9	73,0	79,0	76,6	89,4
Korruption	55,0	26,3	78,6	35,0	76,3	88,5	91,0	76,0	96,0
Rechtliche und administrative Handelshemmnisse	52,0	38,4	62,9	42,5	58,3	63,5	79,8	79,1	79,2
Mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit	51,0	43,3	57,1	39,2	45,0	79,9	78,6	78,9	63,5
Unzureichende Nachfrage	45,8	36,1	53,6	34,3	41,8	75,6	84,8	66,9	67,9
Ineffizientes Schuldenmanagement	40,2	25,1	52,5	23,1	59,7	42,5	21,0	54,3	65,5
Ungünstige Bedingungen für ausländische Investoren	36,6	20,4	49,5	33,5	43,7	43,0	59,6	73,9	79,3
Politische Instabilität	35,4	35,4	35,5	39,9	21,9	60,7	18,3	65,1	79,3
Handelsbarrieren im Export	34,4	25,6	41,4	11,8	49,8	32,4	41,7	18,5	37,2
Kapitalknappheit	28,8	11,2	42,8	27,9	27,4	46,8	76,7	74,0	83,6
Fehlende Glaubwürdigkeit in Bezug auf die Zentralbankpolitik	20,6	11,8	27,9	12,1	31,6	14,5	25,7	17,1	46,7

Die Zahlen geben an, wie viel Prozent der Experten dieses Problem sehen.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

Japan eine unzureichende Nachfrage als größtes wirtschaftliches Problem an.

Im **Vereinigten Königreich** ließ sich durch die Verbesserung der derzeitigen Lage eine Aufhellung des Klimas erkennen. Dies spiegelte sich auch im Indikator wider, der bei 4,7 Punkten lag. Seit dem Brexit-Referendum war es der erste positive Wert. Trotzdem blieben die Erwartungen gedämpft. Mehr als die Hälfte der WES-Experten gaben eine unzureichende Infrastruktur und ein ungünstiges Klima für ausländische Investoren als wirtschaftliche Probleme an. Das britische Pfund wurde weiterhin als unterbewertet gegenüber dem Yen, dem US-Dollar und dem Euro gesehen. Für 2017 wird mit einem Anstieg der Inflationsrate von 2,3% im letzten Quartal auf 2,7% gerechnet. Die erwartete Inflationsrate für die nächsten fünf Jahre wurde von 2,3% auf 2,8% nach oben revidiert (vgl. Tab. 1).

Die aufgehellte Stimmung im Euroraum erstreckte sich auch auf **andere fortgeschrittene Volkswirtschaften**. Die **Schweiz, Norwegen und Schweden** verzeichneten eine signifikante Steigerung ihres Wirtschaftsklimaindikatoren. Dabei fielen sowohl die Einschätzung der derzeitigen Lage als auch die Erwartungen positiv aus. In der Schweiz wurde der Schweizer Franken gegenüber dem Yen, dem britischem Pfund und dem

Euro als unterbewertet wahrgenommen. Das Wirtschaftsklima in **Dänemark, Israel und der Tschechischen Republik** blieb weiterhin günstig. Die Experten dieser drei Länder bezeichneten den Fachkräftemangel als derzeit wichtigstes wirtschaftliches Problem. Im Gegensatz dazu blieb das Wirtschaftsklima in **Hongkong** ungünstig, und es existiert kein Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung.

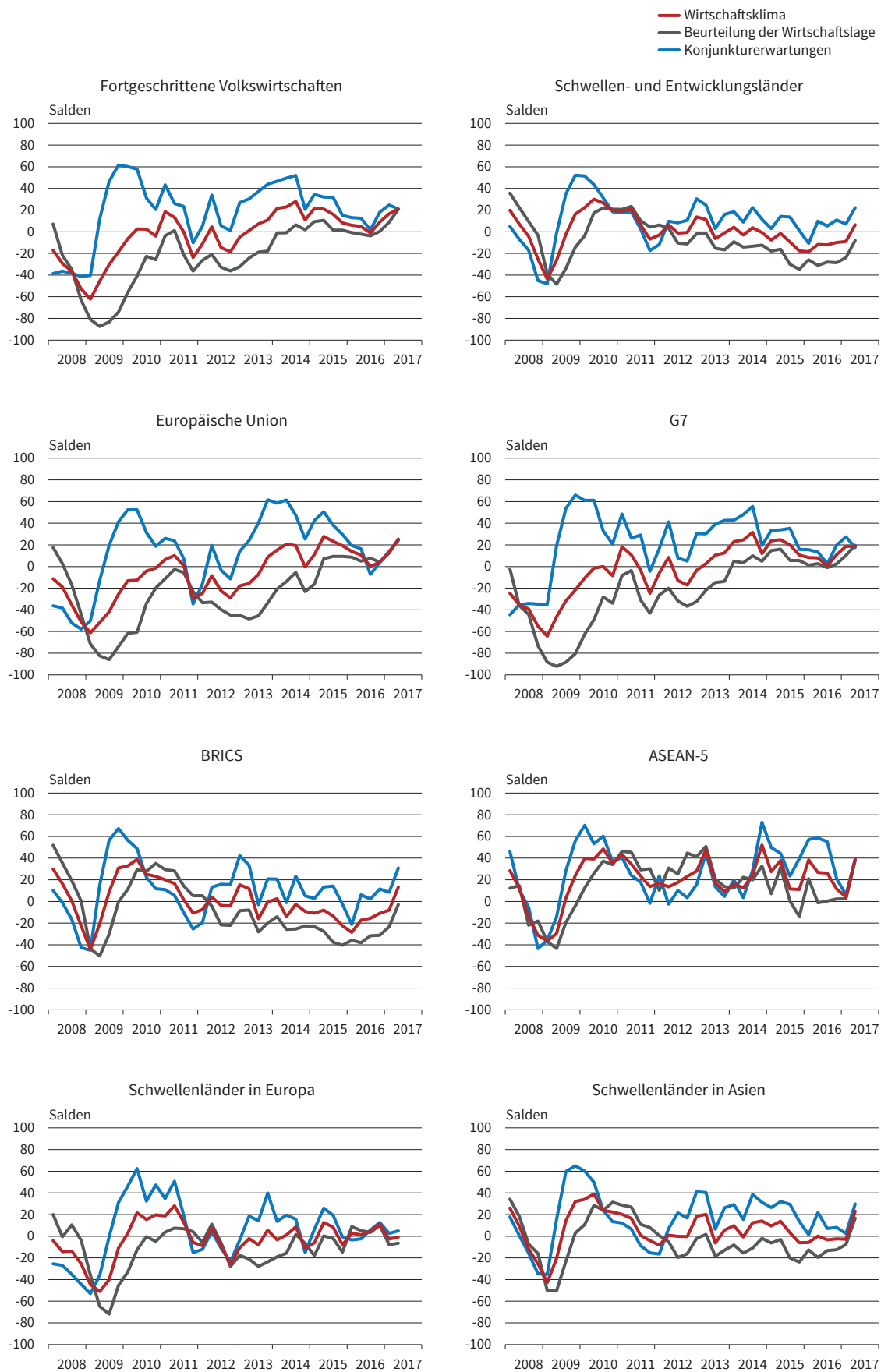
SCHWELLEN- UND ENTWICKLUNGSLÄNDER DEUTEN VORSICHTIGE ERHOLUNG AN

Das Wirtschaftsklima in den Schwellenländern und Wachstumsmärkten schlug ins Positive um (+ 6,5 Punkte), nachdem die Werte seit dem zweiten Quartal 2013 negativ ausgefallen waren. Obwohl dieser Stand eine vorsichtige Erholung andeutet, wurden vor allem Korruption, zunehmende Einkommensungleichheit und fehlende Innovation als wichtigste Probleme genannt.

Das Wirtschaftsklima in den wichtigsten Schwellenländern insgesamt (**Brasilien, Russland, Indien und China**) verbesserte sich merklich (vgl. Abb. 3). Trotz verbleibender negativer Werte hellte sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ein wenig auf. Die

Abb. 3

ifo Wirtschaftsklima und die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und Erwartungen

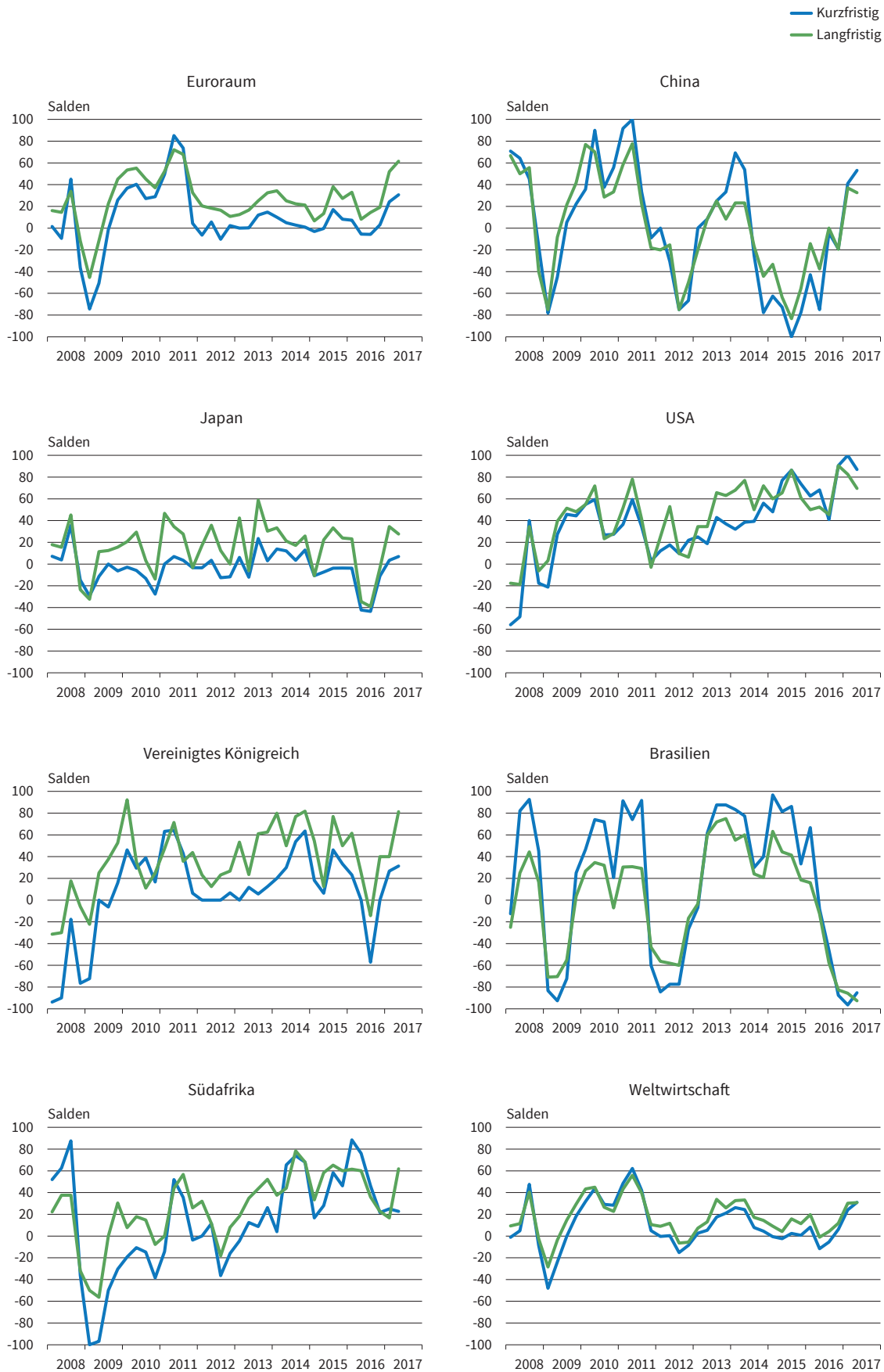


Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

© ifo Institut

Abb. 4

Kurz- und langfristige Zinssätze
Erwartungen für die nächsten sechs Monate



Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

© ifo Institut

Erwartungen hingegen waren sehr optimistisch. In **Indien** schnellte der Wirtschaftsklimaindikator auf 45 Saldenpunkte hoch. Sowohl die derzeitige Situation als auch die Konjunkturerwartungen wurden als ausgezeichnet eingeschätzt. Die Experten erwarten eine Erholung des Konsums. Dennoch fiel die wirtschaftliche Wachstumsratenprognose für 2017 mit 7,0% leicht geringer aus als 2016 mit 7,4% (vgl. Tab. 2). Experten zufolge sind derzeit die größten wirtschaftlichen Probleme, denen sich Indien gegenübersteht, unzureichende Infrastruktur, zunehmende Einkommensungleichheit und Korruption. Das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung scheint zurückgekehrt, da nur wenige Experten ein fehlendes Vertrauen als Problem angaben.

In **China** hingegen nannten die WES-Experten vor allem den Mangel an innovativen Ideen und ineffizientes Schuldenmanagement als Probleme. Trotzdem wurde die derzeitige Lage als günstig eingeschätzt und erreichte den höchsten Wert seit 2011. Ähnlich zur vorhergehenden Befragung wird ein Anstieg der kurz- und langfristigen Zinsen erwartet. Dabei wurden die Inflationsraten nur marginal revidiert. In **Russland** hingegen gab es bezüglich der wirtschaftlichen Stimmung keine signifikanten Änderungen. Während die Konjunkturerwartungen ein wenig nach unten revidiert wurden, verblieb das Wirtschaftsklima ungefähr auf dem gleichen Niveau wie im vorhergehenden Quartal. In **Brasilien** erholte sich das Wirtschaftsklima leicht, verharrte aber auf einem niedrigen Niveau. Die Konjunkturerwartungen fielen optimistisch aus, die Einschätzung der derzeitigen Lage hingegen ungünstig. Gegenüber den Hauptwährungen wurde der brasilianische Real als überbewertet eingeschätzt. Die BIP-Wachstumsrate wurde auf 0,6% nach oben revidiert (im Vergleich zu -3,6% im Jahr 2016; vgl. Tab. 2). Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Probleme gaben die Experten einstimmig Korruption und fehlende Nachfrage als Herausforderung an.

Die Wirtschaftstreiber für eine Verbesserung in den anderen **Schwellen- und Entwicklungsländern** waren vor allem **Schwellenländer in Asien**. Mit einem Wirtschaftsklimaindikator, der von 25,9 auf 23,1 Punkte stieg, ist es die einzige Schwellenländerregion, in denen die Experten die wirtschaftliche Lage als günstig einschätzten. In **europäischen Schwellenländern** (vgl. Abb. 3) und den **GUS-Staaten** gab es minimale Besserungen und weiterhin ein zufriedenstellendes Wirtschaftsklima. Die vorangegangene positivere Einschätzung der wirtschaftlichen Lage konnte in diesem Quartal im **Mittleren Osten, Nordafrika und Sub-Sahara Afrika** nicht aufrechterhalten werden.

In den Asean-5-Ländern² kam es zu einem signifikanten Anstieg des Wirtschaftsklimaindiktors von 4,2 Punkten im vorhergehenden Quartal auf 38,8 Saldenpunkte (vgl. Abb. 3). Experten in **Indonesien** und **Thailand** sahen die derzeitige Lage als zufriedenstel-

lend an. Die aufhellende wirtschaftliche Stimmung in Thailand spiegelte sich in der Prognose der BIP-Wachstumsrate wider, die auf 3,4% anstieg (verglichen mit 2,6% 2016) (vgl. Tab. 2). Eine zunehmende Anzahl der Experten erwartete einen Anstieg der Inflationsrate und revidierte diese von 1,2% auf 1,9% für 2017. Als wichtigstes Problem wurde in Thailand eine inadäquate Infrastruktur gesehen. Auf den **Philippinen** verschlechterte sich die wirtschaftliche Stimmung leicht, blieb aber weiterhin günstig. Auch in **Pakistan**, dank ungünstiger Beurteilung der derzeitigen Lage, verschlechterte sich das Wirtschaftsklima. Die WES-Experten sagten eine Verschlechterung der Handelsbilanz voraus, aufgrund zunehmender Importe und fallender Exporterwartungen. Zur gleichen Zeit waren alle wichtigen Währungen gegenüber der pakistanischen Rupie unterbewertet. Einstimmig gaben die Experten fehlende Innovation als wichtigstes wirtschaftliches Problem an.

Der Wirtschaftsklimaindikator in den europäischen Schwellenländern wies keine signifikanten Änderungen auf. Die wichtigsten Probleme, denen sich die Länder gegenüberstehen, waren fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierungen und fehlende Innovation. Den Experten zufolge war die beste Einschätzung in **Polen** zu finden, wo sich die Konjunkturerwartungen merklich verbesserten. Die erwartete Inflationsrate für 2017 ist mit 2,1% erheblich höher als die für 2016 (1,5%) erwartete (vgl. Tab. 1). Neben fehlenden Innovationen nannten über 90% der Experten fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik als derzeit wichtigste Probleme. In **Bulgarien, Kroatien, Ungarn und Rumänien** blieb das Klima günstig, obwohl es sich in Rumänien und Ungarn aufgrund pessimistischer Erwartungen leicht verschlechterte. In Rumänien stimmten die Experten einstimmig überein, dass Korruption, unzureichende Infrastruktur, fehlende internationale Wettbewerbsfähigkeit und Fachkräftemangel ein Hindernis für die Wirtschaft seien. In der **Türkei** bleibt das Wirtschaftsklima weiterhin negativ, so dass die Erwartungen für das Wirtschaftswachstum mit 3,1% (vgl. Tab. 1) schlechter als im Vorjahr ausfielen. Die Experten prognostizierten ein erhöhtes Preisniveau einhergehend mit einer erwarteten Inflationsrate von 9,8% (vgl. Tab. 1).

Die wirtschaftliche Stimmung in **Lateinamerika** blieb ungünstig. Mit einem Indikator, der auf -60 Saldenpunkten verharrte, war keine Andeutung auf Besserung zu verspüren. Die wirtschaftliche Prognose hingegen fiel optimistischer aus. Unzureichende Infrastruktur und Korruption wurden in dieser Region als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme zitiert (vgl. Tab. 3). Zusätzlich deuteten die WES-Experten in **Paraguay** auf eine ihre Wirtschaft hindernde Kapitalknappheit hin. Dort wurde die derzeitige Lage als positiv eingeschätzt und stieg von 37,5 auf 50 Saldenpunkte an. Aufgrund einer angenommenen Zunahme von Exporten wurde eine Verbesserung der Handelsbilanz erwartet. Begleitet wurde dies von einer geschätz-

² Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand und Vietnam.

Tab. 2

Wachstumserwartungen des realen Bruttoinlandsprodukts für 2017 und 2016
(in %, Stand April 2017 und April 2016)

Aggregate*/Länder	QII/2017	QII/2016	Länder	QII/2017	QII/2016
Durchschnitt der Länder	3,3	2,9	Brasilien	0,6	-3,6
EU (28 Länder)	1,9	1,8	Bulgarien	3,1	2,1
Euroraum ^{a)}	1,7	1,6	Cabo Verde	3,8	2,2
			Chile	1,7	1,6
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,0	1,8	China	6,0	6,2
Australien	2,5	2,3	Ecuador	0,4	-0,5
Belgien	1,5	1,2	El Salvador	1,9	1,8
Dänemark	1,8	1,3	Georgien	4,2	-
Deutschland	1,6	1,6	Guatemala	3,2	3,8
Estland	1,7	2,2	Indien	7,0	7,4
Finnland	1,7	0,8	Kasachstan	1,9	0,7
Frankreich	1,4	1,3	Kenia	5,5	5,7
Griechenland	0,7	-0,6	Kolumbien	2,1	2,6
Hongkong	2,3	1,8	Kongo Dem, Rep,	2,5	7,4
Irland	4,1	5,0	Kosovo	3,9	3,4
Israel	2,8	2,6	Kroatien	2,8	1,5
Italien	1,0	1,0	Lesotho	3,2	3,0
Japan	1,1	0,6	Malaysia	2,4	3,0
Kanada	2,3	1,7	Marokko	3,9	3,0
Korea	2,5	2,5	Mexiko	1,7	2,3
Lettland	2,4	2,4	Namibia	1,8	4,4
Litauen	2,7	2,9	Nigeria	1,8	3,4
Neuseeland	2,4	2,4	Pakistan	4,8	4,3
Niederlande	1,9	1,8	Paraguay	3,9	3,2
Norwegen	1,3	1,4	Peru	2,7	3,5
Österreich	1,8	1,4	Philippinen	6,6	5,9
Portugal	1,7	1,4	Polen	3,1	3,6
Schweden	2,4	3,0	Rumänien	3,9	3,2
Schweiz	1,5	1,0	Russland	1,0	-1,1
Slowakei	3,2	3,0	Sambia	3,7	3,3
Slowenien	2,9	1,8	Simbabwe	1,9	0,3
Spanien	2,8	2,4	Sri Lanka	5,2	5,3
Taiwan	2,0	1,5	Südafrika	0,9	0,8
Tschechien	2,6	2,5	Sudan	4,3	2,6
USA	2,3	2,3	Thailand	3,4	2,6
Vereinigtes Königreich	1,6	1,8	Togo	5,2	5,4
			Tunesien	2,4	1,7
Schwellen- und Entwicklungsländer			Türkei	3,1	3,5
Ägypten	3,6	3,7	Ukraine	2,7	0,7
Argentinien	2,2	-0,8	Ungarn	2,7	2,1
Bangladesch	7,0	6,6	Uruguay	2,3	0,9
Bolivien	4,2	4,5	Venezuela	-4,9	-14,6
Bosnien und Herzegowina	2,7	2,0			

* Zur Berechnung dieser Aggregate wird als Gewichtungsfaktor das jeweilige kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt PPP der einzelnen Länder verwendet (Datenbasis des IMF World Economic Outlook). – ^{a)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

ten BIP-Wachstumsrate von 3,9% (vgl. Tab. 2). In Uruguay wurde mit einer Wachstumsrate von 2,3% im Gegensatz zu 1,4% im Vorjahr gerechnet (vgl. Tab. 2). Damit ging eine Verbesserung der qualitativen Einschätzung der Wirtschaftslage einher. Wenn auch weniger als in der vorhergehenden Befragung, wurde der uruguayische Peso gegenüber allen wichtigen Währungen als überbewertet eingeschätzt. In Peru kam es zu einem signifikanten Rückgang des Wirtschaftsklimaindiktors. Ursächlich dafür war eine schlechtere Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, wobei die Experten auch in den nächsten sechs Monaten keine Besserung erwarten. Wenn auch auf niedrigem Niveau verbesserte sich das Wirtschaftsklima in Mexiko. Neben Korruption sahen Experten vor allem fehlende Innovation als wirtschaftliches Problem.

Die Volkswirtschaften der **GUS-Staaten** erholten sich marginal und erreichten einen minimal positiven Wert. Damit schätzten die Experten das dortige Klima seit 2012 erstmals als zufriedenstellend ein. Vor allem in der **Ukraine** verbesserte sich das Klima seit der letzten Befragung mit einem Anstieg von 21,1 auf 25,7 Saldenpunkte. Sowohl die Lage als auch die Erwartungen wurden positiv eingeschätzt, dabei verbesserte sich der Sechsmonatsausblick am meisten. In der Ukraine sahen die Experten Korruption, mangelnde Nachfrage und administrative Barrieren als Hindernisse der Wirtschaft. Die Prognose für die BIP-Wachstumsrate stieg deutlich von 0,7% im Jahr 2016 auf 2,7% 2017 an (vgl. Tab. 2).

Afrika und der Nahe Osten sind die einzigen Regionen mit einem verschlechterten Wirtschaftsklima.

Tab. 3

Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2017 und in fünf Jahren (2022)

Aggregate*/Länder	2017	2022	Länder	2017	2022
Durchschnitt der Länder	9,0	3,5	Brasilien	4,5	4,2
EU (28 Länder)	1,8	2,3	Bulgarien	1,7	2,4
Euroraum ^{a)}	1,6	2,1	Cabo Verde	1,6	2,2
			Chile	2,9	3,1
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,8	2,3	China	2,3	3,0
Australien	2,0	2,7	Ecuador	1,3	2,7
Belgien	2,2	2,1	El Salvador	2,7	3,7
Dänemark	1,1	1,8	Georgien	5,6	4,0
Deutschland	1,7	2,0	Guatemala	4,5	4,3
Estland	2,5	2,7	Indien	5,3	4,2
Finnland	1,2	2,0	Kasachstan	8,0	5,6
Frankreich	1,3	2,0	Kenia	9,0	7,6
Griechenland	1,0	1,7	Kolumbien	4,5	3,6
Hongkong	2,1	2,5	Kongo Dem, Rep,	40,0	16,7
Irland	1,0	2,0	Kosovo	1,7	3,4
Israel	1,2	2,3	Kroatien	1,4	2,1
Italien	1,3	2,2	Lesotho	6,0	5,8
Japan	0,6	1,4	Malaysia	3,7	4,3
Kanada	2,0	2,5	Marokko	2,3	2,6
Korea	1,9	2,4	Mexiko	5,0	3,7
Lettland	2,1	2,8	Namibia	7,8	7,9
Litauen	2,4	2,1	Nigeria	16,3	13,3
Neuseeland	1,9	2,1	Pakistan	5,8	7,1
Niederlande	1,5	1,9	Paraguay	4,3	4,4
Norwegen	2,4	2,7	Peru	3,5	2,6
Österreich	2,0	2,2	Philippinen	3,4	4,3
Portugal	1,4	2,0	Polen	2,1	2,6
Schweden	1,7	2,6	Rumänien	1,9	3,0
Schweiz	0,4	1,2	Russland	5,6	5,0
Slowakei	1,5	2,8	Sambia	7,0	5,4
Slowenien	1,9	3,1	Simbabwe	3,8	7,6
Spanien	2,0	2,2	Sri Lanka	7,1	5,1
Taiwan	1,4	1,5	Südafrika	6,3	6,3
Tschechien	2,2	2,1	Sudan	21,0	17,5
USA	2,3	2,6	Thailand	1,9	2,7
Vereinigtes Königreich	2,7	2,8	Togo	1,9	2,7
			Tunesien	4,8	4,9
Schwellen- und Entwicklungsländer	14,6	4,4	Türkei	9,8	7,8
Ägypten	25,5	10,0	Ukraine	11,3	7,1
Argentinien	24,9	8,5	Ungarn	2,5	3,1
Bangladesch	5,4	5,3	Uruguay	7,7	7,3
Bolivien	5,9	7,2	Venezuela	-	-
Bosnien und Herzegowina	1,4	2,8			

* Zur Berechnung dieser Aggregate wird als Gewichtungsfaktor das jeweilige kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt PPP der einzelnen Länder verwendet (Datenbasis des IMF World Economic Outlook). – ^{a)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

Während die Experten im **Nahen Osten** und **Nordafrika** die derzeitige Lage ähnlich schlecht wie bereits im letzten Quartal einschätzten, blickten sie pessimistischer auf die Konjunkturerwartungen. Auch wenn mehr als 90% der Experten einen Fachkräftemangel feststellten, ist dies nicht das einzige wirtschaftliche Problem der Region. In **Tunesien** nannten die Experten Korruption und fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung als größte Herausforderungen. Die derzeitige Wirtschaftsleistung bleibt dennoch weiterhin schwach. Mit überwiegend negativen Stimmen sind auch die Vorhersagen nicht günstig. In **Sub-Sahara Afrika** verschlechterte sich das Klima etwas und verblieb auf einem Niveau von – 33,3. In diesem Quartal schlugen auch die Perspektiven ins Negative um. Besonders in **Südafrika** wurden die wirtschaftlichen Hindernisse deutlich. Laut WES-Experten existiere kein

Vertrauen in die Regierung und deren Wirtschaftspolitik, und auch Korruption und politische Instabilität seien dort wichtige Probleme. Dies wiederum hatte ein schlechtes Klima für ausländische Investoren zur Folge. Es wurde ein Anstieg der kurz- und langfristigen Zinsen vorhergesagt (vgl. Abb. 4). Die erwartete BIP-Wachstumsrate für 2017 von 0,9% signalisierte ein schlechtes Wirtschaftsklima.

Dorine Boumans

Die wirtschaftlichen Folgen des Populismus

Die Ergebnisse einer Sonderfrage im aktuellen ifo World Economic Survey

Populismus ist auf der gesamten Welt in unterschiedlichsten Formen zu finden. Um die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft näher zu beleuchten, wurden im April die Teilnehmer am ifo World Economic Survey (WES) zu den ökonomischen Folgen des Populismus in ihrem Land befragt.

Das Wiedererstarken des Populismus in Europa und den USA erregte sowohl die Aufmerksamkeit der Medien als auch der Politikwissenschaftler und Ökonomen. Die Ausrichtung der populistischen Rhetorik in westlichen Demokratien basiert auf einem scheinbaren Gegensatz zwischen dem Volk und der herrschenden Elite. So definieren Kaltwasser und Taggart (2016) den Populismus als eine Ideologie, die eine Zweiteilung zwischen Volk und Elite unterstellt. Der populistische Gedanke geht davon aus, dass Politik den »volonté generale« des unterdrückten Volkes ausdrücken sollte. Um welches »Volk« oder welchen »volonté generale« es sich handelt, hängt von den verschiedenen Regionen ab. In Europa dürfte Populismus vor allem mit Rechtspopulismus assoziiert werden, in Lateinamerika hingegen überwiegend mit Linkspopulismus.

Ein kürzlich erschienener Bericht der European Economic Advisory Group at CESifo (EEAG)¹ definiert die wirtschaftliche Agenda des Populismus, der durch kurzfristiges Denken und die Ablehnung von intertemporalen Budgetbeschränkungen gekennzeichnet sei.

¹ EEAG Report (2017, Kapitel 2: »Economic Policy and the Rise of Populism – It's Not So Simple«, S. 50–66).

Zudem sei er nicht in der Lage, Maßnahmen auch wirtschaftlich abzuwägen. Mit Fokus auf Europa wird populistische Wirtschaftspolitik als expansiv charakterisiert, wobei die Vorteile erhöhter Staatsausgaben und Steuersenkungen betont werden. Die Globalisierung und der internationale Handel werden als Szenarien dargestellt, bei denen der Großteil der Bevölkerung verliert.

In einer Sonderfrage im April wurden die WES-Teilnehmer gebeten, sich zu den ökonomischen Auswirkungen des Populismus in ihrem Land zu äußern. An der Umfrage beteiligten sich 986 Wirtschaftsexperten aus 120 Ländern. Die erste Frage lautete: »Hat sich die Rolle des Populismus in Ihrem Land in den letzten fünf Jahren geändert?« Die Antwortmöglichkeiten reichten von »signifikant zurückgegangen« bis »signifikant gestiegen«. Um den Einfluss des Populismus auf die Weltwirtschaft festzustellen, sollten die WES-Experten im nächsten Schritt beurteilen, ob Populismus die wirtschaftlichen Maßnahmen beeinflusse.

Ein Großteil der WES-Experten gab an, dass die Rolle des Populismus in ihrem Land durchaus zugenommen habe (vgl. Tab. 1). Ein Blick auf die verschiede-

Tab. 1

Zunahme von Populismus in den letzten fünf Jahren^{a)}

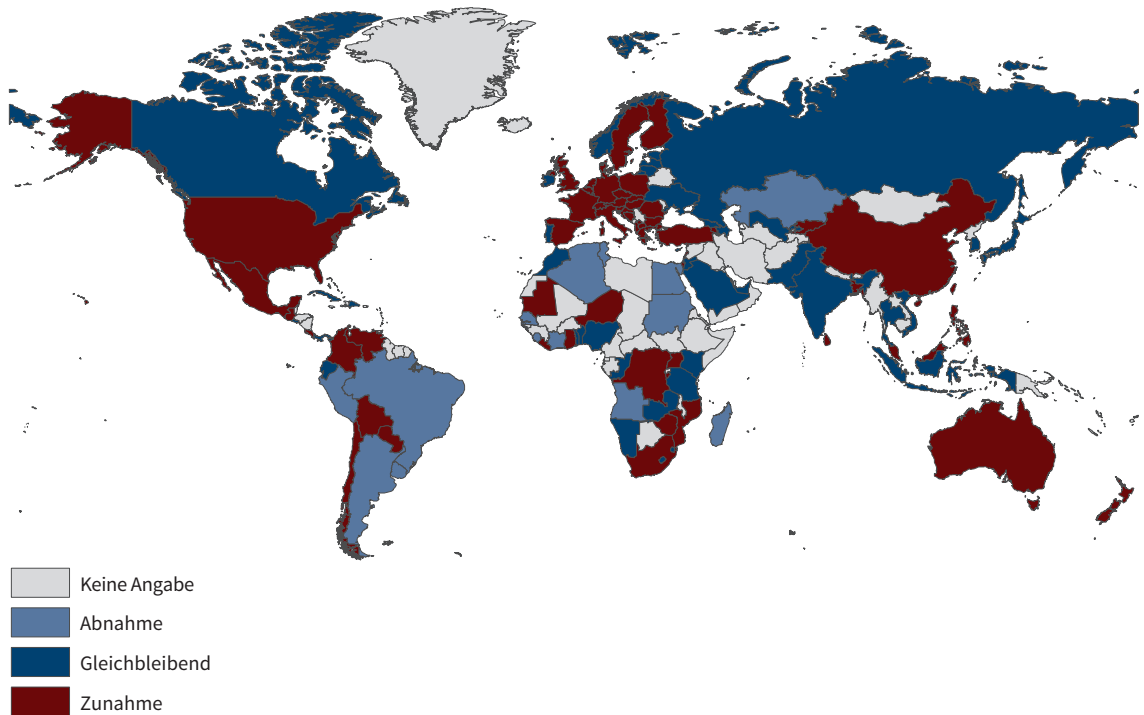
	Welt	EU/G 7	Andere Fortgeschrittene Volkswirtschaften	GUS	Schwellenländer in Asien	Schwellenländer in Europa	Lateinamerika	MENA	Sub-Sahara Afrika
Signifikant abgenommen	2,0	0,5	1,6	4,1	1,6	2,2	8,5	4,4	1,9
Moderat abgenommen	8,2	4,5	28,7	17,8	12,7	18,3	18,6	21,7	9,6
Unverändert	25,9	17,2	47,5	35,6	30,2	38,7	28,7	43,5	45,2
Moderat zugenommen	36,5	43,3	22,1	21,9	41,3	40,9	26,4	21,7	20,2
Signifikant zugenommen	27,2	34,6	1,6	20,6	14,3	2,2	17,8	8,7	23,1

^{a)} Verteilung der Experten in Prozent.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

Abb. 1

Änderung beim Populismus in den letzten fünf Jahren



Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

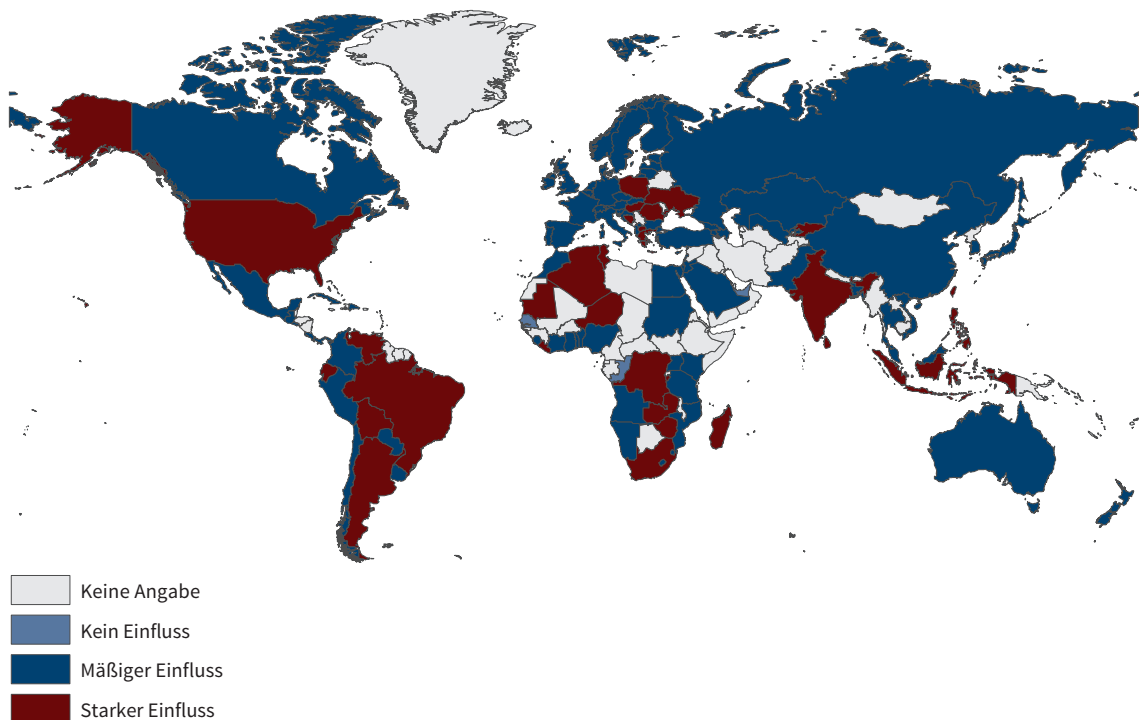
nen Regionen zeigt, dass vor allem die Experten in der EU und/oder in den G-7-Ländern in den letzten fünf Jahren eine bedeutende Zunahme des Populismus beobachteten. Zu den Regionen, in denen ein großer Teil der WES-Experten einen Rückgang der Rolle des Populis-

mus bestätigten, gehören die anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften (kumulativ 30,3%) und Lateinamerika (kumulativ 27,1%).

Die länderspezifischen Einschätzungen sind in Abbildung 1 dargestellt. Die Weltkarte zeigt den Durch-

Abb. 2

Einfluss des Populismus auf die Wirtschaftspolitik



Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

Tab. 2

Effekt von Populismus auf die Wirtschaftspolitik

Regionen	Euroraum/G 7	Andere fortgeschrittene Volkswirtschaften	GUS	Schwellenländer in Asien	Schwellenländer in Europa	Lateinamerika	MENA	Sub-Sahara Afrika
Mehr Beschränkungen in der Migration	61,0	63,9	29,2	19,4	48,9	11,9	33,3	18,3
Zunahme der kurzfristigen Ausgaben	49,9	35,6	51,4	57,1	72,6	68,2	47,6	56,2
Vermehrte Umverteilungsmaßnahmen	47,1	48,7	51,4	49,2	74,0	68,0	68,2	51,9
Handelsrestriktionen	33,8	22,9	31,9	29,0	17,0	39,8	40,9	27,6
Steuersenkungen	26,6	28,0	12,7	33,3	40,6	18,9	28,6	23,8
Wirtschaftsumstrukturierungen	24,9	23,7	41,7	57,1	46,8	49,2	55,0	47,1

Die Zahlen geben an, wie viel Prozent der Experten diese Auswirkung sehen.

Quelle: ifo World Economic Survey (WES) II/2017.

schnitt der Antworten in Bezug auf die beiden bisher genannten Fragen (vgl. Abb. 1). Die Karte verdeutlicht zwar die Zunahme des Populismus in der EU, China und Australien, dessen Auswirkung auf die Wirtschaftspolitik in diesen Regionen wird jedoch als moderat eingeschätzt. In Europa gilt Griechenland als eine Ausnahme, da hier die Experten eine starke Beeinflussung beobachten. Dort bilden die linkspolitische Partei Syriza und die rechte, antisparpolitisch eingestellte Partei der Unabhängigen Griechen eine Regierung unter Alexis Tsipras. In Lateinamerika und in manchen Ländern Afrikas schätzten die Experten die Signifikanz des Populismus als weniger wichtig oder gleich ein. Als Beispiel sind Argentinien und Brasilien angeführt, wo die Experten den populistischen Einfluss als rückläufig wahrnehmen, seinem Einfluss auf die Wirtschaft aber eine wichtige Rolle zuschreiben.

Um die potenziellen Auswirkungen des Populismus auf die Wirtschaft zu erfahren, erhielten die Experten im dritten Schritt eine Liste mit sechs möglichen wirtschaftlichen Folgen des Populismus und wurden gebeten, diejenigen zu nennen, die auf ihr Land zutreffen. Tabelle 2 zeigt den Anstieg kurzfristiger Ausgaben und die Umverteilungsmaßnahmen als wichtige Auswirkungen populistischer Wirtschaftsmaßnahmen in allen Regionen. Die Begrenzung der Migration hingegen sticht eindeutig als europäisches Phänomen heraus. Vor allem in den Niederlanden wird dies ersichtlich, wo mehr als 90% der Experten Restriktionen in der Migration als Folge angaben. Eine deutlich kleinere Anzahl der Experten gab eine der anderen Optionen an. In den Wachstumsmärkten (Euroraum und/oder G 7 sowie andere fortgeschrittene Volkswirtschaften ausgeschlossen) gaben 40–50% der Experten an, dass als Folge des Wiedererstarkens des Populismus die Wirtschaft in ihrem Land umstrukturiert wurde. Über 70% der Befragungsteilnehmer in Argentinien und den USA stellten Handelsrestriktionen als Wirtschaftsfolgen fest. Dies mag unter der Präsidentschaft Trumps wenig

überraschend sein, da dieser über Handelsabkommen neu verhandeln möchte. In Griechenland gaben mehr als 70% der Experten die Umverteilungspolitik als Folge an. Asien ist die einzige Region, in der Steuersenkungen als wirtschaftliche Folgen des Populismus wahrgenommen wurden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Populismus in vielen Regionen der Welt präsent ist, wobei die ökonomischen Folgen variieren. Um die genauen wirtschaftspolitischen Folgen für die verschiedenen Länder zu erfassen, ist eine tiefgreifendere Analyse notwendig. Diese Kurzdarstellung zeigt aber, dass der Einfluss des Populismus auf die Wirtschaftspolitik mancherorts sogar zurückgeht. In anderen Regionen, vor allem in Europa, gaben die WES-Teilnehmer eine Zunahme des Populismus in den letzten fünf Jahren an, auch wenn die bisherigen wirtschaftlichen Folgen moderat ausfielen. Basierend auf den Einschätzungen der WES-Experten, erhöht der Populismus im Allgemeinen kurzzeitige Ausgaben und führt zu einer Umverteilungspolitik.

LITERATUR

The European Economic Advisory Group (2017), *Economics of Populism*, EEAG Report No. 16, CESifo Group, München.

Kaltwasser, C. R. und P. Taggart (2016), »Dealing with Populists in Government: A Framework for Analysis«, *Democratization* 23, 201–220.

